Peter-Christian Witt

Die Entstehung einer „sozialdemokratischen“ Stadt: Harburg zwischen preußischer Annexion 1866/67 und Erstem Weltkrieg

1. Fragestellung

Als bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten in Harburg ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten Friedrich Lesche¹ abgaben und im Mai 1913 bei den preußischen Abgeordnetenhauswahlen der sozialdemokratische Kandidat Andreas Müller² einen beinahe noch spektakuläreren Erfolg mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit der Wahlmännerstimmen erzielte, konnte die sozialdemokratische Partei sich zu Recht als die unangefochtene Majoritätspartei ansehen³. Harburg war sozialdemokratisch; und zugleich war die Stadt wie eh und je seit Einführung der hannoverschen Städteordnung von 1851 eine Hochburg des Nationalliberalismus. Denn sämtliche Magistratsmitglieder, Bürgermeister, Syndikus, rechtskundiger Senator und die vier ehrenamtlichen Senatoren, und 22 der 24 Bürgervorsteher waren 1913 nationalliberal (je ein Bürgervorsteher gehörte zur linksliberalen und zur freikonservativen Partei)⁴, das Mandat im preußischen Abgeordnetenhaus des Wahlkreises, zu dem auch Harburg gehörte, war seit 1867 ununterbrochen in der Hand der Nationalliberalen, und im Reichstag saß für den Wahlkreis, der die Stadt einschloß, zwar seit 1912 wieder wie schon von 1878 bis 1881 und von 1884 bis 1887 ein Welfe, aber in allen anderen Wahlperioden hatten abwechselnd Nationalliberale oder Freikonservative – dies aufgrund einer Absprache zwischen beiden Parteien – ge-

¹ Friedrich Lesche (1863–1933), Tischler; 1889–1893 Bevollmächtigter des Tischlerverbandes in Altona; 1894–1900 besoldeter Vorsitzender der AOK Altona; 1900–1912 Arbeitersekretär in Hamburg; 1912–1932 Direktor der „Volksfürsorge“ in Hamburg; MdR 1903–1907 (Schleswig-Holstein 10), 1919–1924 (WK 16 Hannover/Braunschweig/WK 17 Osthannover); vgl. 75 Jahre „Volksfürsorge“ – Versicherungsgruppe (Hamburg 1988) passim.

² Andreas Müller (1864–1930), Schneidermeister; seit 1.4.1902 Arbeitersekretär in Harburg; 1919–1921 MdL Preußen, 1921–1930 Mitglied des preuß. Staatsrats, 1924–1929 Bürgervorsteherwortführer in Harburg.

³ Vgl. z.B. die Wahlberichterstattung im „Harburger Volksblatt“ 19. Jg. Nr. 10, 13.1.1912 und 20. Jg. Nr. 113, 17.5.1913.

⁴ Zur politischen Orientierung und sozialen Zusammensetzung von Bürgervorsteherkollegium und Magistrat vgl. *Peter-Christian Witt*, Kommunalpolitik in Harburg zwischen Interessen lokaler Eliten und Entstehung einer modernen Leistungsverwaltung, in: *Jürgen Ellermeyer, Klaus Richter und Dirk Siegmann* (Hrsg.), *Harburg. Von der Burg zur Industriestadt* (Hamburg 1988) 219–249, im folgenden zitiert: *Witt*, Kommunalpolitik.

siegt. Harburg mochte zwar bei Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhauswahlen mit gewaltigen Majoritäten für die Sozialdemokratie stimmen, in der politischen Repräsentation der Stadt auf nationaler, auf bundesstaatlicher und auf kommunaler Ebene schlug sich das nirgendwo erkennbar nieder. Erst nach dem Weltkrieg, bei den Wahlen zur Reichs- und preußischen Nationalversammlung im Januar 1919 und zum Bürgervorsteherkollegium im März 1919, änderte sich dies, wurde auch nach außen sichtbar, in welchem Ausmaß Harburg zur Hochburg der Sozialdemokratie geworden war: Friedrich Lesche errang ein Mandat in der Nationalversammlung, Andreas Müller und Barbara Gotthusen⁵ zogen in die preußische Nationalversammlung ein und im Bürgervorsteherkollegium eroberten die MSPD 29 und die USPD fünf Sitze und damit zusammen eine sichere Zweidrittelmehrheit der nun 48 Mandate⁶; und im Oktober 1919 wurde endlich auch der ehrenamtliche Teil des Magistrats neugewählt, wobei sechs Senatorensitze an die MSPD fielen, während die bürgerlichen Parteien nur zwei erringen konnten und damit einschließlich der drei hauptamtlichen Magistratsmitglieder, deren „wohlerworbene“ Rechte als Beamte eine vorzeitige Entfernung aus dem Amt ausschlossen, auch in diesem Kollegialorgan der Stadt in die Minorität gerieten⁷.

Bis zu diesem Zeitpunkt aber ließen sich über die politische Struktur der Stadt stets zwei sich gegenseitig ausschließende Aussagen formulieren: Orientiert an den tatsächlichen Machtverhältnissen in Magistrat, Bürgervorsteherkollegium und städtischer Verwaltung, wo vom Kämmerer über den Leiter des Bauamtes und den beiden Stadt-

⁵ Barbara Gotthusen (1857–?), Ehefrau des in Harburg wohnenden Hamburger Bezirksleiters des DMV (1909–1919), Wilhelm Gotthusen, gehörte dem preußischen Landtag 1919–1921 an.

⁶ Die Wahlen vom 19. und 26. Januar 1919 zeitigten trotz Einführung des Frauenwahlrechts und der Herabsetzung des Wahlalters auf das vollendete 20. Lebensjahr keinerlei signifikante Abweichungen von den Ergebnissen 1912/13: Bei den Nationalversammlungswahlen im Reich errang die MSPD 63,1 v. H. und die USPD 6,6 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 93,3 v. H.; bei den preußischen Nationalversammlungswahlen lautete das Ergebnis 63,4 v. H. für die MSPD und 8,7 v. H. für die USPD (Wahlbeteiligung 88,5 v. H.), d. h., die beiden sozialistischen Parteien konnten 65,0 bzw. 63,8 v. H. der Wahlberechtigten für sich mobilisieren, was in etwa den 64,3 v. H. bei den Reichstagswahlen von 1912 entsprach. Etwas anders gestaltete sich das Ergebnis der Bürgervorsteherwahlen am 2. März 1919; zwar erreichten beide sozialistischen Parteien auch hier zusammen 69,4 v. H. der abgegebenen Stimmen (MSPD = 58,3 v. H.; USPD = 11,1 v. H.), da jedoch die Wahlbeteiligung nur bei 73,0 v. H. lag, entsprach dies nur noch 50,7 v. H. aller Wahlberechtigten. Im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien, die nach 28,3 v. H. und 24,7 v. H. auch nur noch 22,3 v. H. der Wahlberechtigten mobilisieren konnten, änderte sich dagegen nichts.

⁷ Die Neuwahl erfolgte aufgrund der § 12–15 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts v. 18. 7. 1919 (Preußische Gesetzessammlung 1919, 118), durch die die Amtszeit der bisher auf Lebenszeit gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder auf die Dauer der Wahlperiode des Bürgervorsteherkollegiums beschränkt wurde (vgl. dazu *Julius Hatschek*, Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts (Leipzig ¹⁶1927) 335 f.). Zu sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern wurden gewählt: Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes und persönlich haftende Gesellschafter des Verlags des „Harburger Volksblattes“, Emil Seidenschnur; der Geschäftsführer des „Harburger Volksblattes“, Heinrich Martens; der praktische Arzt Emil Hirschfeld; der pensionierte Hamburger Bezirksleiter des DMV Wilhelm Gotthusen; der Geschäftsführer des DMV in Harburg Otto Adler sowie der Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes in Harburg Robert Sperling.

sekretären bis hin zum letzten städtischen Arbeiter sich eine einzige nationalliberale Klüngelherrschaft breitgemacht hatte⁸, und an der Vertretung der Stadt im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus konnte mit Recht argumentiert werden, daß Harburg unverändert eine Hochburg des Nationalliberalismus geblieben sei; schaute man dagegen auf die bei Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhauswahlen erzielten Ergebnisse, konnte genauso berechtigt davon gesprochen werden, Harburg sei – und zwar spätestens seit den 1890er Jahren – eine sozialdemokratische Stadt geworden. Über eine Analyse der politischen Wahlen auf allen drei Ebenen von Reich, Bundesstaat und Gemeinde soll in diesem Aufsatz versucht werden, diesen Widerspruch und zugleich den aus den Wahlergebnissen leicht ersichtlichen Tatbestand zu erklären, daß die Sozialdemokratie weit über ihr „natürlich“ erscheinendes Potential in der Arbeiter- und Angestelltenschaft hinaus in „bürgerliche“ Schichten eingedrungen ist, da sie umgekehrt, wie aus der Kombination von sozio-strukturellen Daten der Stadt und solchen über die Mitgliedschaft in „nationalen“ oder „gelben“ Gewerkschaften erschlossen werden kann, weder bei Wahlen noch durch ihre Organisationen alle Arbeiter und kleinen Angestellten erreicht haben kann⁹. Damit wird eine Fragestellung wieder aufgenommen, die seit dem berühmten Aufsatz von Robert Blank über „Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands“¹⁰ immer wieder erörtert worden ist: Inwieweit ist die Sozialdemokratische Partei über den Kreis ihrer „natürlichen“ „proletarischen“ Klientel hinaus in das Bürgertum eingedrungen – und zwar sowohl bei der Mitgliedschaft wie bei den Wählern –, und umgekehrt inwieweit hat sie diese Klientel gar nicht erreicht? Und welche Konsequenzen hat dies für die Sozialdemokratie innerparteilich wie in ihrer praktisch-politischen Arbeit nach außen mit sich gebracht? Schon Max Weber hatte in seiner Nachbemerkung zu Blanks Aufsatz angeregt, diese Frage an einzelnen Wahlkreisen zu überprüfen¹¹; diese Anregung ist in der Forschung bisher in erstaunlich geringem Maße aufge-

⁸ Kämmerer, die Direktoren der städtischen Eigenbetriebe (Gas- u. Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Schlachthof und Sparkasse), der leitende Krankenhausarzt und der Verwaltungsdirektor, beide Stadtsekretäre, fünf von sechs Magistratssekretären, sämtliche Beamte des Stadtbauamtes, des Steuerbüros und des Armenbüros sowie der Kämmerei waren (erschlossen über ihre Kandidatur auf den nationalliberalen Wahlmännerlisten bei den Preussischen Abgeordnetenhauswahlen 1903, 1908 und 1913) Anhänger der Nationalliberalen; das gleiche trifft für alle Direktoren der höheren und alle Direktoren der mittleren und Volksschulen zu; von den übrigen 208 männlichen Lehrern (1913) läßt sich dies in 117 Fällen nachweisen. Schwieriger ist der Nachweis bei den Beamten der Polizeidirektion sowie bei den etwa 250 städtischen Arbeitern, von denen aber auch immerhin über 50 auf den nationalliberalen Wahlmännerlisten auftauchen, vgl. StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b-16 bis 37.

⁹ So waren nach einer Untersuchung des Harburger Fabrikarbeiterverbandes im November 1913 von 3643 männlichen Arbeitern in 11 Fabriken der Öl- und Gummiindustrie Harburgs zwar 2324 (= 63,8 v. H.) im Fabrikarbeiterverband oder in einer anderen freien Gewerkschaft, aber immerhin auch 327 (= 9,0 v. H.) in „nationalen“ oder „gelben“ Gewerkschaften und 992 (= 27,2 v. H.) gar nicht gewerkschaftlich organisiert, vgl. *Willy K. Molch*, Der Standort der Harburger Großindustrie (Diss. rer. pol. ms. Hamburg 1921) Tab. XX u. XXXIX.

¹⁰ In: AfSS 20 (1905) 507–550.

¹¹ Ebda., 550–553.

nommen worden¹², obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß nur kleinräumig angelegte Untersuchungen alle jene Variablen berücksichtigen können, die für die Entscheidung zugunsten der Sozialdemokratie, sei es nur bei Wahlen, sei es auch durch Mitgliedschaft, von Bedeutung gewesen sein können.

Neben den soziostrukturellen und ökonomischen Daten, der Konfessionszugehörigkeit, geringer oder hoher Mobilität der Bevölkerung, der Herausbildung von schichtenspezifischen Wohnquartieren und der Dichte sozialdemokratischer Organisations- und Kommunikationsstrukturen hat offensichtlich ein, in der Forschung allerdings bisher nicht systematisch untersuchter, Faktor, nämlich die kommunale Politik, eine besondere Rolle gespielt – und dies in doppelter Hinsicht: Einmal waren bei der Aufgabenverteilung, die im Kaiserreich zwischen den Gebietskörperschaften gefunden worden war, praktisch alle Wohlfahrtsfunktionen der öffentlichen Hand bei den Gemeinden konzentriert, wurde durch ihre politische Vertretungen im wörtlichen Sinne über das Lebensschicksal der Menschen entschieden; zugleich hatten in den Gemeinden aber in der Regel sehr viel weniger Männer politische Partizipationsrechte als auf Reichs- oder bundesstaatlicher Ebene. Die hieraus entstehenden Spannungen haben – auch wenn die Sozialdemokratie die kommunale Politik erst verhältnismäßig spät, nämlich in der Zeit nach der Jahrhundertwende, systematisch zu beackern begonnen hat¹³ – offensichtlich einen nicht zu unterschätzenden Mobilisierungseffekt für die Sozialdemokratie gehabt, darüber hinaus aber wohl auch die Chancen zu einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Liberalen auf nationaler Ebene nachteilig beeinflußt. Denn überall in den Städten sah sich die Sozialdemokratie mit einer Klassenpolitik der Liberalen konfrontiert, die – genau wie die Konservativen z.B. beim preußischen Wahlrecht – alles taten, um eine Repräsentation der Sozialdemokratie in den städtischen Körperschaften zu verhindern. Wenn im Falle von Harburg die Nationalliberalen in der Praxis eine Einparteienherrschaft errichtet und zwischen 1851 und 1918 aufrechterhalten haben und sich dabei in allen von der Gemeinde zu lösenden Sachfragen eine ausschließlich an den Interessen der selbständigen Handwerker und Kaufleute, der allgegenwärtigen Bau- und Bodenspekulation und der Industrie orientierte Politik durchsetzen konnte, dann hat dies vermutlich dazu beigetragen, daß auch Teile des Bürgertums ihre Unzufriedenheit mit dieser Gestaltung der

¹² Vgl. aber: *Adelheid von Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890–1920 (Berlin 1973); *Ilse Fischer*, Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte Augsburgs 1840 bis 1914 (Augsburg 1977); *Dieter Rossmeiß*, Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890–1914 (Nürnberg 1977); *Dieter Wuerth*, Radikalismus und Reformismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Göppingens 1910–1919 (Göppingen 1978); *Mary Nolan*, Social Democracy and Society. Working-Class Radicalism in Düsseldorf, 1890–1920 (Cambridge 1981); *Karl Ditt*, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914 (Dortmund 1982).

¹³ Die Gründung der Zeitschrift „Kommunale Praxis“ 1901, die seit 1905 auf den Parteitagenden erfolgreiche Berichterstattung über die Vertretung der SPD in den Repräsentativkörperschaften der Städte und Gemeinden und auch die Herausgabe des zwar in einem „neutralen“ Verlag (Gustav Fischer, Jena) erscheinenden, aber durch zwei führende Sozialdemokraten, Hugo Lindemann und Albert Südekum, redigierten „Kommunalen Jahrbuchs“ seit 1908 weisen auf das zunehmende Interesse in der SPD für die Kommunalpolitik hin.

kommunalen Aufgabenwahrnehmung zunehmend dadurch artikulierten, daß sie zumindest bei Wahlen die Klassenschranken übersprangen und sich für die Sozialdemokratie entschieden. Ob ähnliche Entwicklungen auch bei den Parteimitgliedern auftraten, also auch hier „bürgerliche“ Elemente integriert wurden, das ist eine Frage, die sich mit dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial nur punktuell beantworten läßt¹⁴.

In diesem Aufsatz läßt sich eine erschöpfende Analyse der aufgeworfenen Fragen keineswegs leisten; vielmehr sollen die Ergebnisse von zwei an anderer Stelle veröffentlichter Untersuchungen über die kommunalpolitische Entwicklung in Harburg¹⁵ mit verhältnismäßig knapp gehaltenen Hinweisen auf die soziale und ökonomische Struktur der Stadt, beschreibenden Bemerkungen über das in Harburg entstandene Kommunikations- und Organisationssystem der Sozialdemokratie verbunden werden, um die ausführlicher dargestellte Wahlentwicklung in der Stadt zu interpretieren.

2. Die Bevölkerungs- und Sozialstruktur Harburgs

Harburg, am südlichen Elbufer Hamburg gegenüber gelegen, entwickelte sich nach einem eher unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts seit 1851 von einem verschlafenen Landstädtchen mit rd. 5400 Einwohnern, das einige Bedeutung nur als Verkehrsknotenpunkt gehabt hatte, sehr schnell zu einer, in einigen Branchen wie der (Speise-) Öl- und Gummiindustrie in Deutschland führenden Industriestadt. Die Bevölkerung stieg schon bis 1871 auf rd. 16 500, erreichte 1895 rd. 42 600 und Ende 1913 rd. 70 550 Einwohner¹⁶. Neben zwei größeren Eingemeindungen im Jahr 1888 und 1906/1910 speiste sich das Wachstum der Stadt stärker aus der natürlichen Bevölkerungszunahme als aus Wanderungsgewinnen¹⁷. Dies unterscheidet Harburg von anderen Gemeinden im Umfeld von Hamburg wie etwa Altona und Wandsbek oder von industriellen Ballungsgebieten wie Ber-

¹⁴ Vgl. u. S. 278 ff.

¹⁵ Vgl. *Witt*, Kommunalpolitik, und *Peter-Christian Witt*, Die Wohnverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Unterbeamten der Stadt Harburg am Beginn des 20. Jahrhunderts, in: *Wilhelm Treue* (Hrsg.), Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch zu seinem 60. Geburtstag (Berlin 1988) 603–628.

¹⁶ Vgl. Tabelle 1.

¹⁷ Leider läßt sich die Frage nur für den Zeitraum Anfang 1867–Ende 1913 einigermaßen exakt beantworten.

Bevölkerung bei Volkszählung Januar 1867:	14 168	
Bevölkerung nach Melderegister Dezember 1913:	70 550	
Wachstum der Bevölkerung 1867–1913:	56 382	100 v. H.
davon:		
aus Geburtenüberschuß (Lebendgeborene minus Verstorbener):	26 678	47,3 v. H.
aus Eingemeindungen:	8 313	14,7 v. H.
aus Wanderungsgewinnen:	21 391	37,9 v. H.

Mit den amtlichen Zählungen sowie den Magistratsakten Harburg (StA Hamburg, 430-4) korrigierte Daten nach *Otto Bödecker*, Die Industrialisierung der Stadt Harburg (Rostock 1927) 220, 223; im folgenden zitiert: *Bödecker*, Industrialisierung.

Tabelle 1: Bevölkerung der Stadt Harburg 1812–1913

Zähljahr	Einwohner	jährliches Wachstum in v. H.		Geschlechtsverteilung			
		mit Eingemeindungen	ohne	absolut		in v. H.	
				m.	w.	m.	w.
1812	3 600			?	?	?	?
		1,16	–				
1833	4 595	0,90	–	2 190	2 405	47,7	52,3
1851	5 396	8,29	–	2 703	2 693	50,1	49,9
1861	11 971	3,26	–	6 313	5 658	52,7	47,3
1871	16 500	1,62	–	8 847	7 653	53,6	46,4
1880	19 071	6,28	4,95	9 918	9 153	52,0	48,0
1890	35 081	3,95	–	17 915	17 166	51,1	48,9
1895	42 579	2,91	–	21 415	21 164	50,3	49,7
1900	49 155	2,52	–	24 737	24 418	50,3	49,7
1905	55 679	3,78	2,46	28 111	27 568	50,5	49,5
1910	67 025	1,29	–	34 113	32 912	50,9	49,1
1913	70 550			36 053	34 497	51,1	48,9

Quellen: Bödecker, Industrialisierung 195, 198, 223; StA Hamburg, 430-4, I B 3-1, 1a, 2, 4, 5, 10; Statistik des Deutschen Reichs, 1. Reihe Bd. 2, 14, 20, 25, 30, 57; N.F. Bd. 32, 68, 150–151, 240; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1897, 1898, 1906 IV, 1907 I–IV, 1908 I, 1911 IV, 1912 II–IV.

lin oder dem Ruhrgebiet, wo die natürliche Bevölkerungszunahme niedriger, die Wanderungsgewinne höher ausfielen. Wie die vollständig vorliegenden Zahlen aus dem letzten Jahrzehnt vor 1914 andeuten, gab es zwar eine hohe Bevölkerungsfuktuation, nämlich durchschnittlich 16,6 v. H. Zuzüge und rd. 15,8 v. H. Fortzüge, dazu zogen rd. 37 v. H. der mittleren jährlichen Bevölkerung innerhalb der Stadt um¹⁸, aber diese Daten dürfen nicht fehlinterpretiert werden. Die innerstädtischen Umzüge beschränkten sich häufig auf einen Stockwerkwechsel im gleichen Haus, auf einen Umzug in ein anderes Haus der gleichen Straße, und relativ seltener kam es zu einem Wechsel in ein anderes Wohnquartier. Die Zu- und Fortzüge in die und aus der Stadt müssen überwiegend von jungen, ledigen Personen vorgenommen worden sein und blieben, auch wenn es sich um Männer handelte, für die politische Struktur der Stadt insoweit unbedeutend, als jene überwiegend noch nicht das wahlfähige Alter erreicht hatten. Wer von den Zuziehenden freilich nach einem Jahr noch immer in Harburg lebte, wurde dort oder in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Gemeinden wie dem schnell

¹⁸ Bödecker, Industrialisierung, 221.

wachsenden, ebenfalls industriell strukturierten Wilhelmsburg und z. T. in später nach Harburg eingemeindeten Dörfern sesshaft. Dies bedeutet, daß sich die hohen Zahlen der jährlichen Zu- und Fortzüge tatsächlich aus einem verhältnismäßig kleinen Segment der Gesamtbevölkerung speisten, oder anders ausgedrückt, daß im Gegensatz zu der vielfach vermuteten hohen Mobilität der Arbeiterbevölkerung diese in Harburg nicht vorlag, sondern eine von anderen sozialen Schichten nicht unterscheidbare Sesshaftigkeit¹⁹. Und dies war wiederum eine verhältnismäßig günstige Voraussetzung für den Auf- und Ausbau einer sozialdemokratischen Organisations- und Kommunikationsstruktur in der Stadt sowie für die Integration der hier sesshaft werdenden Zuziehenden.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, dem Beginn der industriellen Entwicklung der Stadt, hatte Harburg stets einen Männerüberschuß zu verzeichnen, der sich in Phasen schnellen Wachstums der Stadt besonders ausgeprägt zeigte, seit den 1890er Jahren jedoch abzufallen begann bzw. ökonomisch wie politisch an Bedeutung verlor, da er im wesentlichen auf die nicht wahlberechtigte Militärbevölkerung zurückzuführen war²⁰. Auch im Altersaufbau der Bevölkerung zeichneten sich die rasche Industrialisierung und das Wachstum der Stadt ab. Der lastende jüngere Bevölkerungsanteil (unter 15 Jahre) stieg von 1851 rd. 31,2 v. H. auf 32,7 v. H. im Jahre 1880 und erreichte rd. 35 v. H. im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, der Anteil des lastenden älteren Bevölkerungsanteils (über 60 Jahre) ging dagegen von 6,3 v. H. auf 5,7 v. H. und 5,5 v. H. zurück. Am wichtigsten war jedoch die Tatsache, daß die 15- bis 50-Jährigen, aus denen sich, wie parallele Untersuchungen zur Altersstruktur der Industriearbeiterschaft zeigen, rd. 91 v. H. der in den Hauptbranchen Gummi-, Öl- und chemische Industrie beschäftigten Arbeiter rekrutierten²¹, ihren Anteil von rd. 52 v. H. auf knapp

¹⁹ Die Frage wurde in folgender Weise überprüft: Von den 21 bei der Reichstagswahl im Januar 1912 vorhandenen Wahlbezirken wurden die beiden mit dem höchsten (über 75 v. H.) und dem niedrigsten (unter 40 v. H.) Anteil von Arbeitern und kleinen Angestellten an den Wahlberechtigten ausgewählt und dann jeder einzelne Wahlberechtigte mit Hilfe des jährlich erschienenen Adreß- und Handbuchs der Stadt Harburg sowie der vollständig vorhandenen Wahlberechtigtenliste für Reichstagswahlen und Bürgervorsteherwahlen (soweit bei den Akten auch für die Preussischen Abgeordnetenhauswahlen), die auch jeweils Alters- und Berufsangabe enthalten, soweit wie möglich nach folgenden Kriterien: Wohnung in der Stadt, Wähler oder Nichtwähler (bei Bürgervorsteherwahlen auch geheime oder öffentliche Stimmabgabe) zurückverfolgt. Dabei zeigt sich, daß ohne Unterschiede der sozialen Schicht von den 1912 vorhandenen Wahlberechtigten über 95 v. H., seit sie die Wahlberechtigung erlangt hatten, in der Stadt lebten und über 70 v. H. mehr als 14 Jahre (RTWahl 1898) in der gleichen Straße wohnten.

²⁰ Vgl. Tabelle 1; die Harburger Garnison (seit 1867 zunächst 1. u. 2. Bataillon des 1. Hans. I.R. 75, seit den 1890er Jahren Schleswig-Holsteinisches Pionier Bataillon Nr. 9) hatte eine Kopfstärke von 660–680 Mann.

²¹ 1912 standen von 6779 Arbeitern (nur männliche) der drei Industrien im Alter unter 25 Jahre 29,1 v. H. (Gummiindustrie: 41,3 v. H., Ölindustrie: 20,2 v. H.; Chemie: 18,2 v. H.); 46,3 v. H. waren 25 bis 40 Jahre alt (Gummi: 39,6 v. H., Öl: 53,9 v. H.; Chemie: 40,6 v. H.) und 15,8 v. H. zwischen 40 und 50 Jahre (Gummi: 12,8 v. H.; Öl: 17,1 v. H.; Chemie: 22,3 v. H.); über 50 Jahre waren 8,8 v. H. alt, wobei nur die Chemische Industrie (19,0 v. H.) einen wirklichen bedeutsamen Anteil älterer Arbeiter beschäftigte; Bödecker, Industrialisierung, 203; Geschäftsbericht des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Harburg) für das Geschäftsjahr 1912, Harburg 1913.

55 v. H. – gleichbleibend seit den 1880er Jahren – steigerten²². Dieser Altersaufbau wäre noch ausgeprägter gewesen, hätte nicht auch noch im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg die Säuglingssterblichkeit in Harburg über dem Reichsdurchschnitt gelegen²³.

Während des gesamten Beobachtungszeitraums war Harburg eine ganz überwiegend evangelische Stadt – und doch läßt sich eine gewisse Verschiebung in der Religionszugehörigkeit nicht verkennen: Einmal stieg der katholische Bevölkerungsanteil von 2,1 v. H. im Jahre 1861 auf 9,5 v. H. im Jahre 1910, sank der jüdische von 1,3 v. H. auf 0,5 v. H. und verdoppelte sich der Anteil sonstiger Konfessionszugehörigkeiten und Dissidenten auf 1,8 v. H. und, für die politische Struktur wichtiger, der Anteil der evangelischen Wahlberechtigten zum Reichstag begann schnell zu sinken, bis er 1912 nur noch etwa 87,8 v. H. gegenüber 10,1 v. H. Katholiken, 0,5 v. H. Juden und 2,1 v. H. sonstige Christen und Dissidenten betrug²⁴. Auch hierin spiegelte sich die Industrialisierung der Stadt, die vor allem in der Gummi-, Öl- und Chemieindustrie einen hohen Bedarf an ungelernten Arbeitskräften hatte, der zu einem Teil auch mit katholischen polnischen Zuwanderern aus den östlichen Provinzen Preußens gedeckt wurde²⁵.

Schon bei der Annexion durch Preußen war Harburg eine Industriestadt mit einem allerdings noch ausgeprägt kleinbetrieblichen Charakter und mit einem Anteil von fast einem Viertel Selbständiger in Industrie, Handwerk und Handel und Dienst-

²² Vgl. Quellenangabe zu Tabelle 1.

²³ Die Säuglingssterblichkeit betrug 19,1 v. H. (ehelich Geborene: 17,4 v. H.; unehelich Geborene: 32,4 v. H.) gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 18,6 v. H. Da der Anteil der unehelichen Geburten mit 11,3 v. H. ebenfalls über dem Reichsdurchschnitt von 8,6 v. H. lag, erklärt sich die höhere Säuglingssterblichkeit im wesentlichen hieraus, wenngleich nicht übersehen werden kann, daß der Verzicht der Stadtverwaltung auf jegliche Hilfestellung für uneheliche Mütter entscheidend zu der höheren Sterblichkeit beigetragen hat; als die Stadtverwaltung nämlich durch das preußische Gesetz über die Generalvormundschaft (1905) hier zur Hilfeleistung verpflichtet wurde, sank die Säuglingssterblichkeit bei unehelich Geborenen von vorher über 40 v. H. schlagartig um fast ein Drittel auf 28,3 v. H. Zahlen nach: Bödecker, Industrialisierung, 223; Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (Stuttgart und Mainz 1972) 107, 112.

²⁴ Von 100 RT-Wahlberechtigten waren:

	1867	1878–87	1903	1912
evangelisch	96,1	94,9	89,5	87,3
katholisch	2,0	3,1	8,1	10,1
jüdisch	1,1	1,1	0,5	0,5
sonst. Christen	} 0,8	} 0,9	1,0	1,1
Dissidenten			0,9	1,0

StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2b – 1 bis 7 (RTWahlen 1867–1878), da danach die Berichterstattung über die Konfessionszugehörigkeit der Wahlberechtigten aufgegeben wurde, sind die folgenden Daten aus den jeweils nächstliegenden Volkszählungen (Quellen: vgl. Tabelle 1) errechnete Annäherungswerte.

²⁵ Vgl. dazu *Elke Hauschildt*, Polen und katholische Kirche in Wilhelmsburg, in: *Jürgen Ellermeyer* (u. a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 254–261.

leistungen²⁶. Bei der letzten Berufszählung vor dem Weltkrieg 1907 gehörten über 61,1 v.H. der Erwerbstätigen zur Berufsabteilung Industrie und Handwerk, noch knapp 24 v.H. zu Handel und Verkehr (davon etwa ein Fünftel Eisenbahner), etwa 4 v.H. zum Bereich häusliche Dienste und Tagelohn, etwa 7,5 v.H. zum öffentlichen Dienst, 3,3 v.H. zur Land- und Forstwirtschaft, bei dem Rest handelte es sich um Berufslose. Von den 20851 Beschäftigten in Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen und Verkehr waren 16090 oder 74,2 v.H. Arbeiter, 11,1 v.H. Angestellte oder Privatbeamte und immer noch 14,7 v.H. Selbständige²⁷. Neben der schon erwähnten Gummi-, Öl- und chemischen Industrie bestimmten eine verhältnismäßig bedeutsame Werft- und Maschinenbau- sowie die Textilindustrie das Bild der Industriestadt Harburg, während die expandierenden Werkstätten und Betriebsabteilungen der Eisenbahnen im Bereich des Verkehrs die früher dominierenden Spediteure und Reeder verdrängt hatten. Besondere Bedeutung hatte in Harburg das Baugewerbe, in dem vor 1913 auch zwei Großbetriebe mit je über 1000 Beschäftigten entstanden waren²⁸.

Diese soziostrukturellen Daten – der weit über dem Reichsdurchschnitt von 40 v.H. liegende Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk, der extrem hohe Arbeiteranteil, sicherlich auch die überwiegend evangelische Konfession der Bevölkerung – boten für die Ausbreitung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften außerordentlich günstige Voraussetzungen. Dennoch erklärt dies alles den überragenden Erfolg der Sozialdemokratie bei Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhauswahlen allein nicht. Vielmehr dürfte hierzu die nationalliberale Klassenpolitik in der Stadt entscheidend beigetragen haben.

²⁶ Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt, die hier nicht genauer verfolgt werden kann, vgl. Jürgen Ellermeyer, *Die Industrialisierung Harburgs im 19. Jahrhundert*, in: ebda., 158–205; Dirk Stegmann, *Die industrielle Entwicklung Harburgs 1900–1937*, in: ebda., 295–352.

²⁷ Statistik des Deutschen Reichs Bd. 209, 281 ff.; Bd. 218, 352 ff. – Bei den Berufszählungen von 1895 und 1882 (ebda., Bd. 2 u. 109) waren nur sehr geringe Abweichungen von dieser Zusammensetzung zu verzeichnen; man muß schon in das Jahr 1861 zurückgehen, um über eine signifikant andere Verteilung (Industrie u. Gewerbe: 55,5 v.H.; Handel u. Verkehr: 19,6 v.H.; häusliche Dienste: 12,6 v.H.; öffentlicher Dienst: 3,9 v.H.; Land- und Forstwirtschaft: 1,1 v.H.; Berufslose: 6,8 v.H.) berichten zu können.

Unter den männlichen über 25 Jahre alten Erwerbstätigen war die Verteilung 1907 noch ausgeprägt industriewirtschaftlicher: Industrie und Handwerk = 68,0 v.H.; Handel und Verkehr: 21,2 v.H. (davon 6,6 v.H. Eisenbahner); häusliche Dienste und Tagelohn: 1,2 v.H.; öffentlicher Dienst: 9,4 v.H.; Land- u. Forstwirtschaft: 0,2 v.H.

²⁸ Neben den beiden Großfirmen (August Prien und H. C. Hagemann), die in erster Linie im Industrie-, Tief- und Wasserbau arbeiteten, bestanden 1913 noch 66, vor allem im Wohnhausbau beschäftigte handwerksmäßige Bauunternehmungen, die – zusammen mit den Baumaterialien- und Kohlenhändlern – in der Kommunalpolitik eine nicht unbedeutende Rolle spielten, vgl. Witt, *Kommunalpolitik*, 231–233.

3. Zur politischen Struktur der Stadt²⁹

Seit Einführung der hannoverschen Städteordnung 1851/1858 bis zum Ende des Kaiserreichs (und für den hauptamtlichen Teil des Magistrats sogar noch bis zum 31. 12. 1924) wurde die Harburger Kommunalpolitik von einer Partei, den Nationalliberalen, und soziologisch gesehen von den Interessen einer schmalen Schicht von Großkaufleuten, Industriellen und Handwerkern, unter denen wiederum die Bauhandwerker das Sagen hatten, bestimmt. Alle vier Oberbürgermeister dieser Zeit – Grumbrecht, Schorcht, Ludowieg und Denicke – wie die sieben weiteren hauptamtlichen Magistratsmitglieder und auch die 13 Industriellen und Großkaufleute, die die ehrenamtlichen Magistratsposten unter sich verteilten, gehörten der nationalliberalen Partei an. Unter den 90 Bürgervorstehern, die zwischen 1867 und 1919 amtierten, gab es immerhin sieben – sechs Freikonservative und ein Linksliberaler –, die nicht Parteigänger der Nationalliberalen waren. Wie die politischen Gremien der Stadt so waren auch die Verwaltungsposten eine Beute der Nationalliberalen: Von den leitenden Verwaltungsbeamten, den Stadtsekretären, bis hinunter zu den städtischen Nachtwächtern, von den Direktoren der städtischen Eigenbetriebe bis zu den Arbeitern, von den leitenden Krankenhausärzten bis zu den Armenvorstehern, von den Direktoren und Rektoren der städtischen Schulen bis hin zu den Hilfslehrern überall wurden Parteigänger der Nationalliberalen, seltener auch der Freikonservativen und ganz vereinzelt auch der Linksliberalen beschäftigt. Zugleich wurde aber – und das galt bis 1918 – so getan, als ob Parteipolitik in den städtischen Repräsentativorganen oder in der städtischen Verwaltung keine Rolle spiele. Parteien gab es in der kommunalen Politik und Verwaltung offiziell gar nicht, sondern nur die sogenannten „Bürgervereine“ und – seit den 1890er Jahren – auch den „Haus- und Grundbesitzerverein“, die bei Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium die Kandidaten aufstellten, sowie informelle Zirkel von Großkaufleuten und Industriellen, die bei den Wahlen zum Magistrat das entscheidende Wort zu sagen hatten. Erst wenn man die Kandidatenlisten der Wahlmänner für die Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus systematisch auswertet, erschließt sich die ganze parteipolitische Einseitigkeit von politischen Gremien und Verwaltung der Stadt.

Erreicht wurde diese Dominanz der nationalliberalen Partei in der kommunalen Politik durch die Bestimmungen der hannoverschen Städteordnung. Diese kannte zwar anders als in den altpreußischen Provinzen auch in der preußischen Zeit weder das Dreiklassenwahlrecht noch die zwangsweise öffentliche Stimmabgabe oder die indirekte Wahl, sondern sah ein gleiches, direktes und wahlweise öffentliches oder geheimes Stimmrecht vor. Aber sie kannte eine viel effektivere Einschränkung der politischen Partizipation durch die Anbindung an den Erwerb des Bürgerrechts. Dies war selbstverständlich nichts für Harburg Spezifisches; denn Teilnahme an der kommunalen Politik via aktives und passives Wahlrecht auf die Bürger zu beschränken, war in Preußen allgemein üblich. Was interessant ist, ist die spezifische Ausformung der Be-

²⁹ Dieser Abschnitt ist eine auf die hier wesentlichen Punkte beschränkte Zusammenfassung von *Witt*, Kommunalpolitik; auf Einzelbelege wurde verzichtet.

dingungen für die Gewinnung des Bürgerrechts. Dabei gab es einmal die Unterscheidung zwischen Pflicht- und Wahlbürgern. Das Bürgerrecht erwerben mußte jeder Haus- und Grundbesitzer, das Bürgerrecht erwerben konnte, mit Ausnahme Entmündigter, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilter oder als abhängig Beschäftigter im Haushalt des Arbeitgebers Lebender, jedermann. Zugleich gab es klare Unterschiede zwischen den Personen, die sich zum Erwerb des Bürgerrechts entschlossen oder dazu verpflichtet waren: Städtische und Königliche Beamte, einschließlich der indirekten Staatsbeamten wie Pastoren und Lehrer, hatten einen Anspruch auf unentgeltliche Verleihung des Bürgerrechts, die Abkömmlinge von Bürgern auf Verleihung gegen ein erst auf die Hälfte, dann auf ein Viertel reduziertes Bürgerkaufgeld, das in der Periode 1867 bis 1890 30 M plus 2 M jährlicher Erhaltungsabgabe und ab 1890 50 M plus 3 M jährlich betrug, alle anderen mußten die vollen Gebühren tragen. Und bei diesen anderen handelte es sich naturgemäß in erster Linie um Einwohner oder neu Hinzuziehende, die auf Grund ihrer sozioökonomischen Lage als Arbeiter oder kleine Angestellte kaum dazu imstande waren, diese hohe Gebühr (in den 1890er Jahren etwa 7 v. H. des Jahreseinkommens eines durchschnittlich beschäftigten Arbeiters in der Harburger Industrie, in den Jahren bis 1913 sank diese Quote allmählich auf 3–4 v. H.) zu zahlen. Die beinahe automatische Folge war, daß der Anteil der wahlberechtigten Bürger der Stadt, der zwischen 1852 und 1865 noch rd. 7,5 v. H. betragen hatte, schnell sank und in den Jahren seit 1893 nur noch bei knapp unter oder knapp über 3 v. H. lag – und daß die Sozialdemokratie unter solchen Bedingungen chancenlos war und folgerichtig – mit Ausnahme des Sonderfalls bei der 1910 erfolgenden Eingemeindung von Eißendorf – auf eine Teilnahme an den Bürgervorsteherwahlen verzichtete.

Natürlich hätte das Fehlen der Sozialdemokratie im Bürgervorsteherkollegium und die Alleinherrschaft einer Partei, der Nationalliberalen, nicht eine Kommunalpolitik ausgeschlossen, die auch die Interessen der Nichtrepräsentierten berücksichtigte, die sowohl im Bereich der Leistungsverwaltung – also bei Schulen und Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt – oder bei dem Ausbau der städtischen Infrastruktur – Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke, Abwasserbeseitigung, Straßenbau und öffentlichem Nahverkehr – Vorschläge und Ideen aufgenommen hätte, die von Sozialreformern, aber auch von vielen Stadtverwaltungen anderenorts entwickelt und durchgeführt worden waren. Beispiele für eine solche innovative, soziale und politische Belange der nicht oder nur sehr unzureichend in den kommunalen Körperschaften vertretenen Schichten berücksichtigenden Kommunalpolitik gibt es zur Genüge – allerdings in der Regel aus Großstädten³⁰. Und hierin besteht ein offensichtliches Forschungsproblem, denn es wird in der Literatur immer so getan, als seien die Entwicklungen in einigen wenigen großen Städten repräsentativ für alle Städte. Dies ist jedoch eine völlig unbewiesene Hypothese. Das Harburger Beispiel zeigt geradezu das Gegenteil: Die Wohlfahrtsfunktionen der Gemeinde wurden nur sehr unzureichend

³⁰ Vgl. den den Forschungsstand sehr gut zusammenfassenden Beitrag von *Wolfgang Hofmann*, Aufgaben und Struktur der kommunalen Selbstverwaltung in der Zeit der Hochindustrialisierung, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 3 (Stuttgart 1984) 578–644, insbes. 583–606.

wahrgenommen – ganz besonders deutlich ist dies im Bereich des Wohnungsbaus, wo die Stadt der Bau- und Bodenspekulation freie Hand ließ, die zaghaften Ansätze zur genossenschaftlichen Selbsthilfe planmäßig behinderte und nur durch massiven staatlichen Druck nach 1898 wenigstens zur Bekämpfung der übelsten Auswüchse gezwungen wurde³¹. Ganz ähnliche Befunde zeigen sich, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit Schulen und Krankenhäusern, mit Gas, Elektrizität und Wasser, die Abwässerbeseitigung oder der innerstädtische Straßenbau betrachtet werden: Es wurde entweder nur das gerade noch von den staatlichen Aufsichtsorganen tolerierte Minimum getan oder aber es wurden zunächst nur die „guten“ Wohnviertel bedacht, während die Arbeiterbezirke mit erheblicher Verzögerung, z. T. erst in der Zeit der Weimarer Republik in den Genuß solcher Versorgungsleistungen kamen. In den gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorstehern sowie in den Magistratsentscheidungen werden die Gründe für diese Klassenpolitik erkennbar³²: Die Haus- und Grundbesitzer, die das Bürgervorsteherkollegium beherrschten, lehnten ebenso wie Industrielle und Großkaufleute, die stets die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder stellten, eine über Minimalstandards hinausgehende Versorgung der Bevölkerung mit Wohlfahrtseinrichtungen, mit Schulen oder anderen Bildungsanstalten schon deswegen ab, weil dies unvermeidlich zu einer Erhöhung der in Harburg verglichen mit anderen preußischen Industriestädten noch sehr niedrigen kommunalen Hebesätzen zu den Staatssteuern geführt hätte. Und Eingriffe in die Bau- und Bodenspekulation oder gar in den Arbeitsmarkt, wie letzteres mit dem Vorschlag, etwas zur Bekämpfung der saisonalen und konjunkturellen Arbeitslosigkeit zu tun oder doch einen städtischen Arbeitsnachweis einzurichten, selbst vom preußischen Staat angeregt wurde, wurden stets unnachsichtig zurückgewiesen, weil dies die elementaren Interessen der in den städtischen Kollegialorganen repräsentierten Schichten verletzt hätte. In der doppelten Gewißheit, daß die Stadt ohnehin mehrheitlich sozialdemokratisch war, glücklicherweise durch die sinnreiche Ausgestaltung der hannoverschen Städteordnung sich dies aber in den städtischen Kollegialorganen niemals, jedenfalls solange die politische Ordnung des Kaiserreichs Bestand hatte, würde auswirken können, verzichteten Magistrat und Bürgervorsteher in Harburg daher bewußt auf jeden Kompromiß und trieben eine bürgerlich-nationalliberale Klassenpolitik, die fatal an das Beispiel konservativ-agrarischer Klassenpolitik im Preußischen Abgeordnetenhaus erinnerte. Sie nahmen dabei allerdings in Kauf, daß hierdurch nicht nur der Widerstand in Arbeiterkreisen mobilisiert und der Ausbau einer festen, sozialdemokratisch beherrschten „Gegen-

³¹ Vgl. dazu neben meinem in Anm. 15 genannten Aufsatz zur Wohnsituation der städtischen Bediensteten *Dittmer Machule*, 100 Jahre Städtebau in Harburg. Stadtplanung und Wohnungsbau zwischen 1845 und 1945, in: *Jürgen Ellermeyer* (u. a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 264–294, insbes. 266–277.

³² Es wurden für diese Aussage systematisch die Protokolle der politisch wichtigen gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorsteherkollegium von 1867 bis 1914 (StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II F 4 Bd. I–II, II F 5–8, II F 10, 12, 14, 16 u. 18) sowie die Magistratsakten zu den städtischen Versorgungsbetrieben (Aktengruppe V), zum Bauwesen (Aktengruppe VI), zum Arzneiwesen (Aktengruppe VII), zum Gesundheitswesen (Aktengruppen X u. XIII), zum Schulwesen (Aktengruppe XI) und Arbeitersachen (Aktengruppe XVI) und auch die Akten der Polizeidirektion (StA Hamburg, 430–13) durchgesehen.

welt“ beschleunigt wurde, sondern sich auch bürgerliche Schichten hierdurch nicht mehr repräsentiert fühlten und sich unter Überspringung der von beiden Seiten errichteten Klassenschranken zumindest bei Wahlen der Sozialdemokratie zuwandten.

4. Der Ausbau der sozialdemokratischen Organisations- und Kommunikationsstruktur seit 1890

Die Stadt Harburg gehörte zu den frühen Hochburgen der Sozialdemokratie; Theodor Yorck, Organisator des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, erzielte schon bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 ein in vieler Hinsicht überraschend gutes Ergebnis, als er den nationalliberalen Kandidaten, Oberbürgermeister Grumbrecht, in der Stadt auf den zweiten Platz verwies³³. Beide sozialistischen Parteien, ADAV und SDAP, und einige Gewerkschaften hatten Ende der 1860er und Anfang der 1870er Jahre in Harburg Fuß gefaßt³⁴ und in Theodor Yorck zunächst auch einen charismatischen Führer, der selber in Harburg lebte. Über die weitere Entwicklung von Partei und Gewerkschaften in Harburg nach Yorcks Tod 1875 schweigen die Quellen; sicher ist nur, daß mit dem Berliner Zimmerer Carl Finn 1874, 1877 und 1878 mit dem Verdener Gastwirt Conrad Wode und 1881 und 1884 mit Ignaz Auer auswärtige Kandidaten bei den Reichstagswahlen aufgestellt wurden, während über den Harburg auf dem Vereinigungskongreß 1875 vertretenden ADAV-Vorsitzenden D. Steffens außer seinem Namen und der Tatsache, daß er auch auf dem Wydener Kongreß 1880 zugegen war, nichts zu erfahren ist. Dennoch kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Sozialdemokratie auch in den Jahren des Sozialistengesetzes in Harburg aktiv blieb³⁵ und in dieser Zeit der Schuhmachermeister Heinrich

³³ Vgl. hierzu *Christian Gotthardt*, Pyrrhussiege und glänzende Niederlagen: Die Kämpfe zwischen Liberalen und Sozialisten in den ersten Reichstagswahlen 1867 bis 1878 in Harburg, in: *Jürgen Ellermeyer* (u. a. Hrsg.), *Harburg. Von der Burg zur Industriestadt* (Hamburg 1988) 206–218; *Günter Scheel*, Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Königreich Hannover, in: *Niedersächsisches Jahrbuch* 48 (1976) 17–70, bes. 57–58, 65–66; *Heide Barmeyer*, Die hannoverschen Nationalliberalen 1859–1885, in: *Niedersächsisches Jahrbuch* 53 (1981) 65–85.

³⁴ Während die SDAP, zu der Yorck 1869 übergewechselt war, nie über ein Sektendasein (mit 10–16 Mitgliedern zwischen 1869 und 1875) hinauskam, hatte der ADAV schon 1871 rd. 70 und 1875 rd. 250 Mitglieder (vgl. *Dieter Fricke*, *Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung* (Berlin 1987) 65–71, 109–113, 123, 146). Zur gewerkschaftlichen Entwicklung in Harburg in den 1870er und 1880er Jahren läßt sich nur wenig sagen – Maurer, Schiffszimmerer, Schuhmacher und Schneider sowie einige Metallarbeiter waren organisiert (die Mitgliedszahlen lagen zwischen ca. 150 und ca. 300), während in der wichtigen Gummi- und Ölindustrie wohl höchstens vereinzelt Mitglieder von Gewerkschaften anzutreffen waren, obwohl Yorck 1869 in Harburg die „Genossenschaft der freien Hand- und Fabrikarbeiter“ gegründet und zunächst auch fast 200 Mitglieder gewonnen hatte, vgl. *Willy Albrecht*, *Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1970* (Bonn 1982), 176, 249, 497, 517, 541, 549, 555; 1869 Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter – 1969 IG Chemie – Papier – Keramik. 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Harburg (Hamburg 1969).

³⁵ Hierauf deutet auch die Tatsache hin, daß Harburg auf allen drei Exilkongressen der Sozialdemokratie – in Wyden 1880 durch D. Steffens, in Kopenhagen 1883 durch Heinrich Baerer und in St. Gallen 1887 durch den Fabrikarbeiter Friedrich Louis Renz – vertreten war.

Baerer (1842–1913) in die Rolle des unbestrittenen Führers der Harburger Sozialdemokratie hineinwuchs, die er nach dem Fall des Sozialistengesetzes für zwei Jahrzehnte auch öffentlich ausübte.

Baerer³⁶, der aus Kirchhain bei Marburg stammte, war ein reiner Autodidakt; eine Schule hatte er nie besucht, sich später selber Schreiben, Lesen und Rechnen beigebracht, eine Schuhmacherlehre durchgemacht und – seit 1864 in Harburg ansässig – dort gegen Ende der 1870er Jahre die Meisterprüfung abgelegt. 1864 war er dem ADAV beigetreten, 1869 zur SDAP übergewechselt, und 1868 war er Mitglied der Schuhmachergewerkschaft geworden – und hatte dann immer wieder, im einzelnen aber nicht genau bestimmbare, Funktionen innerhalb von Partei und Gewerkschaften innegehabt, bis er 1883 als Nachfolger von Steffens informell die Führung der verbotenen Partei übernahm. Als 1884 über Harburg – nicht wegen der Aktivitäten der verbotenen Partei in Harburg selber, sondern weil sich hier viele der bereits aus Hamburg ausgewiesenen führenden Sozialdemokraten, u.a. Auer und Dietz, in unmittelbarer Nähe ihrer alten Wahlkreise niedergelassen hatten – der Belagerungszustand verhängt wurde, gehörte neben jenen auch Baerer zu den Ausgewiesenen. Baerer, der inzwischen zusammen mit einem Kompagnon eine eigene Schuhmacherwerkstatt betrieb und dessen Familie weiterhin in Harburg lebte, hielt jedoch die Verbindung zu Harburg aufrecht und wurde 1887 erstmals als Kandidat für den 17. hannoverschen Reichstagswahlkreis, zu dem Harburg gehörte, aufgestellt und behielt diese Funktion bis zur Wahl 1912, als er alt und krank zugunsten von Friedrich Lesche verzichtete. Vom November 1890 bis Mitte 1910 war Baerer Vorsitzender der Wahlkreisorganisation, vertrat zwischen 1890 und 1909 – mit Ausnahme der Jahre 1894 und 1903 – Harburg auf den Parteitag und war zumindest zeitweilig auch Ortsvereinsvorsitzender in Harburg³⁷. Alle diese Funktionen übte Baerer ehrenamtlich aus, lebte nicht von, sondern für die Partei und verdiente sich seinen Unterhalt offensichtlich erfolgreich und bei den Berufskollegen angesehen, die ihn für die Amtsperiode 1899–1902 zum Obermeister ihrer Zwangsinnung wählten, als Schuhmachermeister. Obwohl selber kein „Parteibeamter“ hat Baerer doch entscheidend dazu beigetragen, daß Gewerkschaften und Partei, sobald sich dies nur irgend vertreten ließ, hauptamtliche Funktionäre einstellten – mit dem Ergebnis, daß im letzten Jahr vor dem Weltkrieg mehr als dreißig Angestellte für Partei und Gewerkschaften tätig waren, der parteieigene Verlag, die „Spiel- und Sportplatz Volkswohl GmbH“ sowie der Konsumverein und die ihm

³⁶ Vgl. auch *Wilhelm Heinz Schröder*, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch (Düsseldorf 1986) 76 f.

³⁷ Ob Baerer, der im November 1890 auch zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt worden war, diese Funktion bis zum Sommer 1910 innehatte, als der besoldete Sekretär der Wahlkreisorganisation, Carl Möller, das Amt übernahm, läßt sich nicht klären, da das Exemplar des „Volksblatts für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung“ des Staatsarchivs Hamburg seit Sommer 1987 wegen Verfilmungsmaßnahmen unzugänglich ist und im Exemplar der Universitätsbibliothek Göttingen die Jahrgänge vor 1914 fehlen.

gehörende Großbäckerei Dutzenden von Parteigenossen Arbeit und – ebenso wichtig – Gelegenheit zur nebenamtlichen Funktionärstätigkeit boten³⁸.

Agitation, Organisation und Kommunikation, Ausbau der unterschiedlichsten Selbsthilfeorganisationen vom Konsumverein bis zur Bibliothek – dies alles diente einem doppelten Zweck: Der Gewinnung von möglichst vielen Mitgliedern für Partei und Gewerkschaften, ihrer dauerhaften Einbindung in die Organisationen der Arbeiterbewegung wie gleichermaßen der Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Es entstand hierdurch eine sozialdemokratische Infrastruktur, die ihre Anhänger nicht nur in manchen Lebensbereichen objektiv unabhängig davon machte, was ringsherum in einer „feindlich“ empfundenen und auch „feindlich“ handelnden „bürgerlichen“ Umwelt geschah, sondern auch – ebenso bedeutsam – ein subjektives Zusammengehörigkeitsgefühl schuf, das Geborgenheit und Sicherheit ebenso vermittelte wie zunehmendes Selbstbewußtsein, dessen bester Ausdruck die Art und Weise war, mit der nach der Revolution 1918/19 die lokalen Funktionäre von Partei und Gewerkschaften ganz selbstverständlich in die kommunalen Ämter als Bürgervorsteher und Magistratsmitglieder einrückten und ihre die Interessen der Bevölkerungsmehrheit berücksichtigende Politik betrieben, gerade ohne dabei in eine einseitige Klassenpolitik, wie das unter den Nationalliberalen bis 1918 üblich gewesen war, zu verfallen³⁹.

Dieser Prozeß kann hier nur mit manchen Verkürzungen und quellenbedingten Lücken nachgezeichnet werden, in dem zunächst die Ausbreitung von Gewerkschaften und Partei, sodann des ganzen Systems der sozialdemokratischen Infrastruktur in der Stadt dargestellt wird. Noch unter dem Sozialistengesetz – im Herbst 1889 – gab es den ersten Ansatz zu einer Neubelebung sozialistischer Organisationen in Harburg,

³⁸ Der sozialdemokratische Wahlverein für den 17. Hannoverschen Wahlkreis beschäftigte 1913: 2 Sekretäre und, als eine der ersten sozialdemokratischen Organisationen überhaupt, seit September 1912 eine weibliche Hilfskraft; das Arbeitersekretariat 2 Sekretäre; der Fabrikarbeiterverband 2 Geschäftsführer, einen Kassierer und 4 Hilfskassierer; der Metallarbeiterverband 2 Geschäftsführer und 1 Kassierer; der Transportarbeiterverband, der Holzarbeiterverband, der Bauarbeiterverband, der Verband der Heizer und Maschinisten, der Textilarbeiterverband jeweils einen Angestellten, deren örtlicher Aufgabenkreis allerdings weit über Harburg hinausreichte; der Parteiverlag „Heinrich Baerer & Co.“ beschäftigte 4 Redakteure, 2 Prokuristen und 4 Expedienten für das „Volksblatt“, die „Volkswohl GmbH“ zwei Geschäftsführer. Daneben waren beide Geschäftsführer der Ortskrankenkasse, der Geschäftsführer, die beiden Prokuristen und die zwölf Lagerhalter des Konsumvereins Sozialdemokraten. In der parteieigenen Druckerei waren neben dem technischen Leiter weitere 18 Buchdrucker und Buchbinder, in der Großbäckerei des Konsumvereins neben dem Backmeister über ein Dutzend Bäcker, in den zwölf Läden des Konsumvereins rd. 25 Verkäufer und in den Gastwirtschaften der „Volkswohl“ ein knappes Dutzend Gehilfen und Gehilfen beschäftigt. Die Daten sind zusammengesetzt aus den Verzeichnissen des Vereins Arbeiterpresse, den Berichten von Einzelgewerkschaften, des Gewerkschaftskartells, des Arbeitersekretariats, den Geschäftsberichten des Konsumvereins und können hier nicht im einzelnen aufgeführt werden.

³⁹ Vgl. *Jens Flemming*, Zwischen Krise und Reform: Kommunalpolitik in Harburg 1918–1933, in: *Jürgen Ellermeyer* (u. a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 353 bis 368; *Peter-Christian Witt*, Walter Dudek. Oberbürgermeister in Harburg 1925–1933, erscheint in: Harburger Jahrbuch (1989).

als von den Arbeitern der Gummi- und Ölindustrie, einer vor 1878 praktisch unorganisierbaren Branche, die Bildung eines gewerkschaftlichen Vereins beschlossen wurde⁴⁰, dem bis Anfang März 1890 auch fast 2000 Arbeiter, das entsprach mehr als der Hälfte der Beschäftigten, beitraten. Dieser Anfangserfolg war jedoch nicht von Dauer, sondern endete in einem nahezu vollständigen Fiasko: Als im März/April 1890 bei einer von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum AG übernommenen Harburger Ölfirma ein Streik ausbrach, zu dessen Finanzierung der Vorstand der Gewerkschaft einen Sonderbeitrag von 1,50 M von jedem Mitglied – verteilt allerdings über 15 Wochen – forderte, traten sofort etwa 1700 Mitglieder wieder aus.

Anfängliche Euphorie, Überschätzung der eigenen Kräfte⁴¹, der Opferbereitschaft und der Opferfähigkeit der Mitglieder – der geforderte Sonderbeitrag entsprach eben doch einem durchschnittlichen Tagelohn – in dieser Branche, die sehr viele jugendliche Arbeiter⁴², auch viele Ungelernte und Frauen beschäftigte und stets eine verhältnismäßig hohe Fluktuation in der Belegschaft aufwies⁴³, hatten gleich bei dem organisatorischen Neuanfang von Partei und Gewerkschaften 1890 in eine Sackgasse geführt. Denn eines war deutlich: Bei der Struktur der Industriewirtschaft Harburgs, in der nun einmal die Gummi- und Ölfabriken zu Beginn der 1890er Jahre die einzigen Großbetriebe waren, war ohne die Organisierung von deren Arbeitern für die Gewerkschaften nur wenig zu erreichen – und auch für die Partei mußten bei dem Bemühen um Konsolidierung ihres Wählerpotentials unüberwindliche Schwierigkeiten auftreten, wenn es nicht gelang, hier eine feste gewerkschaftliche Organisation aufzubauen. Wie mühselig dieser Prozeß gewesen ist, welche Bedeutung aber auch der Fabrikarbeiterverband innerhalb des Gewerkschaftskartells in Harburg hatte, zeigen die Tabellen 2 und 3⁴⁴. Am Jahresende 1890 waren noch ganze 270 Arbeiter im Fabrikarbeiterverband organisiert – und aufwärts ging es erst, als 1894 neben dem unbesoldeten Bevollmächtigten ein besoldeter Agitationsleiter bestellt wurde; jetzt wuchs der Verband, freilich z. T. von scharfen, die speziellen konjunkturellen Entwicklungen der Industrie in Harburg widerspiegelnden Rückschlägen unterbrochen⁴⁵, bis auf über 4000 Mit-

⁴⁰ 1869 Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter – 1969 Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik, 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Harburg (Harburg 1969), o.p.; auch für das Folgende. – Neben Baerer, der während seiner Ausweisung aus Harburg erst in Winsen, dann in Hannover wohnte und dennoch die Fäden zog, waren an der Gründung führend beteiligt Karl Weniger, früher Maurer und von 1894 bis zu seinem Tode im Oktober 1906 Prokurist des „Volksblatts für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung“ und auf den Parteitag 1890 und 1894 zweiter Harburger Delegierter, sowie Heinrich Martens (1862–?), von 1892–99 der erste Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes in Harburg (unbesoldet), 1899–1905 unbesoldeter Gauvorsitzender, 1896–1906 Expedient, 1906–1927 Geschäftsführer des „Volksblatts“ und 1919–1933 unbesoldetes Magistratsmitglied der Stadt.

⁴¹ Hier spielte wohl auch die Fehlinterpretation des in der Tat überwältigenden Sieges der SPD bei der Reichstagswahl am 20. 2. 1890 (57,9 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen in der Stadt; bei der Stichwahl am 3. 3. 1890 sogar 67,9 v. H.) eine Rolle.

⁴² Vgl. o. Anm. 21.

⁴³ Vgl. Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg 1890 ff. (Harburg 1891 ff.).

⁴⁴ Vgl. Tabellen 2 und 3, S. 275 f.

⁴⁵ Vgl. Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg 1890 ff. (Harburg 1891 ff.).

Tabelle 2: Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes 1890–1913 und ihre Einbindung in andere sozialistische Organisationen 1907, 1909, 1910 und 1913.

Jahr	Mitglieder am 31. 12.		Befragung über Mitgliedschaften etc.							
		davon weiblich	Antworten		SPD-Mitgl.		Abonnenten „Volksblatt“		Konsum-Verein	
			abs.	v. H.	abs.	v. H.	abs.	v. H.	abs.	v. H.
1890	270									
1891	240									
1892	330									
1893	933									
1894	958									
1895	1417									
1896	2339									
1897	1988									
1898	2156									
1899	2007									
1900	2782									
1901	2794									
1902	1925									
1903	1724									
1904										
1905	1408									
1906	2436	190								
1907	3135	280	1633	52,1	430	26,3	1104	67,6	316	19,4
1908	3045									
1909	3723		1768	47,5	563	31,8	1477	83,5	602	34,1
1910	4359	223	223 ¹	100	30	13,5	115	51,6	66	29,6
1911										
1912	4349	479								
1913	4157	377	3558	85,6	1113	31,3	2131	59,9	926	26,0

¹ Befragung aller weiblichen Mitglieder nicht durch Fragebogen, wie sonst üblich, sondern durch Hausbesuch.

Quellen: Heinrich Martens, Zehn Jahre gewerkschaftlicher Entwicklung 1890–1900 (Harburg 1900) passim; 1. Geschäftsbericht. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Harburg, erstattet für das Jahr 1906 (Harburg 1907) 23; Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Geschäftsbericht der Zahlstelle Harburg für das Jahr 1909 (Harburg 1910) 44; Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Harburg. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1910 (Harburg 1911) 56; Geschäftsbericht des Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Harburg). Geschäftsjahr 1913 (Harburg 1914) 24.

glieder an, die von zuletzt sieben hauptamtlichen Funktionären betreut wurden. Bei den männlichen Arbeitern waren das immerhin fast zwei Drittel der Organisationsfähigen (unter Einschluß der Mitglieder anderer sozialistischer Gewerkschaften), bei den weiblichen Arbeitern freilich höchstens 12 v. H. Ab Mitte der 1890er Jahre bis 1903 stellten die Fabrikarbeiter in der Regel nie weniger als die Hälfte der Harburger Gewerkschaftsmitglieder, dann ging dieser Anteil einmal durch die Ausgliederung Wilhelmsburgs, zum andern aber durch die Erfolge der Gewerkschaften in anderen, bisher gering organisierten Branchen bis auf etwa 40 v. H. in den letzten Jahren vor dem

Tabelle 3: Mitglieder der freien Gewerkschaften in Harburg 1890–1913 (jeweils zum 31.12.)¹

Gewerkschaft bzw. Gewerkschaften einer Branche ²	1890	1893	1895	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1905	1906	1907	1912	1913
Fabrikarbeiterverband	abs. v.H.	270 27,9	240 26,9	1417 53,8	1988 57,1	2156 56,0	2007 51,8	2782 55,5	2794 56,9	1925 49,1	1408 33,9	2436 43,9	3155 46,4	4349 40,7	4157 40,3
DMV und andere Gewerkschaften der Metallbranche	abs. v.H.	–	–	258 9,8	473 13,6	649 16,9	719 18,6	811 16,2	787 16,0	723 18,5	1128 27,1	1323 23,9	1370 24,7	2097 19,6	2026 19,6
Heizer u. Maschinisten	abs. v.H.	–	–	–	–	6 0,2	19 0,5	28 0,6	62 1,3	81 2,1	125 3,0	139 2,5	150 2,2	320 3,0	317 3,1
Transport- u. Hafenarbeiter	abs. v.H.	–	–	300 11,4	246 7,1	171 4,4	137 3,5	232 4,6	194 4,0	158 4,0	209 5,0	276 5,0	347 5,1	1175 11,0	1171 11,4
Baubranche	abs. v.H.	337 34,8	339 38,0	241 9,2	347 10,0	400 10,4	432 11,2	638 12,7	560 11,4	507 12,9	548 13,2	356 6,4	444 6,6	859 8,1	748 7,3
Holzarbeiter u. ähnl.	abs. v.H.	212 21,9	178 19,9	232 8,8	282 8,1	313 8,1	340 8,8	354 7,1	345 7,0	316 8,1	438 10,5	456 8,2	496 7,3	605 5,7	609 5,9
Alle anderen Arbeitergew.	abs. v.H.	150 15,5	136 15,2	187 7,1	143 4,1	145 3,8	213 5,5	152 3,0	146 3,0	184 4,7	278 6,7	538 9,7	802 11,9	889 8,3	917 8,9
Angestelltengewerkschaften	abs. v.H.	–	–	–	–	9 0,2	7 0,2	9 0,2	20 0,4	23 0,6	23 0,6	19 0,3	19 0,3	381 3,6	376 3,6
Summe		969	893	2635	3479	3850	3874	5016	4908	3917	4157	5543	6763	10675	10321

¹ Es können nur die dem örtlichen Gewerkschaftskartell angeschlossenen Verbände erfasst werden. Die Daten für die Jahre bis 1897/98 dürften in jedem Fall unvollständig sein, da alle später im DMV zusammengeschlossenen Verbände fehlen. Seit 1906 sind wiederum die Maurer aus dem Kartell aus-, die Textilarbeiter ins Kartell eingetreten. Von zahlreichen kleineren Zentralverbänden, die in Harburg vermutlich nur wenige Einzelmitglieder hatten, fehlen alle Angaben, andererseits scheint der Fabrikarbeiterverband bis 1903 auch seine in Wilhelmsburg wohnenden Mitglieder als Harburger gezählt zu haben. Die bei *Paul Hirschfeld*, Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906 (Jena 1908) 275 genannten Zahlen sind in der Regel unvollständig, 1902 und 1903 enthalten sie auch Mitglieder, die die Gewerkschaften selber wegen Beitragsrückständen gestrichen hatten.

² Mit Ausnahme des Fabrikarbeiterverbandes und des Verbands der Heizer und Maschinisten, dessen Zuordnung zu einer einzelnen Branche schwierig ist, sind in den einzelnen Rubriken zahlreiche Einzelverbände zusammengeläuft – 1907 gab es noch 34, 1913 noch 33 Einzelgewerkschaften als Kartellmitglieder.

Quellen: 1. Bericht des Arbeiterssekretariats und Gewerkschaftskartells Harburg für das Jahr 1903 (Harburg 1904) 35ff.; Vierter Bericht des Arbeiterssekretariats und Gewerkschaftskartells Harburg, erstattet für das Geschäftsjahr 1906 (Harburg 1907) 38; Jahresbericht des Arbeiterssekretariats und Gewerkschaftskartells erstattet für das Jahr 1907 (Harburg o.J. [1908]) 35; 11. Bericht des Arbeiterssekretariats und Gewerkschaftskartells. Geschäftsjahr 1913 (Harburg 1914) 10.

Ersten Weltkrieg zurück. Insbesondere im Bereich der Metallverarbeitung, wo zunächst (bis 1897/98) Mitglieder aus handwerklichen Betrieben dominierten, gelang den später im Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammengefaßten Gewerkschaften nun der Einbruch in die Belegschaften der Werften und Maschinenfabriken, so daß 1913 gut zwei Drittel der Organisationsfähigen auch Mitglied einer freien Gewerkschaft waren. Der DMV und einige andere, noch selbständige Gewerkschaften der Metallbranche stellten rund 20 v.H. der Harburger Gewerkschaftsmitglieder. Während die Gewerkschaften der Baubranche und der Holzverarbeitung in den frühen 1890er Jahren noch weit über 50 v.H. der Harburger Gewerkschaftsmitglieder – und zwar vorwiegend Facharbeiter in Handwerksbetrieben – stellten, sank ihr Anteil später schnell ab und erreichte 1913 zusammen nur noch etwas über 13 v.H. Hier sind freilich eine Reihe von Sonderentwicklungen, insbesondere der Austritt des Maurerverbandes aus dem Harburger Kartell 1906, zu beachten. Und der Rückgang des Anteils an den gewerkschaftlich Organisierten in Harburg täuscht insofern, als jedenfalls in der Holzbranche die Organisationsquote mit über 80 v.H. am besten von allen Gewerben war. Bemerkenswert ist auch, daß in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine sehr hohe Organisationsquote bei den ungelernten Hafen- und Transportarbeitern erreicht wurde, während in der Textilindustrie auch 1913 von über 2000 Beschäftigten gerade 130 gewerkschaftlich organisiert waren. Als praktisch unorganisierbar erwiesen sich die Angestellten; selbst 1913 waren nur rd. 380 oder weniger als 7,5 v.H. aller Harburger Angestellten Mitglied einer freien Gewerkschaft.

Bei ihren Organisationsbemühungen hatten die Gewerkschaften in Harburg mit den üblichen behördlichen Schikanen zu kämpfen, so wurden die Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbands und des Metallarbeiterverbands 1896 bzw. 1900, d.h. jeweils in dem Moment, wo sich ein gewisser organisatorischer Erfolg abzuzeichnen begann, durch die Polizeidirektion der Stadt zur „politischen Vereinigung“ erklärt und aufgelöst, die Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde jeweils abgewiesen und erst nach langwierigen Prozessen, hob das Königliche Oberverwaltungsgericht 1898 bzw. 1903 die Verfügungen der Polizeidirektion wieder auf⁴⁶. Bemerkenswert hieran ist nicht so sehr die Maßnahme selber, sondern daß auch nach dem ersten Prozeßmißerfolg die städtische Verwaltung stur den einmal eingeschlagenen Konfrontationskurs weiter verfolgte. Erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg verzichtete der Magistrat auf solche Schikanen, ganz einfach deswegen, weil sie nicht nur erfolglos waren, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nur neue Anhänger zutrieben und man sich inzwischen damit abgefunden hatte, daß für die eigene

⁴⁶ Vgl. 1869 Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter – 1969 Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik. 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Harburg (Harburg 1969) o.S. (Eintragungen 1.4.1896, 16.12.1898); Deutscher Metallarbeiter-Verband, Protokoll der 5. ordentlichen Generalversammlung zu Nürnberg, 28. Mai bis 1. Juni 1901 (Stuttgart 1901) 30; Die sechste ordentliche General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 1. bis 6. Juni 1903 zu Berlin (Stuttgart 1903) 60.

Politik die Zustimmung der Bevölkerung nicht gewonnen werden konnte⁴⁷, aber auch nicht gewonnen zu werden brauchte, da das Stadtreghment mit Hilfe der hannoverschen Städteordnung unverrückbar in der Hand der Nationalliberalen blieb⁴⁸. Was weiterhin betrieben wurde, war die soziale Ausgrenzung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie⁴⁹ – und auch damit wurde ungewollt der Zusammenhalt der Arbeiterbewegung gestärkt, die hierdurch praktisch zum Aufbau einer alle Lebensbereiche abdeckenden Organisationsstruktur gezwungen wurde⁵⁰.

Über die Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratischen Partei in Harburg schweigen sich die verfügbaren Quellen weitgehend aus. Für Dezember 1906 und 1907 sind die exakten Mitgliedszahlen des Ortsvereins, 1647 bzw. 2049, bekannt⁵¹, für 1911 bis 1913 – jeweils zum 30. Juni – die des 17. hannoverschen Wahlkreises mit

⁴⁷ In den üblichen Vorberichten des Magistrats über die Wahlaussichten der Parteien bei Reichs- und Landtagswahlen wurde dann auch seit 1906 immer darauf hingewiesen, daß die „reichstreuen“ Kandidaten, dazu gehörten jetzt auch die Welfen, in der Stadt ohne jede Chance waren; freilich tröstete man sich damit, daß durch die Landgebiete der Wahlkreise dann doch noch eine Mehrheit gegen die Sozialdemokraten zusammengebracht werden konnte, vgl. beispielhaft die Berichte von Oberbürgermeister Denicke an den Reg.Präs. Lüneburg, 22.11.1906, 14.7.1908 und 7.5.1913, StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2a-1a.

⁴⁸ In schöner Offenheit legte der Magistrat dar, als die SPD 1910 erstmals förmlich um eine Herabsetzung des Bürgerkaufgeldes auf eine Mark ersuchte, daß „eine Änderung des Verfassungstatuts ... nach den Erfahrungen, die bei den Reichstagswahlen gemacht sind, zweifellos die Wirkung haben (würde), daß sämtliche Bürgervorstehermandate in der hiesigen Stadt in die Hände der sozialdemokratischen Partei übergehen und der ganze Mittelstand sowie die Großindustrie und der Großhandel künftig von einer Vertretung im Bürgervorsteherkollegium völlig ausgeschlossen sein würden. Dazu kann aber der Magistrat seine Hand nicht bieten. Übrigens würde auch nach unserer Kenntnis der Verhältnisse das Bürgervorsteherkollegium zu einer so radikalen Änderung des Verfassungstatuts niemals seine Zustimmung erteilen“; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6a-1, SPD-Vorstand Harburg an Magistrat, 8.3.1910; Magistrat an SPD-Vorstand Harburg, 11.3.1910.

⁴⁹ Was hier gemeint ist, soll beispielhaft – denn zahlreiche ähnlich gelagerte Fälle finden sich in den Magistratsakten bis 1914 – an einem Vorgang von Ende 1892 gezeigt werden. Am 28.12.1892 erschien in der „Harburger Zeitung“ Nr. 298 eine Anzeige des „Fabrikarbeiterverbandes“, in der zum „Wintervergnügen“ am 1. Weihnachtstag im Restaurant „Schützenpark“ eingeladen wurde. Der Magistrat der Stadt wandte sich sofort an den Aufsichtsratsvorsitzenden, Bürgervorsteher und Inhaber der nationalliberalen „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, Lühmann, und forderte diesen auf, „den Pächter des Lokals ... zu rectifizieren“, da der Magistrat „nicht annehmen (könne), daß es den Intentionen des Aufsichtsrats entspricht, daß ein derartiger Verein die Räume des Schützenparks, welcher nur für bessere Gesellschaften bestimmt ist, benutzt“, StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI D 5c-1, 23.12.1892.

⁵⁰ Da im Rahmen dieses Aufsatzes keineswegs alle sozialdemokratischen Vereinsbildungen verfolgt werden können, soll nur erwähnt werden, daß nach und nach die ganze Palette sozialdemokratischer Vereine – von den Abstinenzlern über die Naturfreunde, die Kleingärtner und Sänger bis hin zu Turnern – entstand, wobei die Turner mit über 450 und die Kleingärtner mit rd. 600 Mitgliedern die größten dieser Vereine waren. Vgl. Adreß- und Handbuch der Stadt Harburg 1890 ff.; Arbeiter-Turnerbund. 3. Kreis-Fest-Schrift zum X. Kreisturnfest in Lübeck 1913 (Lübeck o.J.) 73-75; Bericht des Magistrats, 24.9.1912 (über Kleingärtner), StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI D 5c-3.

⁵¹ Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 86.

6085 (davon 612 weiblich), 7270 (895 weibliche) und 7585 (1293 weibliche)⁵², von denen mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen 60 und 70 v.H. dem Harburger Ortsverein angehörten⁵³. Viel spricht dafür, daß ähnlich wie bei den Gewerkschaften das Wachstum der Mitgliederzahlen erst in den späten 1890er Jahren oder sogar nach der Jahrhundertwende begann⁵⁴ und auch die Sozialdemokratie mit dem Problem einer hohen Mitgliederfluktuation zu kämpfen hatte, wobei allerdings anders als bei den Gewerkschaften nicht die stets hohe Zahl von Austritten bzw. Streichungen aus den Mitgliederlisten wegen Beitragsrückständen, sondern die Abwanderung in andere Orte die entscheidende Rolle spielte⁵⁵.

⁵² Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Jena 1911 (Berlin 1911) 79; ... Chemnitz 1912 (Berlin 1912) 88; ... Jena 1913 (Berlin 1913) 70.

⁵³ Diese Annahme erscheint deswegen gerechtfertigt, weil alle anderen zum Wahlkreis gehörenden Orte außer Wilhelmsburg im besten Falle wenige Stimmen bei den Reichstagswahlen für die SPD brachten, Harburg allein stets um 60–70 v.H. und bei den Gewerkschaften ganz ähnliche Relationen zu verzeichnen sind.

⁵⁴ Erschlossen wird dies über die Dauer der Mitgliedschaft in der SPD gegen Mitte des Jahres 1907 und einem Vergleich mit der Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband Ende 1906.

Dauer der Mitgliedschaft	SPD		Fabrikarbeiterverband	
	abs.	v. H.	abs.	v. H.
seit 1890–Ende 1894	187	9,7	148	6,1
seit 1895–Ende 1899	235	12,2	381	15,7
seit 1900–Ende 1904	419	21,7	478	19,8
seit 1905	225	11,6	299	12,4
seit 1906	465	24,1	1114	46,0
seit 1907	227	11,7	–	–
Summe	1758	100	2420	100
unbekannt	175	–	16	–

Quellen: 1. Geschäftsbericht. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Harburg, erstattet für das Jahr 1906 (Harburg 1907) 23; Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 87.

⁵⁵ Bei 1647 Mitgliedern am 1.12.1906 wurden bis 30.12.1907 neu aufgenommen 846 Mitglieder, denen jedoch 444 Abgänge (davon aber 389 = 87,6 v. H. durch Ortswechsel, 11 = 2,5 v. H. durch Tod und nur 44 = 9,9 v. H. durch Austritt oder Ausschluß) gegenüberstanden. Beim Fabrikarbeiterverband wurden beispielsweise (bei 4349 Mitgliedern am 31.12.1912) während des Jahres 1913 1246 Neuzugänge (davon 156 = 12,5 v. H. durch Zuzug nach Harburg, 145 = 11,6 v. H. durch Übertritt aus anderen Gewerkschaften oder Rückmeldung nach Ableistung des Militärdienstes, 945 = 75,8 v. H. durch Eintritt), aber auch 1438 Abgänge verzeichnet; von diesen entstanden zwar auch 529 = 36,8 v. H. durch Ortswechsel und weitere 243 = 16,9 v. H. durch Übertritt zu anderen Gewerkschaften oder Abmeldung wegen Ableistung des Militärdienstes, aber immerhin 666 oder 46,3 v. H. waren Austritte oder Streichungen; Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 86; Geschäftsbericht des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Harburg), Geschäftsjahr 1913 (Harburg 1914) 24.

Die Mitglieder der SPD waren wie die der Gewerkschaften jedenfalls bei der Erhebung 1907 recht jung⁵⁶. Ihre Sozialstruktur ist vollständig nur für 1907 bekannt, während diese für die Masse der Parteifunktionäre auch über die Kandidatenlisten für die Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus seit 1903 erschlossen werden kann. Aus darstellungstechnischen Gründen werden hier nur die Ergebnisse für die Gesamtmitgliedschaft 1907 und für die Funktionäre 1913 wiedergegeben⁵⁷. Beide Reihen zeigen gleichermaßen das nicht sonderlich überraschende Ergebnis, daß auch in Harburg die SPD ganz überwiegend Arbeiterpartei war, daß die ungelerten Arbeiter (hierzu werden die Fabrik-, Transport- und Hafenarbeiter gezählt) mit 27,9 v.H. bzw. 24,4 v.H. gegenüber den gelernten Arbeitern mit 64,3 v.H. bzw. 57,9 v.H. im Vergleich zur Struktur der gesamten Arbeiterschaft Harburgs, in der eher umgekehrte Relationen anzutreffen waren, deutlich unterrepräsentiert waren. Und ebenfalls ist es nicht überraschend, daß das relative Gewicht der einzelnen Branchen in der SPD anders aussah als bei den Gewerkschaftsmitgliedern⁵⁸. Man sollte sich freilich hüten, hieraus überzogene Schlußfolgerungen zu ziehen, wie das in der Forschung immer wieder geschieht; denn alle zur Verfügung stehenden Daten sind auf methodisch überaus problematische Weise gewonnen worden. Um die Vergleichbarkeit der beiden Reihen aufrechtzuerhalten, sind in Tabelle 4 jeweils die Selbstangaben der Betroffenen – mit der unten erläuterten Ausnahme – benutzt worden, sodann aber sind die namentlich bekannten Wahlmännerkandidaten mit den Verzeichnissen der Wahlberechtigten, den Bürgerlisten, den Angaben im Adreß- und Handbuch der Stadt sowie einer Reihe

⁵⁶ Das Alter der Mitglieder der SPD 1907 und zum Vergleich des Fabrikarbeiterverbandes 1909 betrug:

	SPD		Fabrikarbeiterverband (nur männliche Mitglieder)	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
unter 21 Jahre	40	2,3	294	12,3
21–30 Jahre	624	35,0	676	28,3
31–40 Jahre	661	37,1	782	32,8
41–50 Jahre	361	20,3	410	17,2
51–60 Jahre	81	4,6	183	7,7
61–70 Jahre	10	0,6	36	1,5
über 70 Jahre	4	0,2	4	0,2
Summe	1781	100	2385	100
Unbekannt oder ohne Antwort	152		1015	

Quellen: Anm. 54 u. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Geschäftsbericht der Zahlstelle Harburg für das Jahr 1909 (Harburg 1910) 44.

Sowohl bei der SPD wie beim Fabrikarbeiterverband waren nahezu 75 v.H. der Mitglieder unter 40 Jahre alt und die im einzelnen unterschiedliche Besetzung der unteren Altersstufen sollte nicht überbewertet werden, da bei zu vielen Mitgliedern das Alter unbekannt war.

⁵⁷ Vgl. Tabelle 4.

⁵⁸ Vgl. dazu a. *Adelheid v. Saldern*, Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in der Wilhelminischen Zeit, in diesem Band.

Tabelle 4: Sozialstruktur der SPD-Mitglieder 1907 und der SPD-Funktionäre 1913

	SPD-Mitglieder 1907		SPD-Wahlmännerkandidaten 1913	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Fabrikarbeiter	422	21,8	46	20,4
Metallarbeiter	355	18,4	44	19,5
Heizer – Maschinisten	29	1,5	–	–
Transport- u. Hafenarbeiter	134	6,9	9	4,0
Arbeiter der Baubranche	467	24,2	28	12,4
Holzarbeiter	192	9,9	31	13,7
Textilarbeiter	5	0,3	–	–
Schneider, Schuhmacher, Sattler, Lederarbeiter	92	4,8	7	3,1
Bäcker, Brauer	49	2,5	9	4,0
Buchdrucker, Buchbinder	19	1,0	7	3,1
sonstige Arbeiter	19	1,0	5	2,2
Arbeiter insgesamt	1783	92,2	186	82,3
Büro- u. kaufmänn. Angestellte	19	1,0	10	4,4
Partei- u. Gewerksch. Ang.	7 ¹	0,4	13	5,8
Angestellte insgesamt	26	1,4	23	10,2
Kleinhändler	26	1,4	6	2,7
Gastwirte	24	1,2	6	2,7
selbst. Handwerksmeister	15	0,8	2	0,9
Landwirte	1	0,1	–	–
„Alter“ Mittelstand insg.	66	3,4	14	6,2
Freie Berufe	2	0,1	1	0,4
Rentiers	1	0,1	1	0,4
ohne Angabe/ohne Beruf	55	2,8	1	0,4
Summe	1933	100	226	100

¹ Mindestens 15 Partei- und Gewerkschaftsangestellte müssen die Frage mit dem erlernten Beruf beantwortet haben.

Quellen: Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 86 f.; Volksblatt für Harburg Nr. 111, 15.5.1913; Hand- und Adreßbuch der Stadt Harburg 1913; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37.

anderer aus den Akten gewonnener Informationen überprüft worden – und dabei zeigt sich, daß die Selbstangaben dauernd zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf wechseln, daß ein Teil der „Arbeiter“ längst in Angestelltenfunktionen übergegangen war, andere den Meisterbrief besaßen und sich z. T. auch Selbständige noch als „Arbeiter“ bezeichneten – auch Heinrich Baerer, Inhaber eines Schuhmachergeschäftes und 1899–1902 Obermeister seiner Innung, reihte sich in der Befragung durch die SPD 1907 unter die „Arbeiter“ ein. Das hatte natürlich ideologische Gründe und deren Bedeutung soll keineswegs unterschätzt werden; aber diese z. T. offensichtlich irreführenden Selbstangaben, die bei einigen selbständigen Handwerksmeistern in der Reihe für

1907 korrigiert werden konnten, verdecken eine bedeutsame Tatsache: So niedrig, wie dies durch die Selbstangaben suggeriert wird, war der Anteil des alten wie des neuen Mittelstandes unter den SPD-Mitgliedern nicht – und er scheint, wie aus einer Reihe von Hinweisen erschlossen werden kann⁵⁹, gerade in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg überproportional gestiegen zu sein. Nun blieb natürlich die Harburger SPD auch weiterhin überwiegend „proletarische“ Partei, aber sie war es längst nicht mehr ausschließlich.

Auch auf einem anderen Weg läßt sich diese Aussage untermauern. Die Führungen der Gewerkschaften haben immer wieder Befragungen unter ihren Mitgliedern durchgeführt, um zu erfahren, welcher Anteil auch Mitglied der Partei war, das örtliche oder überörtliche Parteiblatt abonniert hatte und anderen sozialdemokratischen Organisationen angehörte. Hintergrund für diese Befragungen war die absolut ernst gemeinte, natürlich aber absurde Vorstellung, jedes Gewerkschaftsmitglied müsse auch für die Partei gewonnen werden⁶⁰. Immerhin läßt sich aus diesen Befragungen erschließen, daß ein Drittel der antwortenden Gewerkschaftsmitglieder 1907 auch das SPD-Parteibuch besaß, daß ferner die Quote in den einzelnen Branchen außerordentlich stark schwankte und daß auf die Gesamtmitgliedschaft gerechnet der Anteil der auch der SPD angehörenden Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sich zwischen 1907 = 13,7 v.H. und 1913 = 26,8 v.H. fast verdoppelte, die Werbekampagne offensichtlich auch bei den ungelerten Arbeitern gewisse Erfolge zeitigte⁶¹. Die absolute Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die angaben, auch Mitglied der SPD zu sein, lag deutlich unter der Zahl der „Arbeiter“ in der SPD-Befragung des gleichen Jahres, wobei die besonders signifikanten Unterschiede bei der Baubranche leicht dadurch erklärt werden können, daß die Harburger Maurer nicht dem Harburger, sondern dem Hamburger Gewerkschaftskartell (seit Anfang 1907) angehörten. Aber die anderen Differenzen lassen sich nicht so leicht erklären, es sei denn, man ginge davon aus, daß auch viele SPD-Mitglieder unter den Gewerkschaftsmitgliedern es nicht für nötig erachteten,

⁵⁹ Diese Aussage beruht auf einer Vielzahl versteckter Hinweise in den Magistratsakten – so, wenn bei den Gewerbegerichtswahlen seit 1903 immer wieder in der Arbeitgeberabteilung nicht nur sozialdemokratische Kandidaten auftraten, sondern auch gewählt wurden; wenn für die Wahlen auch solche Gaststätten als Wahllokale akzeptiert werden mußten, für die ein Militärverbot (sicheres Anzeichen für einen SPD-Wirt) bestand, oder wenn bei den Wahlen für die Obermeister und Vorstände der Zwangsinnungen Sozialdemokraten beträchtliche Stimmenanteile erhielten bzw. sogar – wie Baerer bei den Schuhmachern – gewählt wurden oder wenn schließlich ein Teil der Innungskrankenkassen (und zwar wirtschaftlich gesunde!) den Übertritt zur Allgemeinen Ortskrankenkasse beschlossen.

⁶⁰ Die Vorstellung wird bewußt „absurd“ genannt, da die Degradierung der Gewerkschaften zur „Vorfeld“organisation der SPD stets den Bedürfnissen und Wünschen derjenigen, die sich den Gewerkschaften anschlossen, widersprach und der Wunsch, sozusagen eine Totalorganisation der „Organisationsfähigen“ in der SPD zu erreichen, schlicht verkannte, daß politische Betätigung – und sei es auch nur mit Beitragsleistung bei einer Partei – immer eine Angelegenheit von Minoritäten bleibt. Am unbefriedigendsten ist freilich, daß auch in der Forschung die Forderung der SPD nicht hinterfragt wird, sondern alle möglichen Spekulationen über Motive und soziale Lage von Arbeitern, die zugleich in Gewerkschaft und SPD oder nur in der Gewerkschaft oder der SPD waren, angestellt werden.

⁶¹ Vgl. Tabellen 5 und 2.

Tabelle 5: Einbindung der Gewerkschaftsmitglieder in sozialdemokratische Partei und Organisationen 1907

Gewerkschaft	Mitgl.	davon antw.		davon SPD		SPD-Befragung ¹	Abo-Vollsblatt		Konsumverein		alle drei Fragen		v. H.
		abs.	v. H.	abs.	v. H.		abs.	v. H.	abs.	v. H.	abs.	v. H.	
Fabrikarbeiter	3135	1633	52,1	430	26,3	422	1104	67,6	316	19,4	148	9,1	28,1
Metallarbeiter	1312	1002	76,4	327	32,6	355	606	60,5	204	20,4	126	12,6	30,6
Heizer – Maschinisten	150	118	78,7	34	28,8	29	92	78,0	32	27,1	7	5,9	20
Transport-Hafenarb.	347	149	42,9	61	40,9	134	106	71,1	37	24,8	25	16,8	37
Bauarbeiter	444	401	90,3	190	47,4	467	270	67,3	58	14,5	47	11,7	107
Holzarbeiter	554	389	70,2	191	59,1	192	294	75,6	101	26,0	67	17,2	69
Textilarbeiter	263	213	81,0	23	10,8	5	48	22,5	8	3,8	–	0,0	153
Schneider, Schumacher, Sattler, Lederarb.	161	108	67,1	67	62,0	92	88	81,5	35	32,4	29	26,9	15
Bäcker, Brauer u. ä.	281	91	32,4	35	38,5	49	56	61,5	28	30,8	23	25,3	30
Buchdrucker, Buchbinder	53	19	35,9	13	68,4	19	16	84,2	12	63,2	12	63,2	4
sonstige Arbeiter	44	–	–	–	–	19	–	–	–	–	–	–	–
Arbeiter insgesamt	6744	4123	61,1	1371	33,3	1783	2680	65,0	831	20,2	484	11,7	1200
Angestellte	19	5	36,3	5	100	26	5	100	5	100	5	100	–
Gewerkschaftskartell Harburg	6763	4128	61,0	1376	33,3	1809	2685	65,0	836	20,3	489	11,9	1200

¹ Zum Vergleich die absoluten Zahlen aus der SPD-Befragung, vgl. Tabelle 4.

Quelle: Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 35.

sich an der Gewerkschaftsbefragung zu beteiligen, wogegen jedoch die Erfahrung bei solchen Befragungen spricht. Folgerichtig bieten sich zwei Erklärungen an, die gleichermaßen das von Gewerkschaften und SPD immer verbreitete Selbstbild wie die in der Forschung vertretene Vorstellung in Frage stellen: Entweder waren dann nämlich nicht alle Arbeiter, die der SPD angehörten, auch gewerkschaftlich organisiert, oder aber zahlreiche sogenannte „Arbeiter“ in der SPD-Befragung konnten gar keiner Gewerkschaft angehören, weil sie sich nur aus Imagegründen noch als solche bezeichnet hatten. Aus den dargelegten Gründen dürfte in Harburg wohl das letztere zutreffend sein.

In wie starkem Maße SPD und Gewerkschaften alle Lebensbereiche organisierten und Kommunikationsstrukturen aufbauten – und damit wiederum ihre eigene Konsolidierung und Ausbreitung förderten, soll im folgenden noch knapp an einigen Beispielen erläutert werden. Zentrale Bedeutung für die Agitation unter den Mitgliedern und für die Gewinnung neuer Anhänger hatte neben der vielfältigen, dann aber doch punktuell bleibenden Versammlungstätigkeit die kontinuierliche Information nicht nur über Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten, sondern auch über das tägliche Leben, über wirtschaftliche und politische Fragen von nur lokalem Bezug: Und damit sah es in Harburg Anfang der 1890er Jahre vom sozialdemokratischen Standpunkt ausgesprochen schlecht aus. Neben zwei kleineren, in Harburg erscheinenden, aber wohl eher im Landgebiet gelesenen, Konkurrenzblättern gab es für diese tägliche Information nur die seit 1837 bestehenden, seit 1875 täglich erscheinenden, seit 1870 auch als „Amtsblatt“ fungierenden „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, deren politische Linie seit der preußischen Annexion prononciert nationalliberal war und deren Verleger, Georg Lühmann, zunächst als Wortführer im Bürgervorsteherkollegium, von 1904 bis zu seinem Tod 1912 als ehrenamtliches Mitglied im Magistrat der Stadt saß⁶². Der rabiat antisozialistische Tonfall dieser Zeitung – sie hatte 1891 eine Auflage von 4500, 1914 eine von 14000 – mochte die Wahlaussichten der Sozialdemokratie tatsächlich gar nicht so negativ beeinflussen, wie etwas kurzschlüssig vermutet wurde, aber es war natürlich für die Partei überaus störend, daß ihre Mitglieder, wollten sie sich über das Leben in Harburg informieren, allein auf diese Zeitung angewiesen waren⁶³. Es waren also die üblichen Gründe, die die Harburger Sozialdemokratie an die Herausgabe einer eigenen Zeitung denken ließen. Bemerkenswert ist jedoch die Art und Weise, wie das Vorhaben verfolgt wurde. Heinrich Baerer, die treibende Kraft, sorgte zunächst einmal dafür, daß schon im Planungsstadium ein fester Abonnentenstamm gewonnen wurde, sodann verzichtete er auf das sonst übliche Verfahren, die Herstellung sofort in einer eigenen Druckerei vorzunehmen, sondern vergab den Druckauftrag an den Inhaber des „Couriers an der Unterelbe“ und hielt damit den an-

⁶² Peter Stein, Die Harburger Tagespresse 1750–1943, in: Jürgen Ellermeyer (u. a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 369–382, auch für das Folgende.

⁶³ Die große Hamburger Parteizeitung, das „Hamburger Echo“, berichtete zwar für die nördlich der Elbe gelegenen preußischen Nachbargemeinden wie Altona und Wandsbek noch sehr ausführlich, über Harburg, außer über direkte Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten, jedoch kaum.

fänglichen Kapitalbedarf sehr niedrig; die benötigten 2000 M wurden zu gleichen Teilen von dem Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes, Martens, und Baerer als Vorsitzenden der Wahlkreisorganisation des 17. hann. Wahlkreises sowie dem praktischen Arzt Emil Hirschfeld und Baerers Geschäftspartner, dem Schuhmachermeister Robert Unger, aufgebracht⁶⁴. Als das „Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung“ am 1. November 1894 zum ersten Mal erschien, besaß die Zeitung bereits 3300 Abonnenten und konnte damit – bei sparsamster Gestaltung der redaktionellen Ausgaben⁶⁵ – ohne Zuschüsse existieren⁶⁶. Das 1897 in eine Offene Handelsgesellschaft (Heinrich Baerer & Co.) umgewandelte Blatt⁶⁷ expandierte in den folgenden Jahren kontinuierlich, gab zwei Kopfbblätter – seit 1895 das „Lüneburger Volksblatt“ und seit 1914 das „Volksblatt für die Unterelbe“ in Stade – und zwei Beilagen – die „Neue Welt“ und das „Illustrierte Sonntagsblatt“ – heraus und erreichte 1907 eine Auflage von 7800 und 1913 von rd. 12000; bei einem jährlichen Abonnementpreis von anfänglich 5,80 M und seit 1905 von 7,80 M war das Blatt auch finanziell ein großer Erfolg, konnte 1904 die eigene Druckerei eröffnen und im November 1912 einen stattlichen Neubau beziehen, in dem auch die Wahlkreisorganisation und der Ortsverein der SPD, das Arbeitersekretariat, die Zentral-Arbeiterbibliothek und die Geschäftsstellen des Gewerkschaftskartells und zahlreicher Einzelgewerkschaften untergebracht waren⁶⁸. Der geschäftliche Erfolg war ebenso beeindruckend wie die Gestaltung der Zeitung, die nicht nur durch übersichtliches Lay-out, sondern auch durch eine ansprechende Aufbereitung politischer, wirtschaftlicher und lokaler Nachrichten

⁶⁴ Hundert Jahre sozialdemokratische Partei Deutschlands. SPD – Distrikt Harburg (o.O., o.J. [Harburg 1963]) 20.

⁶⁵ Anfangs gab es nur zwei Redakteure, seit 1905/06 drei Redakteure und einen Lokalberichterstatter, vgl. Handbuch für Partei- und Gewerkschaftsangestellte. Hrsg. vom *Vorstande des Vereins Arbeiterpresse*, 1. Jg. (Berlin 1908) 72 f.; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom *Vorstand*, 3. Jg. (Berlin 1914) 106 f.

⁶⁶ Im Gegensatz zu zahlreichen, auch viel größeren Zeitungen hat das „Volksblatt“ vom Parteivorstand weder Darlehen noch verlorene Zuschüsse in Anspruch genommen; lediglich für sein Kopfbblatt in Lüneburg erhielt es in den Jahren 1905, 1907 und 1908 sowie 1912 insgesamt 3100 M, vgl. *Unsere Betriebe von 1890 bis 1925. Den Geschäftsführern und Pressekommissionen vom Parteivorstand überreicht*, Hrsg.: *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, als Manuskript gedruckt (Berlin 1926) 35–51.

⁶⁷ StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VII B 316; persönlich haftende Gesellschafter waren zunächst Baerer (1897–1909), der Korbmachermeister Heinrich Hinze (1897–1909) und der Schneidermeister Heinrich Dubber (1897–1925), dann der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes und spätere Senator der Stadt Emil Seidenschnur (1909–1933) und der Geschäftsführer des DMV, frühere Redakteur des Lübecker Volksboten (1896–1905) Berthold Fischer (1909–1920); Geschäftsführer bzw. Prokuristen des Verlages waren (1894) 1897–1906 Carl Weniger, 1899–1900 Heinrich Kaufmann (1875–1928), der als Lehrer entlassen von 1895–1900 auch (leitender) Redakteur der Zeitung war, ehe er 1900 zum Zentralverband deutscher Konsumvereine ging und dort von 1903 bis zu seinem Tod als Sekretär, Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender tätig war, und von 1906–1927 Heinrich Martens (vgl. Anm. 40).

⁶⁸ Vgl. Hand- und Adreßbuch der Stadt Harburg für das Jahr 1913 (Harburg 1912) (Großer Schippsee 18).

der bürgerlichen Konkurrenz überlegen war⁶⁹. Hierzu hat zweifelsohne beigetragen, daß es Baerer von Beginn an gelungen ist, sehr kompetente Redakteure⁷⁰ und Geschäftsführer zu gewinnen. Aus der verkauften Auflagenhöhe ist ersichtlich, daß die Zeitung im Verbreitungsgebiet nicht nur von eingeschriebenen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern gehalten wurde, sondern offensichtlich auch in bürgerlichen Häusern gelesen wurde⁷¹. Die üblichen behördlichen Schikanen – hier tat sich besonders der Magistrat hervor, der dauernd wegen der Mißstände in der städtischen Verwaltung und in den städtischen Betrieben anprangernden Berichterstattung Strafanzeigen wegen Beleidigung stellte⁷² – konnten die Verbreitung des Blattes nicht behindern, zumal das wirtschaftliche Gewicht der Arbeiterschaft für den Einzelhandel so groß geworden war, daß dieser zunehmend auch im „Volksblatt“ inserierte⁷³.

Die Brechung des Informationsmonopols, das die bürgerlich-nationalliberalen „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ noch zu Anfang der 1890er Jahre besessen hatten,

⁶⁹ Obgleich ein vollständiges Exemplar für die Zeit vor 1914 noch nicht durchgesehen werden konnte, ist dieser Vergleich mit den nationalliberalen „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ doch möglich, da sich in den Magistratsakten zahlreiche Einzelnummern des „Volksblatts“ finden.

⁷⁰ Neben dem schon erwähnten Heinrich Kaufmann (vgl. Anm. 67) u.a. von 1894–1898 Karl Thiel (1860–1924), von 1898–1902 Julian Borchardt, von 1902–1904 Otto Rühle (1874–1943), seit 1904 Ernst Schubert und Karl Zielke, die das Blatt bis in die zwanziger Jahre leiteten.

⁷¹ Die Befragungen der Gewerkschaften und der SPD (Quellen, vgl. Tabellen 2–5) weisen deutlich darauf hin, daß höchstens 60 v.H. der verkauften Auflage von deren Mitgliedern abgenommen wurden.

⁷² Vgl. die Fallsammlung von Strafanzeigen des Magistrats gegen das „Volksblatt“ in: StA Hamburg 430-4 (Magistrat Harburg), II D 1–44; *Heinrich Kaufmann*, Die Gründung des Volksblatts, in: „Volksblatt für Harburg ...“ 25. Jg., Nr. 256 (1.11.1919).

⁷³ Das Regierungspräsidium in Lüneburg beobachtete vor allen Dingen die Inserate im „Volksblatt“ sehr genau und reagierte stets scharf darauf, wenn Behörden oder Firmen dort inserierten. So beschwerte es sich 1899 beim Magistrat, daß dieser die Einschulungstermine im „Volksblatt“ anzeige, mußte sich freilich vom Magistrat belehren lassen, daß die städtischen Behörden natürlich nicht dort inserierten, sondern das „Volksblatt“ – und das war im Sinne einer umfassenden Information der angestrebten Leserschaft nur folgerichtig – schlicht alle amtlichen Bekanntmachungen nachdruckte und dem leider weder mit dem Urheberrechtsgesetz noch mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb beizukommen sei (StA Hamburg, 430-4 [Magistrat Harburg], II D 1–56, Reg. Lüneburg, 14.1.1899; Magistrat an Reg. Lüneburg, 23.1.1899); 1911 freilich mußte der Magistrat auf einen Erlaß des Ministeriums des Innern, in dem angefragt wurde, ob „Inhaber und Leiter größerer kommerzieller und industrieller Unternehmungen dadurch der Sozialdemokratie indirekt Vorschub leisten, daß sie ... auch in sozialdemokratischen Zeitungen Inserate veröffentlichen“, melden, daß „die beiden hiesigen Warenhäuser ...“, die übrigens fast ausschließlich auf die Kundschaft aus Arbeiterkreisen angewiesen sind, das hiesige „Volksblatt“ zu Inseraten benutzen“ (ebda., XVI D 5c–4, Erlaß des Mdl/des Reg.Präs. Lüneburg 13.4./4.5.1911; OB Harburg an Reg.Präs. Lüneburg, 6.5.1911); eine Durchsicht der verstreuten Einzelexemplare des „Volksblatts“ zeigt, daß nicht nur Warenhäuser, sondern ein großer Teil des Einzelhandels auf das „Volksblatt“ zurückgriff.

und seine Ersetzung bei den eigenen Anhängern durch ein solches des „Volksblatts“⁷⁴ vollzog sich parallel zur Eroberung des schon 1863 gegründeten Harburger Konsumvereins durch die Sozialdemokratie. Bei dieser Selbsthilfeorganisation – ursprünglich von Beamten und Kleinbürgern gegründet und stets in einer schwierigen Situation, da die Nationalliberalen in Harburg auf der einen Seite solche Selbsthilfeorganisationen nicht abwürgen wollten und konnten, wenn sie nicht ihren Rückhalt in diesen Schichten verlieren wollten, auf der anderen Seite sie aber auch nicht fördern konnten und wollten, da der mächtige Einzelhandel sich ununterbrochen über die Konkurrenz des Konsumvereins beschwerte⁷⁵ – ging die Sozialdemokratie nicht den Weg über die Gründung eines eigenen, neuen Vereins, sondern den der Unterwanderung des bestehenden Konsumvereins. Seit den frühen 1890er Jahren propagierte sie unter ihren Mitgliedern und Anhängern den Beitritt und vollzog dann in den späten 1890er Jahren fast lautlos die Machtübernahme – es wurden bei den Wahlen auf den Generalversammlungen seit 1896 zunächst ein Vorstandsmitglied, dann ein zweites, dann erst ein, schließlich weitere Aufsichtsratsmitglieder und sogenannte Lagerhalter (d.h. die Verkaufsstellenleiter) durch Sozialdemokraten ersetzt, 1898 neben den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ das „Volksblatt“ als Publikationsorgan bestimmt, und schließlich wurde auf den Generalversammlungen 1900 und 1901 dieser Prozeß abgeschlossen: Der gesamte Vorstand, der Aufsichtsrat und sämtliche Lagerhalter waren nun Sozialdemokraten, die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ als Publikationsorgan ausgeschlossen und durch den „Wochenbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine“ ersetzt⁷⁶. Als dieser Prozeß vollendet, der Konsumverein tatsächlich in der Hand der Sozialdemokratie war, reagierten der Regierungspräsident und der Magistrat in der üblichen Weise: Sämtliche Beamten von Reich, Staat und Kommune (einschließlich der sogenannten mittelbaren Staatsbeamten wie der Lehrer) wurden zum Austritt gezwungen⁷⁷, der „Wirtschaftliche Schutzverband zu Harburg“ –

⁷⁴ Beim Fabrikarbeitsverband hatten 1913 von 4157 Mitgliedern (bei 3558 Antwortenden):

ein Abonnement des „Volksblatts“	2131 = 92,5 v. H.
ein Abonnement anderer Parteiblätter	34 = 1,5 v. H.
ein Abonnement der „Harburger Anzeigen ...“	106 = 4,6 v. H.
ein Abonnement anderer bürgerl. Ztg.	33 = 1,4 v. H.

ein Abonnement insgesamt

2304 = 100 v. H.

Quelle: Vgl. Tabelle 2.

⁷⁵ Diese Klagen ziehen sich durch die Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg, die allerdings auch weiterhin die Bilanzen und Mitgliederbewegungen des Konsumvereins veröffentlichten.

⁷⁶ StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VIII B 1 Bd. 3 u. 4; Protokolle der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlungen 1889 ff.

⁷⁷ StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI D 1a-5, Erlaß des Reg.Präs. Lüneburg an OB Denicke, 25.4.1901; Bericht Denicke, 3.5.1901; Erlaß des Reg.Präs. Lüneburg, 5.6.1901; Bericht Denicke, 13.6.1901. Nach dem von Denicke eingereichten Verzeichnis gehörten dem Konsumverein unter rd. 2200 Genossen noch 32 aktive Beamte (z.T. seit Jahrzehnten) an, die nun zum Austritt gezwungen wurden, während über die inaktiven Beamten und die Lehrer nur gemeldet wurde, daß „eine Anzahl“ von ihnen Genossen sei. Eine Gegenprüfung mit dem fortgeschriebenen Genossenverzeichnis (StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg) VIII B 1, Bd. 1) zeigt freilich eine Reihe von Unstimmigkeiten, die sich aber nicht aufklären lassen.

eine Organisation von Kleinhändlern, Handwerken und Kleinindustriellen – versuchte unter seiner Klientel eine Austrittswelle herbeizuführen⁷⁸, tatsächlich aber blieb er ohne großen Erfolg, denn der Konsumverein florierte, wuchs in den folgenden Jahren – auch durch den Bau einer eigenen Großbäckerei⁷⁹ – kontinuierlich und entwickelte sich zu dem umsatzstärksten Einzelhandelsgeschäft der Stadt mit zuletzt zwölf Filialen⁸⁰. Der wirtschaftliche Erfolg war für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sicherlich nicht unwichtig, und sie versuchten ihn noch dadurch zu fördern, daß sie ihren Mitgliedern nahelegten, im Konsumverein Genosse zu werden⁸¹, und ebenso sicher hatten die Beschäftigungsmöglichkeiten, die der Konsumverein eigenen Parteigenossen bot, einige Bedeutung, aber vielleicht am wichtigsten war ein anderer Aspekt: Im Konsumverein, in dem das kleinbürgerliche Element – besonders Handwerksmeister und zunehmend auch Angestellte der Privatwirtschaft – ja weiterhin stark vertreten war⁸², kam es in einem praktischen Lebensbereich zu vielfältigen Begegnungen zwischen sozialdemokratisch orientierten und der SPD eher fremd gegenüberstehenden Menschen mit der offensichtlich auch wahrgenommenen Chance, über gemeinsame wirtschaftliche Interessen auch gegenseitig bestehende politisch-soziale Vorbehalte abzubauen.

Dies wurde zweifelsohne auch durch die Tätigkeit des Arbeitersekretariats in Harburg erreicht, obgleich diese Institution in erster Linie praktische Hilfe – insbesondere in allen Angelegenheiten der immer komplizierter werdenden Sozialgesetzgebung – für die Mitglieder des Gewerkschaftskartells leistete. Schon 1898 hatte die Kartellführung den Beschluß zur Errichtung eines Arbeitersekretariats gefaßt, ihn aber wegen der auftretenden Finanzierungsschwierigkeiten zurückstellen müssen und dann im August 1901 nach einer Urabstimmung unter den Gewerkschaften, die mit 3940 zu 525 Stimmen wunschgemäß ausgefallen war, die Finanzierungsfrage geklärt, so daß im April 1902 der 1. Arbeitersekretär, Andreas Müller, berufen und im Jahre 1909 ein

⁷⁸ StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VIII B 1, Bd. 4, „Wirtschaftlicher Schutzverband“ an Amtsgerichtsschreiberei, 11.7.1901; dieser behauptete, neben neun namentlich genannten Personen hätten noch weitere 200 Genossen ihren Austritt erklärt, was durch eine Aufzeichnung der Amtsgerichtsschreiberei v. 26.9.1901 (254 Austritte) bestätigt wird. Das Problem ist nur, daß diese Austrittszahl – wie die Bilanzen des Konsumvereins seit 1890 zeigen (vgl. Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg, 1890 ff.) – berechnet auf die jährliche durchschnittliche Genossenzahl überhaupt nicht ungewöhnlich ist und daß vielmehr die Zahl von 539 Neuzugängen (darunter auch zahlreiche Selbständige) das Außergewöhnliche darstellt.

⁷⁹ Im Geschäftsjahr 1907/08 wurde die neue Großbäckerei mit einem Aufwand von rd. 187 000 M errichtet und bereits 1909/10 mit einem Aufwand von weiteren fast 100 000 M erweitert, vgl. Bilanzberichte in: Jahresberichte der Handelskammer 1907–1910 (Harburg 1908–1911).

⁸⁰ Bilanzsumme 1913 rd. 758 000 M (Eigenkapital 122 000 M, Anteile der Genossen 424 000 M, Hypotheken 124 000 M, sonstige Fremdmittel 45 800 M; Reingewinn 42 200 M); Umsatz rd. 1,2 Mill. M; Genossen am 1.10.1913: 4943 (nach 2059 am 1.10.1900 und 1198 am 1.10.1890).

⁸¹ Vgl. die Bemerkungen in den Jahresberichten des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells sowie der Einzelgewerkschaften (genaue Angaben vgl. Quellen zu Tabellen 2–5).

⁸² Vgl. StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VIII B 1, Bd. 1 (Liste der Genossen des Konsumvereins).

zweiter Sekretär⁸³ eingestellt werden konnte⁸⁴. Die außerordentlich starke Beanspruchung des Sekretariats – die Zahl der Besuche stieg von rd. 4800 im ersten vollen Geschäftsjahr 1903 auf über 10200 im Jahre 1913 – und die Ausweitung seiner Geschäftstätigkeit auf alle Rechtsfragen, die dabei anfallende Arbeit schlug sich 1913 in fast 2500 Schriftsätzen nieder, zeigen sehr deutlich, in wie starkem Maße diese Selbsthilfeorganisation objektiven Bedürfnissen der Arbeiterschaft entgegenkam, wie sehr hier die Gewerkschaften mit ihren eigenen Mitteln Leistungen erbrachten, die eigentlich Stadt, Staat und Versicherungen von sich aus hätten zur Verfügung stellen müssen, aber das ist nur die eine Seite der Wirksamkeit des Arbeitersekretariats: Von Beginn an leistete es offensichtlich auch Reparaturarbeit innerhalb von Arbeiterfamilien, wie die hohe Zahl der ratsuchenden Ehefrauen (ihr Anteil lag stets über 10 v.H.) andeutet, und es stellte Verbindungen her zu Unorganisierten, zu Behörden und nicht zuletzt zu Arbeitgebern, die in verhältnismäßig großer Zahl – zwischen 5 und 10 v.H. aller Auskunftsuchenden waren Handwerker und Kleinhändler – auch eine Beratung durch diese gewerkschaftliche Einrichtung wünschten. Damit trug auch das Arbeitersekretariat zur Überbrückung von Gegensätzen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum bei und erhöhte sicherlich bei letzterem die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Daß trotz vieler Berührungspunkte über die Klassengrenzen hinweg die organisierte Arbeiterschaft Harburgs sich in gewissem Umfang eine eigene Lebenswelt schuf und – sollten ihre kulturellen, gesellschaftlichen und Freizeitbedürfnisse angemessen befriedigt werden – auch schaffen mußte, ist ebenso unverkennbar, da die Stadt weder für Bibliotheken noch für Sport- und Spielplätze, die z.B. auch den Arbeitersportvereinen zugänglich gewesen wären, Geld auszugeben bereit war. Die Art und Weise, wie dies im Jahre 1911 geschah, ist wiederum bemerkenswerter Ausdruck von Selbstbewußtsein, organisatorischer und finanzieller Stärke der Harburger Gewerkschaften und SPD. Sie gründeten mit einem eingezahlten Kapital von 43000 M eine „Sport- und Spielplatz Volkswohl GmbH“, an der sämtliche Einzelgewerkschaften, das Kartell, das „Volksblatt“ und die Parteiorganisation beteiligt waren⁸⁵, und erwarben ein Grundstück von rd. 100000 m², auf dem sie einmal etwa 250 Schrebergärten, zum andern eine Gaststätte mit Sälen für 500–600 Personen, ein Festzelt für mehrere Tausend Besucher und mehrere Spiel- und Sportplätze sowie eine Turnhalle errichteten⁸⁶. Vom Regierungspräsidenten zur Berichterstattung aufgefordert, betonten die städtischen

⁸³ Zu Müller, der 1903, 1908 und 1913 sozialdemokratischer Kandidat bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus war, vgl. o. Anm. 2; zweiter Sekretär war von 1909–1912 Friedrich Langhorst und ab 1912 Otto Günter (1877–?), der bereits von 1907–1910 in Jena Arbeitersekretär, dann Redakteur des Braunschweiger „Volksfreund“ gewesen war (Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom *Vorstand des Vereins*, Jg. 3 (1914) 424–426).

⁸⁴ Vgl. 1. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells Harburg für das Jahr 1903 (Harburg 1904) 1.f. sowie die im Quellenverzeichnis zu Tabelle 3 aufgeführten weiteren Tätigkeitsberichte; auch für das Folgende.

⁸⁵ StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VII C 90, Gesellschaftsvertrag vom 8.11.1911/17.2.1913.

⁸⁶ StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI 5 Dc-3, Berichte der Polizeidirektion Harburg und des OB Harburg an Reg.Präs. Lüneburg, 28.8.1912/24.9.1912; a.f. das Folgende.

Behörden, daß man dem Verein schlechterdings nicht die Schankerlaubnis (die ohnehin nicht für hochprozentige Alkoholika beantragt worden war) habe verweigern können, zumal der Verein für kinderreiche Familien die Möglichkeit zu Ausflügen biete, die es sonst in Harburg nicht gebe. Indirekt gaben die städtischen Behörden damit selber zu, daß die „Volkswohl“ elementare Bedürfnisse der Arbeiterschaft befriedigte, was wiederum den Regierungspräsidenten zu der giftigen, aber völlig zutreffenden Bemerkung veranlaßte: „Es kann nicht verkannt werden, daß die Schaffung eines Volksparks in der Art des „Volkswohls“ dem Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nach Erholung in weitem Maße gerecht wird. Bedauerlich ist es aber, daß es der Sozialdemokratie und den ihr nahestehenden Gewerkschaften vorbehalten geblieben ist, ein derartiges Unternehmen ins Leben zu rufen, das nicht nur mittelbar die Massen der dortigen Arbeiterschaft enger an die sozialdemokratische Partei fesseln soll, sondern auch für unmittelbare Parteizwecke (Versammlungen, Sommerfeste, Maifeiern usw.) und damit dem politischen Klassenkampf dienen wird. Es hätten sich m.E. Mittel und Wege finden lassen müssen, Anlagen der nunmehr geschaffenen Art auf andere Weise, etwa von der Stadtverwaltung aus mit Unterstützung der beteiligten industriellen Kreise, in Angriff zu nehmen“⁸⁷.

Denn selbstverständlich hatte erst die Untätigkeit der städtischen Behörden jene Situation geschaffen, in der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich aus dem Gefühl der Stärke heraus zum Handeln entschlossen – und damit einmal mehr zeigten, daß sie sich völlig unabhängig von den Entscheidungen der politischen Gremien und der Verwaltung der Stadt ihre Lebenswelt zu gestalten imstande waren.

5. Wahlen und Wählerentscheidung in Harburg 1871–1913

5.1 Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung

An den Wahlen zum Reichstag in Harburg beteiligten sich die SPD bzw. ihre Vorläufer ADAV und SDAP von der Wahl zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 an; seit 1903 griff sie auch in die Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus ein⁸⁸; an den Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium hat sie dagegen mit Ausnahme der Wahlen 1910 und 1913 in dem eingemeindeten Eissendorf, das einen Sonderfall darstellt⁸⁹, niemals teilgenommen. Diese zeitlichen Versetzungen in der Beteiligung an den politischen Wahlen bzw. die dauernde Nichtteilnahme spie-

⁸⁷ Ebda., Erlaß des Reg.Präs. an OB Harburg, 6.10.1912.

⁸⁸ Die Wahlkreisorganisation des 17. hann. Wahlkreises (Harburg) gehörte mit zu den frühen entschieden Befürwortern einer Beteiligung an den preussischen Wahlen, vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitags zu Hamburg 1897 (Berlin 1897), Antrag Nr. 47.

⁸⁹ Durch den Eingemeindungsvertrag vom 11./12. Februar 1909 (§§ 3, 4) bildete Eissendorf einen eigenen Bürgervorsteherwahlbezirk mit 3 Bürgervorstehern, obgleich es nur rd. 3500 Einwohner hatte und die anderen 7 Wahlbezirke der Stadt durchschnittlich mehr als 9000 Einwohner zählten, und alle Einwohner, die ein Wohnhaus oder ein Grundstück von mehr als 0,5 ha besaßen, erhielten unentgeltlich das Bürgerrecht der Stadt verliehen, StA Hamburg, 430-13 (Polizeidirektion Harburg), A 3.

geln die unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen für politische Partizipation exakt wider: Das gleiche, direkte und geheime Reichstagswahlrecht ermöglichte eine Beteiligung für die Sozialdemokratie von Beginn an, da direkte Repressalien gegen ihre Wähler kaum möglich waren und daher auch keine besonders starken Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen zum Schutz der Anhänger notwendig waren. Das ungleiche, indirekte und öffentliche Wahlrecht zum Preußischen Abgeordnetenhaus machte – einmal ganz abgesehen von der Frage, welche Chancen die Sozialdemokratie unter solchen Bedingungen haben konnte – jede Beteiligung zu einem risikoreichen Vabanquespiel für die Partei selber wie für ihre potentiellen Wähler. Konnte die Sozialdemokratie ihre Anhänger, deren Stärke sie ja aus den Reichstagswahlergebnissen einigermaßen genau ablesen konnte, nicht mobilisieren und mit einer einigermaßen überzeugenden Wahlbeteiligung aufwarten, stand sie als blamiert da; und konnte sie diejenigen ihrer Anhänger, die das Risiko eines öffentlichen Bekenntnisses zur Sozialdemokratie auf sich genommen hatten, dann noch nicht einmal gegen Repressalien von Arbeitgebern und Behörden schützen, konnte eine Beteiligung an den preußischen Wahlen zu einem Fiasko werden. Ohne gefestigte parteipolitische und gewerkschaftliche Organisation, die den eigenen Anhängern in solchen Situationen Rückhalt zu geben imstande war, ließ sich ein solches Risiko nicht eingehen. Daneben stellte sich stets die Frage, wie aussichtsreich konnte eine Beteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht eigentlich sein. Wie in allen Städten bedeuteten hier die preußischen Steuerreformen von 1891 eine Zäsur für Harburg, weil nun die Bildung der drei Klassen nicht mehr über das Gebiet der ganzen Stadt, sondern in den Urwahlbezirken (mit 750 bis 1500 Einwohner) erfolgen mußte und dadurch – ebenso wirkte dann auch die Berechnung von theoretischen 3 M Einkommensteuer für alle, an sich steuerbefreiten, über 24jährigen Männer – der Anteil der Wahlberechtigten in der 1. und 2. Klasse signifikant erhöht wurde. Mit diesen Veränderungen war eine Beteiligung aber nicht mehr von vornherein aussichtslos, sondern es ergab sich die Chance, wenigstens in einigen Urwahlbezirken auch in der zweiten Klasse und bisweilen sogar in der ersten Klasse sozialdemokratische Wahlmänner durchzubringen. Bei den Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium bildete in Hannover nicht wie in anderen preußischen Provinzen ein Dreiklassenwahlrecht die Hürde; das Wahlrecht war vielmehr gleich, direkt und – vom Wähler zu entscheiden – geheim oder öffentlich, sondern die unerschwinglich hohen Abgaben für die Gewinnung und Erhaltung des Bürgerrechts, die es praktisch ausschlossen, daß die Partei genügend ihrer Anhänger zum Erwerb des Bürgerrechts bewegen konnte, um sich dann mit einigen Erfolgsaussichten an den Wahlen zu beteiligen⁹⁰.

Die Wirkungen der unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen für politische Partizipation bei den Wahlen zum Reichstag, zum Preußischen Abgeordnetenhaus und zum Bürgervorsteherkollegium in Harburg sind in Tabelle 6 dargestellt⁹¹. Bei der Interpretation der Daten muß jedoch folgendes beachtet werden: Von Anfang an hat die städtische Verwaltung die Wahlberechtigung für Reichstags- und Bürgervorsteher-

⁹⁰ Vgl. dazu o. S. 268 f.

⁹¹ S. u. S. 292.

Tabelle 6: Vergleich der politischen Partizipationsberechtigung in der Stadt Harburg bei den Wahlen zum Reichstag (RT), zum Preußischen Abgeordnetenhaus (PAH) und zum Bürgervorsteherkollegium (BVK)

RT	Wahltermine		Wahlberechtigte absolut				Index RT = 100			
	PAH	BVK	RT	PAH	davon 1. u. 2. Kl.	BVK	RT	PAH insges.	PAH 1. u. 2. Kl.	BVK
1871	1870	1871/73	3 118	● ¹	● ¹	1 063	100	● ¹	● ¹	34,1
1878	1879	1881/83	4 039	(4 380)	503	1 013	100	(108,4)	12,5	25,1
1884	1885	1883/85	4 463	5 144	539	1 097	100	115,3	12,1	24,6
1887	1888	1887/89	5 084	5 793	616	(1 150)	100	114,0	12,1	(22,6)
1893	1893	1893	8 518	7 740	733	1 217	100	90,9	8,6	14,3
1898	1898	1897/99	10 104	8 464	1 123	1 335	100	83,8	11,1	13,2
1903	1903	1903/05	10 603	9 724	1 481	1 582	100	91,7	14,0	14,9
1907	1908	1907/09	12 308	10 703	1 857	1 725	100	86,9	15,1	14,0
1912	1913	1911/13	15 215	13 516 ²	3 132	2 055	100	88,8	20,6	13,5

¹ Einigermmaßen zuverlässige Daten ließen sich für die Abgeordnetenhauswahlen 1870 bisher nicht ermitteln.

² Korrigierte Zahl, bei Witt, Kommunalpolitik, 225, irrtümlich: 14 365.

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II E 2-3, Bd. I-III, II E 2-4 bis 32; III A 2a-1; III A 2b-1 bis 48; III B 6a-1; III B 6b-1 bis 37.

wahlen aufs Penibelste überprüft, gewöhnlich wurden bei jeder Wahl viele hunderte von Überstunden der Beamten von Armen- und Steuerbüro aufgewandt, um in die nach Straßen und Hausnummern aufgestellten Wahlberechtigtenverzeichnisse gar nicht erst solche Personen aufzunehmen, die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt waren oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet war, die entmündigt waren oder Armenunterstützung bezogen oder die nicht die vorgeschriebene Mindestsumme an städtischen Steuern (bei den Bürgervorsteherwahlen) entrichtet hatten⁹². Diese im vorab ausgeschlossenen Personen können zahlenmäßig bei den meisten Wahlen nicht beziffert werden, weil diese Akten vom Armen- und Steuerbüro nicht mehr zur Verfügung stehen. Die nach Aufstellung der Verzeichnisse noch gestrichenen Wahlberechtigten stehen dagegen zahlenmäßig fest⁹³, nur sind diese Daten nicht besonders aussagekräftig. Interessanter ist, daß in den 1870er Jahren, als der nationalliberale Oberbürgermeister Grumbrecht im 17. hann. Wahlkreis kandidierte, bei der Erfassung der Reichstagswahlberechtigten planmäßig Arbeiter in

⁹² Auf Einzelbelege für diese Vorgänge muß verzichtet werden: Gewöhnlich enthalten die Wahlakten (vgl. Quellenangabe zu Tabelle 6): a) die Aufstellungen über die geleisteten Überstunden der Beamten im Armen- und im Steuerbüro; b) die Verzeichnisse des Amtsgerichts über Personen, die entmündigt waren oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet war; c) das Verzeichnis der Polizeidirektion über die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilten.

⁹³ Die Wählerverzeichnisse für die RT-Wahlen von 1887 bis 1912 wurden auf diese Frage durchgeprüft: Damals wurden nachträglich gestrichen wegen:

den Listen vergessen wurden⁹⁴. Bei den preußischen Wahlen herrschte bis zur Wahl 1890 ein ganz anderes System vor: Diejenigen Personen, die die ersten beiden Steuerdrittel aufbrachten, wurden genau ermittelt, dann aber scheinen praktisch alle übrigen über 24jährigen Männer schlicht als wahlberechtigt in der 3. Klasse angesehen worden zu sein; d. h., es wurde weder überprüft, ob die Voraussetzung der preußischen Staatsbürgerschaft und der sechsmonatigen Anwesenheit in Harburg gegeben war, ob Armenunterstützung gezahlt worden oder das Konkursverfahren eröffnet war – auch die Anfragen nach Entmündigung oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beim Amtsgericht wie bei den Reichstags- und Bürgervorsteherkollegiumswahlen entfielen. Erst ab 1893 und noch schärfer ab 1898, als nun auch Harburg die Klassen nicht mehr über die Gemeinde, sondern in den Urwahlbezirken bildete, wurde bei den preußischen Wahlen genauso penibel verfahren. Die Wirkungen zeigten sich sofort: Hatten in den 1870er und 1880er Jahren nach den beschriebenen Methoden mehr Männer das Wahlrecht zum Preußischen Abgeordnetenhaus als zum Reichstag besessen, drehte sich das Verhältnis jetzt dramatisch um, nur noch maximal 91 v. H. und minimal 84 v. H. der Reichstagswahlberechtigten durften auch in Preußen wählen. Verglichen mit den Verhältniszahlen für die Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium, wo sich seit den 1890er Jahren nur noch zwischen 13 und 15 v. H. der Reichstagswahlberechtigten beteiligen konnten, waren die Partizipationschancen bei den Abgeordnetenhauswahlen allerdings noch sehr hoch – und vielleicht am bemerkenswertesten ist, daß es bei den beiden letzten Wahlen 1908 und 1913 deutlich mehr Wahlberechtigte in der 1. und 2. Klasse gab als für das Bürgervorsteherkollegium. Ob das sich darin ausdrückende Aufrücken vieler Nichtbürger der Stadt in höhere Einkom-

	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Armenunterstützung	25	23	37	38	41	80	30
Verlust d. bürg. Ehrenrechte	–	–	–	13	27	48	182
Konkursverfahren	1	–	–	2	8	7	6
Entmündigung	–	–	–	2	16	17	24
dazu die Insassen d. städt. Armen- arbeitshauses	–	–	–	56	57	56	61
Sa.	26	23	37	111	149	208	303
Nachträgl. aufgrund v. Beschwerden eingetragene Wahlberechtigte	51	155	137	323	116	231	187

Quelle: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2b–13 bis 48.

⁹⁴ Der eklatanteste Fall von offenem Betrug bei der Feststellung der Wahlberechtigten ereignete sich bei der Wahl 1874; da sich hier auch bei der Stimmentzählung in der Stadt die Unregelmäßigkeiten gehäuft hatten (1030 Stimmzettel, auf denen nur der Name des sozialdemokratischen Kandidaten Carl Finn, nicht auch seine Berliner Wohnanschrift angegeben war, wurden als „ungültig“ erklärt, da sich angeblich der vom Wähler gemeinte Bewerber nicht eindeutig identifizieren ließ), wurde neben der Untersuchung der Vorkommnisse im Reichstag (vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 31, 285–287 (11. 3. 1874)) auch eine des Landdrosten (Reg.Präs.) in Lüneburg eingeleitet. Dabei mußte der Magistrat eine vorzüglich unvollständige Erfassung der Wahlberechtigten aus Arbeiterkreisen zugeben (StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 26b–3, Bericht des Magistrats, 19. 5. 1874).

mensklassen⁹⁵ nicht auch bald in einem verstärkten Erwerb des Bürgerrechts durch Arbeiter und Angestellte und damit auch in einer allgemeinen Teilnahme der Sozialdemokratie an den Bürgervorsteherwahlen umgesetzt hätte, muß freilich offen bleiben; denn bei den Bürgervorsteherwahlen war eine zusätzliche Abstützung der nationalliberalen Herrschaft von den städtischen Behörden eingebaut worden: Wahlbezirksgeometrie und ganz unterschiedlich große Zahlen von Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken sorgten dafür, daß eine Minorität der Wahlberechtigten die Majorität der Bürgervorsteher wählen konnte. Und bei den preußischen Abgeordnetenhauswahlen wurde bei der Zuschneidung der Urwahlbezirke ebenfalls offene Manipulation betrieben⁹⁶.

Bei so unterschiedlichen Möglichkeiten zur politischen Partizipation war es nicht verwunderlich, daß generell die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen am höchsten, bei den preußischen Landtagswahlen bis zur Teilnahme der SPD am niedrigsten war und sich bei den Bürgervorsteherwahlen erratische Schwankungen einstellten, wobei in der Regel die Wahlbeteiligung besonders niedrig bei einem hohen Anteil öffentlicher Stimmabgabe war⁹⁷. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen in Harburg stets erheblich über den Ziffern für den Gesamtwahlkreis, die Provinz Hannover und das Deutsche Reich und, wenn sich die Unterschiede auch allmählich abschliffen – im Wahlkreis betrugen sie 1907 und 1912 nur noch um 4–5 v.H., in der Provinz nur noch 8–9 v.H. und im Reich 10 v.H. –⁹⁸, signifikant blieb der Unterschied doch, und er läßt sich auch nicht einfach damit erklären, daß zwischen hoher Wahlbeteiligung und hohen Stimmanteilen der Sozialdemokratie gewöhnlich eine positive Korrelation bestand. Das wird im Harburger Fall schon bei einem Vergleich von Wahlbeteiligungsziffern und SPD-Stimmanteilen für die Stadt und den Restwahlkreis eindeutig widerlegt⁹⁹. Vielmehr scheint seit den Wahlen von 1890, die zum Desaster für die vereinigten bürgerlichen Parteien und zum Triumph der ja offi-

⁹⁵ In der Stadt Harburg gab es Einkommensteuerpflichtige (natürliche Personen)

mit Einkommen von	1893		1903		1913	
	abs.	v. H.	abs.	v. H.	abs.	v. H.
900– 3 000 M	4281	87,5	10 124	91,7	18 369	90,1
3 000– 6 000 M	407	8,3	621	5,6	1 516	7,4
6 000– 9 500 M	101	2,1	154	1,4	212	1,0
9 500– 30 500 M	74	1,5	102	0,9	216	1,1
30 500–100 000 M	25	0,5	30	0,3	54	0,3
über 100 000 M	3	0,1	11	0,1	16	0,1
	4891	100	11 042	100	20 383	100

Quelle: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), IV F1a–50, 51, 53.

⁹⁶ Witt, Kommunalpolitik, 224–227.

⁹⁷ Vgl. Tabellen 7 und 8, S. 296.

⁹⁸ Vgl. Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Niebuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 38–43, 76. Zur Wahlbeteiligung im 17. hann. Wahlkreis – ohne die Stadt Harburg – vgl. Tabelle 13.

⁹⁹ Tabelle 13, S. 306.

ziell immer noch verbotenen Sozialdemokratie geworden waren, „Flagge zeigen“ bei Bürgerlichen wie SPD eine hohe Mobilisierung der Wählerschaft ermöglicht zu haben: bei der SPD, die Absicht zu zeigen, daß, wenn auch der Wahlkreis wegen seiner ganz anders stimmenden Landgebiete nicht zu erobern war, doch die Stadt „rot“ war, bei den bürgerlichen Parteien der Wunsch, genau diese unbestreibare Tatsache zu bestreiten¹⁰⁰.

Die Beteiligung bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus zeigt eine besonders signifikante Entwicklung: Bis zum Jahre 1893 hatte sie, auch weil in dem Wahlkreis Harburg Stadt und Land stets nur nationalliberale Bewerber aufgetreten waren, in der Regel unter 10 v.H. betragen¹⁰¹, 1898 lag sie bei gut 11 v.H. und stieg erst 1903 zunächst auf 37 v.H., 1908 und 1912 dann auf mehr als 50 v.H. und übertraf damit auch deutlich die Ziffern in der Provinz und im Staat¹⁰². Die Erklärung hierfür läßt sich leicht finden: Von mageren 8,4 v.H. im Jahre 1898 wuchs die Wahlbeteiligung seit 1903, als die SPD einen Kandidaten aufstellte, bis 1913 in der 3. Klasse auf 58 v.H. – und lag damit signifikant höher als in der 2. und 1. Klasse, zumal der Magistrat es auch nicht mehr wagte, Terminwahl während der Arbeitszeit vorzuschreiben. In seinen etwas weinerlichen Berichten machte Oberbürgermeister Denicke völlig zu recht die öffentliche Stimmabgabe als Ursache für diese, die nationalliberale Vorherrschaft in der Stadt auch bei den preußischen Wahlen beendende Entwicklung aus¹⁰³. Eine so fest gefügte und zahlenmäßig starke Organisation, wie es die Harburger SPD damals schon war, konnte eben in jedem Wahllokal Beobachter postieren, die genauestens registrierten, für wen jeder Wähler seine Stimme abgab – und das hatte Folgen: Händler und Handwerksmeister, aber auch Lehrer und Beamte blieben in Scharen den Wahllokalen fern, zahlreiche, von der Verwaltung als Wahlvorsteher auserkorene Wahlberechtigte der 1. und 2. Klasse hatten plötzlich dringende Geschäfte zu erledigen oder mußten sich wegen ihres angegriffenen Gesundheitszustandes ins Bad zurückziehen, und solche Personen, die sich nicht vor dem Amt drücken wollten, hatten nun bei der von ihnen vorzunehmenden Ernennung der Wahlbeisitzer unüberwindliche Schwierigkeiten, so daß dem Magistrat nichts anderes übrigblieb, als städtische Be-

¹⁰⁰ Erschlossen aus den in den Wahlakten abgelegten Zeitungsausschnitten aus den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ und aus dem „Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung“ (StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2a-1; III A 2b-18 bis 48).

¹⁰¹ Eine exakte Feststellung der Wahlbeteiligung ist freilich wegen Fehlens der Wahlprotokolle für einzelne Wahllokale und der Unstimmigkeiten bei der Feststellung der Wahlberechtigten in der 3. Klasse bis zur Wahl 1890 weder möglich noch sinnvoll.

¹⁰² Vgl. *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niebuss*, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch* (München 1980) 142f., *Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts*, Erg. H. XXIII (Berlin 1905), Erg. H. XXX (Berlin 1909), Erg. H. XXXXIII (Berlin 1916).

¹⁰³ StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6a-1, *Berichte OB Denicke betr. Landtagswahlen 1903, 1908 und 1913 an den Reg.Präs.* Beispielhaft sei aus dem Bericht v. 14.7.1908 zitiert: „Im übrigen möchten wir bemerken, daß selbst Wähler der ersten Abteilung und solche der zweiten Abteilung, die den wohlhabenden Ständen angehören, ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, weil sie offenbar befürchtet haben, durch ihre Stimmabgabe, falls sie nicht in sozialdemokratischem Sinne erfolgte, wirtschaftlichen Schaden zu erleiden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß überhaupt in den weitesten Kreisen der Bevölkerung der Wunsch besteht, daß die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime Wahl ersetzt werde.“

Tabelle 7: Wahlbeteiligung in der Stadt Harburg bei den Reichstagswahlen und den Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus

Wahljahr	Reichstag		Wahljahr	Preussisches Abgeordnetenhaus			insges.
	Haupt-Wahl	Stich-Wahl		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	
1871	64,6	—					
1874	73,0	—					
1877	83,9	—					
1878	?	86,2					
1881	73,0	—					
1884	77,5	82,3					
1887	86,4	—					
1890	89,3	90,0					
1893	88,7	88,2					
1898	86,5	90,1	1898 ¹	51,0	25,0	8,4	11,3
1903	93,0	94,1	1903	69,1	47,1	34,8	37,0
1907	94,6	93,4	1908	59,9	48,8	52,7	52,4
1912	94,8	91,5	1913	51,6	51,7	58,3	56,8

¹ Die Wahlbeteiligung bei früheren Wahlen ist nicht eindeutig feststellbar.

Quellen: Vgl. Tabelle 6; Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, Erg. H. XXIII (Berlin 1905) 170 f.; Erg. H. XXX (Berlin 1909) 196 f.; Erg. H. XXXXIII (Berlin 1916) 128 f.

Tabelle 8: Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium der Stadt Harburg¹

Wahljahr	Wahlberechtigte ²	abgegebene Stimmen		davon:			
		absolut	i. v. H.	öffentlich absolut	i. v. H.	geheim absolut	i. v. H.
1881	517	219	42,4	97	44,3	122	55,7
1883	496	173	34,9	54	31,2	119	68,8
1885	601	273	45,4	179	65,6	94	34,4
1893	673	347	51,6	111	32,0	236	68,0
1895	1008	550	54,6	140	25,5	410	74,5
1897	857	604	70,5	47	7,8	557	92,2
1899	853	564	66,1	48	8,5	516	91,5
1901	1166	651	55,8	203	31,2	448	68,8
1903	1209	807	66,8	59	7,3	748	92,7
1905	1138	763	67,1	71	9,3	692	90,7
1907	1212	531	43,8	278	52,4	253	47,6
1909	1910	938	49,1	303	32,3	635	67,7
1911	1444	699	48,4	250	35,8	449	64,2
1913	1588	1096	69,0	60	5,5	1036	94,5

¹ Für die Wahlen bis 1881 und zwischen 1885 und 1893 läßt sich für die hier interessierende Frage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe aufgrund der Quellen kein vollständiges Bild zeichnen, da jeweils für einen Wahlbezirk die entsprechenden Angaben fehlen.

² Die Zahl der Wahlberechtigten schwankt bei den einzelnen Wahlterminen so außerordentlich stark, da nie in allen Wahlbezirken gleichzeitig gewählt wurde, sondern alle zwei Jahre ein Drittel der auf sechs Jahre gewählten Bürgervorsteher neu gewählt wurde und dabei in einigen Wahlbezirken zwei, in einigen ein und in anderen kein Bürgervorsteher zu wählen war.

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II E 2-3, Bd. I-III; II E 2-8 bis 31.

amte und Lehrer hierzu abzukommandieren¹⁰⁴. Freilich wäre es verfehlt, die Nichtbeteiligung vieler Wahlberechtigter der 1. und besonders der 2. Klasse, nur auf das Konto „roter Terrorismus“ zu schreiben, wie Denicke es in seinen Berichten suggerierte; vielmehr spielte hier der fortdauernde „amtliche Terrorismus“ eine mit Sicherheit nicht geringere Rolle und hielt eben auch viele Wahlberechtigte – nicht nur der 3., sondern auch der 1. und 2. Klasse – davon ab, zur Wahl zu gehen und öffentlich für einen sozialdemokratischen Wahlmann zu stimmen¹⁰⁵.

5.2 Die Ergebnisse der politischen Wahlen in Harburg für die SPD

In den Tabellen 9–11¹⁰⁶ sind die Ergebnisse der Reichstagswahlen für die Stadt Harburg 1871–1912 (und der Nationalversammlungswahl 1919) zusammengestellt. Dabei wird auf den ersten Blick deutlich, daß die Nationalliberalen in der Stadt unter den Bedingungen des gleichen und geheimen Wahlrechts zu keinem Zeitpunkt auch nur die Mehrheit der Wähler, geschweige denn die Mehrheit der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnten. Dies ist insofern wichtig, als damit der die kommunale Politik allein entscheidenden Partei von Anfang an demonstriert war, daß gleiches Wahlrecht sie in die Minorität verweisen würde, eine Erfahrung, die zweifelsohne prägend wirkte. Zum andern läßt sich erkennen, daß in den 1870er und 1880er Jahren die Welfen in der Stadt noch einen erheblichen Anhang besaßen und, wenn man die beiden Stichwahlergebnisse 1878¹⁰⁷ und 1884 analysiert, offensichtlich als Protestpar-

¹⁰⁴ StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37, bei der Wahl 1913 lehnten immerhin acht der vorgesehenen Wahlvorsteher (von insgesamt 44 Wahlvorstehern) das Amt von vornherein mit solchen Begründungen ab; es handelte sich um vier Großkaufleute, zwei Fabrikanten, einen Drogisten und den Vorsitzenden der Handwerkskammer. 16 Wahlvorsteher meldeten, daß sie die jeweils zwei Beisitzer nicht benennen konnten, und ihnen wurden dann städtische Beamte und Lehrer namhaft gemacht, die sie heranziehen sollten. Interessant ist auch, daß zahlreiche Fabrikanten und Großkaufleute – unter ihnen z. B. auch der Besitzer der „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, Lühmann – für die Ausübung ihres Wahlrechts in Landgemeinden des Landkreises Harburg optierten, wo sie durch Hausbesitz einen zweiten Wohnsitz besaßen (Mitteilungen der Gemeindevorsteher, die zugleich vom Harburger Magistrat die mit anzurechnenden Harburger Steuerleistungen erfragten). Natürlich hatte das z. T. auch etwas damit zu tun, daß diese Wahlberechtigten in den Dörfern, wo sie jetzt wählen wollten, die Zusammensetzung der Wählerklassen beeinflussen wollten, um die Mehrheit für den nationalliberalen Kandidaten zu sichern, aber z. T. handelte es sich vor allem darum, unbeobachtet durch sozialdemokratische Aufpasser wählen zu können.

¹⁰⁵ Die amtliche Beobachtung der Stimmabgabe erfolgte offensichtlich planmäßig, und die Ergebnisse konnten jederzeit abgerufen werden, wie aus den Akten über Titel- und Ordensverleihungen (ebda., III B 4–7 Bd. I–II; III B 4–8 u. 8 a) eindeutig hervorgeht.

¹⁰⁶ S. u. S. 299, 301 f.

¹⁰⁷ Bei der Stichwahl am 17. 8. 1878 kam es nach Bekanntgabe des Ergebnisses (der welfische Bewerber siegte mit einem Vorsprung von knapp 600 Stimmen im Wahlkreis über den nationalliberalen Oberbürgermeister Grumbrecht) zu einem folgenschweren Vorfall: Bei der Siegesfeier der Welfen, zu deren Wahl auch die Sozialdemokratie aufgerufen hatte, wurde – offensichtlich Zeichen der Erbitterung über eine nicht nur einseitige, sondern hetzerische Berichterstattung durch die Zeitung – vor dem Verlagsgebäude der „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ demonstriert und dann auch die Fensterscheiben eingeworfen. Der panisch handelnde Syndikus der Stadt und Chef der Polizeidirektion, Schorch, ließ das Feuer auf die Menge eröffnen, und

tei auch für die erklärten Anhänger der Sozialdemokraten wählbar waren. Und umgekehrt läßt sich schließen, daß die Welfen in diesen Jahren ihre Wähler weitgehend noch aus dem gleichen sozialen Milieu wie die Sozialdemokratie rekrutierten. Diese Tatsache dürfte auch erklären, daß die relative Bedeutung der Welfen in der Stadt seit 1890 schnell zurückging, da die Partei zunehmend von ihrer Fundamentalopposition abrückte und nur noch eine, durch das Spezifikum Nichtanerkennung der 1867 verlorenen Eigenstaatlichkeit und eigener Dynastie von anderen unterscheidbare „bürgerliche Partei“ war, der es freilich bis über das Ende des Kaiserreichs hinaus gelungen sein muß, auch proletarische Elemente an sich zu binden¹⁰⁸.

Die Sozialdemokratische Partei hatte in der Stadt Harburg eine ihrer frühen Hochburgen. Mit Anteilen bis über 40 v.H. der abgegebenen Stimmen und dem Gewinn der relativen Mehrheit im Jahre 1877 (für 1878 ließ sich das Hauptwahlergebnis in der Stadt bisher nicht ermitteln) war zunächst das Maximum erreicht; das Verbot der Partei und der Gewerkschaften, die Unterdrückung ihrer Presse und die seit 1884 erfolgenden Ausweisungen führten zu einem tiefen Einbruch, der sich nicht allein mit dem starken Anwachsen der Wahlenthaltung (zwischen den Wahlen 1877 und 1881 ging die Wahlbeteiligung um mehr als 10 v.H. zurück) erklären läßt, vielmehr auch in einem teilweise Ausweichen bisheriger Wähler der Sozialdemokratie auf die andere, scheinbar in Fundamentalopposition zum System stehende Partei, die Welfen, begründet ist. Offensichtlich ist aber eines: Vergleicht man die 1884 und 1887 von der Sozialdemokratie erzielten Stimmanteile (33,9 bzw. 36,9 v.H. der Wähler; 26,3 bzw. 31,9 v.H. der Wahlberechtigten) mit jenem von 1890 (57,9 v.H. der Wähler; 51,6 v.H. der Wahlberechtigten), dann läßt sich kaum bezweifeln, daß die Wiedergewinnung der Legalität durch die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes – obgleich es ja offiziell noch über den Wahltermin hinaus bis zum 30. 9. 1890 geltendes Recht war – bei vielen potentiellen Anhängern alle bisher bestehenden Hemmnisse beseitigte, sich in einer geheimen Wahl für die Sozialdemokratie zu entscheiden. Dies läßt sich leicht damit beweisen, daß der Zuwachs der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen und als Anteil an allen Wahlberechtigten mit 21,0 v.H. bzw. 19,7 v.H. fast gleich hoch lag; das heißt, daß nicht etwa allein eine bessere Mobilisierung der eigenen Anhänger,

vier Demonstranten wurden entweder sofort getötet oder starben an ihren Verletzungen, weitere 17 wurden z.T. schwer verwundet. Der Vorsitzende des Wahlkomitees der Welfen und weitere zwei Dutzend Personen wurden verhaftet, ohne daß ihnen später die behauptete Anstiftung zum Aufruhr nachgewiesen werden konnte. Vgl. die Akten: StA Hamburg, 430-13 (Polizeidirektion Harburg), C 3. Wegen der späteren gerichtlichen und behördlichen Untersuchungen sind die Wahlakten 1878 nicht mehr auffindbar, so daß das Ergebnis der Hauptwahl 1878 nicht mehr rekonstruiert werden kann.

¹⁰⁸ Auch wenn der „Hannoversche Arbeiter- und Handwerkerverband“ (vgl. dazu *W. Kulemann*, *Die Berufsvereine*, 1. Abt., 2. Band (Jena 1908) 477) verglichen mit den freien Gewerkschaften nur über eine verschwindend kleine Zahl an Mitgliedern verfügte – der 1912 im 17. hann. Wahlkreis als welfischer Kandidat gewählte, auch in der Weimarer Republik dem Reichstag angehörnde Lehrer Ludwig Alpers, Gründer und Vorsitzender des „Hannoverschen Arbeiter- und Handwerkerbundes“, verweigerte wohlweislich stets die Angabe konkreter Zahlen –, so kann andererseits kein Zweifel daran bestehen, daß die Welfen in der Stadt Harburg vor allem von zwei Gruppen, nämlich von Handwerksmeistern und Arbeitern, gewählt wurden.

Tabelle 9: Ergebnis der Reichstagswahlen in der Stadt Harburg 1871-1912¹

WP	Termin	Wahlberechtigte ¹	Wähler ² Hauptwahl Stichwahl	Stimmen in der Hauptwahl ³			Stimmen in der Stichwahl ³		
				DRP	Nat.-Lib.	Links-Lib.	DRP	Nat.-Lib.	Links-Lib.
I	31.3.1871	3 118 (3 723)	(2 014)	x	969	x	507	538	-
II	10.1.1874		(2 718)	x	1 300	x	359	29	-
III	10.1.1877	3 845	(3 225)	x	1 277	x	603	(1345) ⁴	-
IV ⁵	30.7.1878	4 039	?	x	?	x	?	?	2093
V	27.10.1881	(4 063)	2 966	x	1 326	53	1 166	421	-
VI	28.10.1884	4 463	3 459	x	1 304	218	763	1 173	-
VII	21.2.1887	(5 084)	4 395	x	1 799	71	899	1 623	-
VIII	20.2.1890	6 927	6 171	x	1 701	144	751	3574	-
IX	15.6.1893	8 518	7 553	1 692	x	110	922	4720	2 135
X	16.6.1898	10 104	8 736	x	2 128	x	861	5706	-
XI	25.6.1903	10 603	9 860	x	3 106	x	809	5883	-
XII	25.1.1907	12 308	11 649	2 027	x	1 801	451	7 188	-
XIII	12.1.1912	15 215	14 420	338	2 151	1 665	427	9769	3 514
									10 226

- = nicht stattgefunden oder nicht beteiligt.

x = kein eigener Kandidat aufgestellt.

? = keine Daten vorhanden oder erschließbar.

Angaben in Klammern: in den Wahlakten nicht vorhandene Daten, die aus anderen Quellen erschlossen sind. Die hervorgehobenen Zahlen bezeichnen den im 17. hannoverschen Wahlkreis siegreichen Bewerber.

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2a- 1 u. 1a, III A 2b- 1 bis 50 – Generalakten und Spezialakten über die Wahlen zum Reichstag I.–XIII. Legislaturperiode 1871–1918.

¹ Die Zahl der Wahlberechtigten ist in der Regel aus den Wählerlisten der einzelnen Stimmbezirke festgestellt worden, dadurch ergeben sich kleinere Abweichungen zu den vom Magistrat an den jeweiligen Wahlkommissar des 17. hannoverschen Wahlkreises gemeldeten Zahlen. Bei der Wahl 1874 wurde durch den Magistrat später zugegeben, daß rd. 80–90 an sich Wahlberechtigte in die Listen nicht aufgenommen worden waren (Magistrat an Reg.-Pras. Lüneburg, 19.5.1874, StA Hamburg, 430-4, III A 2b-3), bei den Wahlen 1881 und 1887 fehlen die Wählerlisten einzelner Stimmbezirke, so daß die wahrscheinlich zu niedrigeren Zahlen aus den Meldungen des Magistrats übernommen werden mußten. Die Zahlen sind wahrscheinlich zu niedrig, weil es sich um die Meldungen des Magistrats einige Wochen vor der Wahl handelt, in denen die Religionszugehörigkeit der Wahlberechtigten mitgeteilt wurde, und aus den Listen der Stimmbezirke bei allen anderen Wahlen hervorgeht, daß stets aufgrund von Einsprüchen noch Wahlberechtigte nachgetragen worden sind.

² Bis zur Wahl 1898 handelt es sich um abgegebene gültige Stimmen, seit 1903 sind die ungültigen Stimmen enthalten. Für die Wahlen 1871, 1874 und 1877 sind die abgegebenen gültigen Stimmen aus den Einzelergebnissen der Parteien errechnet. Für 1874 sind ferner die infolge Wahlprotests nachträglich für gültig erklärten 1030 Stimmen für den sozialdemokratischen Bewerber Carl Finn enthalten.

³ Bei der Wiedergabe der Wahlergebnisse sind nicht berücksichtigt die für Einzelbewerber, Kandidaten des BdL und der Polen (Zentrum) abgegebenen Stimmen; diese Bewerber erzielten 1907 mit zusammen 145 Stimmen das beste Ergebnis, bei allen anderen Wahlen schwankte es zwischen 1 und 99 Stimmen.

⁴ 1874 wurden ursprünglich von den Wahlvorstehern, die sämtlich nationalliberalen Parteigänger waren, 1030 für den sozialdemokratischen Kandidaten Carl Finn aus Berlin abgegebene Stimmen für ungültig erklärt, da von den sozialdemokratischen Wählern die Wohnanschrift von Finn nicht auf dem Stimmzettel eingetragen worden war und damit angeblich die eindeutige Identifizierung des Bewerbers und damit auch des Wählerwillens nicht möglich sei. In der Wahlankündigung korrigierte die Wahlprüfungskommission des Reichstags diese Entscheidung. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 31, 285–287 (11.3.1874).

⁵ Das Wahlergebnis der Hauptwahl ließ sich nicht mehr feststellen, vgl. o. Anm. 107.

ausgedrückt in einer höheren Wahlbeteiligung – sie stieg nur um 2,6 v.H. –, zu dem Anstieg an den abgegebenen Stimmen um 21,0 v.H. beigetragen hat, sondern im fast gleich starken Umfang bei den Wählern ein Wechsel der Parteipräferenz erfolgt sein muß. Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Wahlen 1887 und 1890 durch die Eingemeindung der beiden, hauptsächlich von Arbeitern bewohnten, Vororte Heimfeld und Wilstorf 1888 etwas beeinträchtigt.

In sämtlichen Wahlen zum Reichstag seit 1890 hat die Sozialdemokratie mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten für sich gewinnen können; wenn man – wie in Tabelle 11 geschehen – die Stimmanteile der Parteien einmal nicht auf der Basis der tatsächlich Wählenden, sondern von allen Wahlberechtigten feststellt, d. h. „Nichtwählen“ als eine Form der Wahlentscheidung betrachtet, wird das ganze Ausmaß des Erfolgs der Partei erst vollständig sichtbar, zugleich aber werden auch die etwas erratischen Sprünge in den Ziffern der Tabelle 10, die ja die Anteile auf der Basis der abgegebenen Stimmen wiedergibt, erheblich relativiert: Nach einem erneuten Anwachsen des Anteils der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen auf mehr als 55 v.H. der Wahlberechtigten im Jahre 1893 brachten die Wahlen 1898 und 1903 eine Stagnation um diesen Wert, um dann bei den beiden letzten Wahlen im Kaiserreich auf 58,4 v.H. und 64,2 v.H. zu steigen. Fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten entschieden sich damit für die Sozialdemokratie und nur noch 30 v.H. für eine der „bürgerlichen“ Parteien – Harburg war eine „rote“ Stadt, so „rot“ wie wenige andere in Preußen oder im Reich. Freilich war dies auch schon in den 1890er Jahren so, als von einer gefestigten, zahlenmäßig starken Organisation der Partei und der Gewerkschaften noch nicht die Rede sein konnte, und dies wirft die Frage auf, ob der von der Partei stets behauptete Zusammenhang zwischen Organisation und Wahlerfolgen wirklich bestand. Im Harburger Fall spricht nun vieles dafür, daß die relative Stagnation der Sozialdemokratie bei den Wahlen zwischen 1893 und 1903 tatsächlich – neben externen Faktoren – auch durch die relative organisatorische Schwäche von Partei und Gewerkschaften mitbedingt war und ihr erneutes kräftiges Wachstum – 1907 sogar ausgeprägt gegen den Trend im Reich – mit der Verdichtung der organisatorischen Strukturen zusammenhing. Vor allem aber scheint die Verstetigung der Wahlerfolge deren Resultat zu sein, eine These, die indirekt auch mit den Daten aus den Stichwahlen belegt werden kann.

Seit 1890 war die SPD im Wahlkreis stets in der Stichwahl, die sie regelmäßig verlor, da, welche „bürgerliche“ Partei auch den Gegenkandidaten stellte, es ihr niemals gelang, in den ländlich strukturierten Teilgebieten des Wahlkreises wesentlich mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen und damit auch die zuletzt fast Dreiviertel betragende Mehrheit in der Stadt nicht zum Mandatsgewinn ausreichte¹⁰⁹. Dennoch sind die Stichwahlergebnisse in der Stadt¹¹⁰ in vieler Hinsicht

¹⁰⁹ Vgl. Tabelle 13, S. 306. Tatsächlich stammten bei den Wahlen seit 1890 stets 60–70 v.H. der im „Land“gebiet für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen aus der Industriegemeinde Wilhelmsburg und dem 1910 nach Harburg eingemeindeten Arbeitervorort Eissendorf, im wirklich agrarisch-strukturierten Teil des Wahlkreises lagen die Stimmanteile der SPD bei nur 10–18 v.H.

¹¹⁰ Vgl. Tabellen 11 und 12. S. 302, 304f.

Tabelle 10: Ergebnis der Reichstagswahlen in der Stadt Harburg 1871–1912 (1919) (in v. H. der abgegebenen Stimmen)

WP	Termin	Wahl- berechtigte	Wahlbeteiligung Haupt- wahl	Stich- wahl	Anteil in der Hauptwahl				SPD ungül- tig	Anteil in der Stichwahl					
					DRP	Nat.- Lib.	Links- lib.	Welfe (BdL, P, Z)		DRP	Nat.- Lib.	Welfe	SPD ungül- tig		
I	1871	3 118	(64,6)	–	–	48,1	–	25,2	–	26,7	–	–	–	–	–
II	1874	(3 723)	(73,0)	–	–	47,3	–	13,1	–	(38,6)	–	–	–	–	–
III	1877	3 845	(83,8)	–	–	39,5	–	18,7	–	41,7	–	–	–	–	–
IV	1878	4 039	?	86,2	–	?	–	?	–	?	–	–	39,9	60,1	–
V	1881	(4 063)	(73,0)	–	–	44,7	1,8	39,3	–	14,2	–	–	–	–	–
VI	1884	4 463	77,5	82,3	–	37,7	6,3	22,1	0,0	33,9	–	–	39,5	60,5	–
VII	1887	(5 084)	86,5	–	–	40,9	1,6	20,5	0,1	36,9	–	–	–	–	–
VIII	1890	6 927	89,1	88,9	–	27,6	2,3	12,2	0,0	57,9	–	–	32,2	–	67,9
IX	1893	8 518	88,7	88,2	22,4	–	1,5	12,2	1,3	62,5	–	28,4	–	–	71,6
X	1898	10 104	86,5	90,1	–	24,4	–	9,9	0,5	65,3	–	–	30,8	–	68,3
XI	1903	10 603	93,0	93,1	–	31,5	–	8,2	0,3	59,7	0,3	–	36,0	–	63,2
XII	1907	12 308	94,7	93,4	17,4	–	15,5	3,9	1,2	61,7	0,3	31,5	–	–	67,2
XIII	1912	15 215	94,8	91,6	2,4	14,9	11,6	3,0	0,3	67,8	0,2	–	–	25,2	73,4
NV	1919	39 087	93,3	entf.	DNVP 1,8	DVP 8,4	DDP 14,6	DHP 5,6	USPD 6,6	MSPD 63,1	–	–	–	entfällt	–

Legende, Anmerkungen und Quellen wie Tabelle 9.

Tabelle 11: Ergebnis der Reichstagswahlen 1871–1912 und der Nationalversammlungswahl 1919 in der Stadt Harburg. Anteil in v.H. von allen Wahlberechtigten

Termin	Wahlbe- rechtigte	Nichtwähler		ungültige Stimmen ¹		„Bürgerliche Parteien“		SPD	
		Haupt- wahl	Stich- wahl	Haupt- wahl	Stich- wahl	Haupt- wahl	Stich- wahl	Haupt- wahl	Stich- wahl
1871	3 118	35,4	–	•	•	47,3	–	17,3	–
1874	(3 723)	27,0	–	•	•	44,6	–	28,4	–
1877	3 845	16,1	–	•	•	48,9	–	35,0	–
1878 ²	4 039		13,8	•	•		86,2 ³		–
1881	(4 063)	27,0	–	•	•	62,6	–	10,4	–
1884	4 463	22,5	17,7	•	•	51,2	82,3 ³	26,3	–
1887	(5 084)	13,6	–	•	•	54,5	–	31,9	–
1890	6 927	10,7	10,0	0,2	1,1	37,5	28,6	51,6	60,3
1893	8 518	11,3	11,8	•	•	33,3	25,1	55,4	63,1
1898	10 104	13,5	9,9	0,0	0,9	30,0	27,8	56,5	61,5
1903	10 603	7,0	6,9	0,3	0,8	37,2	33,5	55,5	58,9
1907	12 308	5,4	6,6	0,3	1,3	35,9	29,4	58,4	62,8
1912	15 215	5,2	8,5	0,2	1,4	30,4	23,1	64,2	67,2
1919	39 087	6,7	entfällt	•	entfällt	28,4	entfällt	MSPD 58,9 USPD 6,1	entfällt

¹ Die ungültigen Stimmen lassen sich nur für einige Wahlen feststellen; in allen anderen Fällen sind sie bei den „Nichtwählern“ mitenthalten.

² Für 1878 ließ sich das Ergebnis in der Stadt Harburg nicht rekonstruieren.

³ Stichwahl zwischen Welfen und Nationalliberalen.

Quellen: Wie Tabelle 9.

signifikant: Einmal zeigen sie, für wie viele Wahlberechtigten die Sozialdemokratie die Partei ihrer zweiten Präferenz war. Und dabei fällt nun auf, daß dieser Anteil von 1890 mit 8,9 v.H. der Wahlberechtigten, 1893 mit 7,6 v.H., 1898 mit 5,0 v.H., 1903 mit 3,4 v.H., 1907 mit 4,2 v.H. und 1912 mit 3,0 v.H. kontinuierlich (mit der Ausnahme von 1907) zurückging – und zwar ganz unabhängig von der Frage, ob 1890, 1898 und 1903 die Nationalliberalen oder 1893 und 1907 die Reichspartei oder 1912 die Welfen den „bürgerlichen“ Gegenkandidaten stellten¹¹¹. Die Verringerung dieses Anteils der Wahlberechtigten, für die die Sozialdemokratie die Partei der zweiten Wahl war, ist nun aber, jedenfalls verbunden mit dem bei der Hauptwahl zu beobachtenden Stimmenzuwachs, nicht ein Zeichen der geringeren, sondern der höheren Attraktivität: Über die „Zweite-Präferenz-Entscheidung“ führte – getragen auch von der Werbekraft

¹¹¹ Für das „bürgerliche“ Lager läßt sich aus den Daten der Tabelle 12 ganz deutlich herausarbeiten, daß dieses niemals imstande war, alle auf seine Kandidaten in der Hauptwahl entfallenen Stimmen auch in der Stichwahl auf sich zu vereinigen (natürlich abzüglich der ohnehin in zweiter Präferenz den Sozialdemokraten Wählenden), sondern, besonders deutlich 1907 und 1912, ein Gutteil dieser Wähler sich entweder zur Enthaltung oder zur ungültigen Stimmabgabe entschloß.

einer in vielen Lebensbereichen Hilfe anbietenden Organisation – der Weg zur direkten Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten bei der Hauptwahl. Der zweite wichtige, aus den Stichwahlergebnissen besonders klar hervortretende Aspekt ist das Eindringen der Sozialdemokratie in soziale Schichten, die nicht zu ihrer „natürlichen“ Klientel gehörten; hierauf wird weiter unten eingegangen.

Die Beteiligung an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, die von der Sozialdemokratie Harburgs frühzeitig (Antrag auf dem Parteitag 1897) gefordert worden war, konnte unter den Bedingungen der Ungleichheit und der Öffentlichkeit der Wahl naturgemäß für die Sozialdemokratie keine Ergebnisse wie bei den Reichstagswahlen erbringen. Dazu gab es zu viele Beamte, Lehrer und Arbeiter von Stadt, Staat und Reich unter den Wahlberechtigten in der Stadt¹¹², für die ein öffentliches Bekenntnis zur Sozialdemokratie eine Existenzgefährdung bedeutet hätte; dazu war auch bei solchen Wahlberechtigten, bei denen Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten nicht die sofortige Dienstentlassung nach sich ziehen konnte, die Furcht vor Repressalien viel zu groß. Umso erstaunlicher ist es, daß schon im zweiten Anlauf 1908 bei einer über 50 v.H. liegenden Wahlbeteiligung nicht nur 68 v.H. der abgegebenen Stimmen in der 3. Klasse, sondern auch gut 31 v.H. in der 2. Klasse und 12,6 v.H. in der 1. Klasse von der Sozialdemokratie gewonnen werden konnten, bis 1913 dann bei einer Wahlbeteiligung von fast 57 v.H. in der 3. Klasse gut Dreiviertel der Wähler, in der 2. Klasse über 54 v.H. der Wähler und selbst in der 1. Klasse fast ein Viertel für sozialdemokratische Wahlmänner votierten¹¹³. Dabei ist folgende signifikante Beobachtung zu machen: Die Nationalliberalen erhielten 1913 die Stimmen von 2209 Wahlberechtigten, das entsprach ziemlich exakt jenen 2151 Stimmen, die sie bei der letzten Reichstagswahl auf sich hatten vereinigen können – aber es waren, da in der Stadt nur die Nationalliberalen kandidierten, doch nur 46,5 v.H. der bei der Hauptwahl 1912 für „bürgerliche“ Parteien abgegebenen Stimmen, die Sozialdemokratie erhielt dagegen die Stimmen von 5424 Urwählern – und damit 55,5 v.H. der bei der Reichstagswahl 1912 für sie Stimmenden¹¹⁴. Trotz des viel höheren Risikos einer Stimmabgabe für die Sozialdemokratie konnte diese ihre Anhänger also erheblich besser mobilisieren als die Nationalliberalen die Wähler bürgerlicher Parteien.

Obwohl die Sozialdemokratie 1913 in dem aus der Stadt Harburg und dem Landkreis Harburg bestehenden Wahlkreis sowohl in der 3. Klasse eine Dreiviertelmehrheit als auch in der 2. Klasse die absolute Mehrheit der Urwählerstimmen in Stadt und Land auf sich vereinigte, blieb sie der Zahl der Wahlmänner nach deutlich in der Minorität¹¹⁵. Das hing einmal damit zusammen, daß die Urwahlbezirke in der Stadt so geschnitten waren, daß eine Majorität der Stimmen der Urwähler in der 2. Klasse noch lange nicht die Majorität der Wahlmänner mit sich brachte und daß ferner in der 1. Klasse 11 Wahlberechtigte (= 3,94 v.H.) allein 14 Wahlmänner (= 15,9 v.H. der Wahlmänner der 1. Klasse) bestimmen konnten, da in drei Urwahlbezirken nur je ein

¹¹² Bei der RT-Wahl 1907 betrug ihr Anteil an den 12 308 Wahlberechtigten 1921 oder 15,6 v.H.

¹¹³ Vgl. Tabellen 14–16.

¹¹⁴ Vgl. Tabellen 16 u. 9.

¹¹⁵ Vgl. Tabelle 17.

Tabelle 12: Veränderungen der Wahlentscheidung bei den RT-Stichwahlen in der Stadt Harburg VIII.–XIII. Wahlperiode 1890–1912.

a) 1890	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	6 927	6 927	–
Wähler	6 184	6 234	+ 50
ungültige Stimmen	13	75	+ 62
gültige Stimmen	6 171	6 159	– 12
DRP	–	–	–
Nat.Lib.	1 701	1 980	+ 279
Linkslib.	144	–	– 144
Welfe	751	–	– 751
Sonstige (P, Z, BdL, Einz.)	1	–	– 1
Summe bürgerl. Parteien	2 597	1 980	– 617
SPD	3 574	4 179	+ 605
b) 1893	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	8 518	8 518	–
Wähler	unbekannt	unbekannt	–
ungültige Stimmen	unbekannt	unbekannt	–
gültige Stimmen	7 553	7 510	– 43
DRP	1 692	2 135	+ 443
Nat.Lib.	–	–	–
Linkslib.	110	–	– 110
Welfe	922	–	– 922
Sonstige (P, Z, BdL)	109	–	– 109
Summe bürgerl. Parteien	2 833	2 135	– 698
SPD	4 720	5 375	+ 655
c) 1898	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	10 104	10 104	–
Wähler	8 739	9 101	+ 362
ungültige Stimmen	3	86	+ 83
gültige Stimmen	8 736	9 015	+ 279
DRP	–	–	–
Nat.Lib.	2 128	2 804	+ 676
Linkslib.	–	–	–
Welfe	861	–	– 861
Sonstige (P, Z, BdL)	41	–	– 41
Summe bürgerl. Parteien	3 030	2 804	– 226
SPD	5 706	6 211	+ 505

d) 1903	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	10 603	10 603	–
Wähler	9 860	9 874	+ 14
ungültige Stimmen	34	82	+ 48
gültige Stimmen	9 826	9 792	– 34
DRP	–	–	–
Nat.Lib.	3 106	3 551	+ 445
Linkslib.	–	–	–
Welfe	809	–	– 809
Sonstige (P, Z, BdL)	28	–	– 28
Summe bürgerl. Parteien	3 943	3 551	– 392
SPD	5 883	6 241	+ 358
e) 1907	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	12 308	12 308	–
Wähler	11 649	11 495	– 154
ungültige Stimmen	37	151	+ 114
gültige Stimmen	11 612	11 344	– 268
DRP	2 027	3 618	+ 1 591
Nat.Lib.	–	–	–
Linkslib.	1 801	–	– 1 801
Welfe	451	–	– 451
Sonstige (P, Z, BdL)	145	–	– 145
Summe bürgerl. Parteien	4 424	3 618	– 806
SPD	7 188	7 726	+ 538
f) 1912	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	15 215	15 215	–
Wähler	14 420	13 930	– 490
ungültige Stimmen	25	190	+ 165
gültige Stimmen	14 395	13 740	– 655
DRP	338	–	– 338
Nat.Lib.	2 151	–	– 2 151
Linkslib.	1 665	–	– 1 665
Welfe	427	3 514	+ 3 087
Sonstige (P, Z, BdL)	45	–	– 45
Summe bürgerl. Parteien	4 626	3 514	– 1 112
SPD	9 769	10 226	+ 457

Quellen: Wie Tabelle 9.

Tabelle 13. SPD-Ergebnis der Reichstagswahlen im Wahlkreis 17 Hannover 1878–1912¹

WP	Termin	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung ³ i. v. H.			Gesamt-WK			Anteil der SPD i. v. H.		
		Gesamt-WK	Stadt Harburg	überiger WK ²	Gesamt-WK	Stadt Harburg	überiger WK ²	H.	St.	H.	St.	H.	St.
IV	1878	25 231	4 039	21 192	62,3	74,9	ub.	11,2	–	ub.	–	ub.	–
V	1881	25 300	4 063	21 237	44,7	–	39,3	6,7	–	14,2	–	1,6	–
VI	1884	25 789	4 463	21 326	51,3	64,7	45,9	15,7	–	33,9	–	4,2	–
VII	1887	27 414	5 084	22 330	79,2	–	77,5	11,8	–	36,9	–	9,3	–
VIII	1890	29 375	6 927	22 448	76,3	76,2	72,9	30,4	45,2	57,9	67,9	20,1	36,7
IX	1893	32 328	8 518	23 810	75,1	77,8	88,2	37,3	43,5	62,5	71,6	25,9	31,6
X	1898	36 205	10 104	26 101	76,6	81,5	90,1	43,7	47,1	65,3	68,3	33,7	37,7
XI	1903	40 001	10 603	29 398	83,6	80,7	80,2	39,1	42,1	59,7	62,3	30,5	32,8
XII	1907	43 330	12 308	31 022	89,6	89,1	87,6	37,8	42,3	61,7	67,2	27,5	31,8
XIII	1912	49 429	15 215	34 214	90,4	87,8	88,5	43,0	46,7	67,8	73,4	31,2	34,0

ub. = unbekannt und aus den vorhandenen Daten nicht errechenbar.

– = nicht stattgefunden oder nicht beteiligt.

H. = Hauptwahl.

St. = Stichwahl.

Quellen: Wie Tabelle 9.

¹ Wegen der unvollständigen Daten bei der I.–III. RT-Wahl werden diese Wahlen nicht berücksichtigt; die Ergebnisse für die Stadt Harburg in Tab. 9 u. 10.

² Es handelt sich dabei um folgende Gebiete: 1. Landkreis Harburg; 2. Kreis Zeven; 3. Kreis Rotenburg; 4. Kreis Jork; 5. Amt Lilienthal (aus dem Kreis Osterholz); 6. Amt Harsefeld (aus dem Kreis Stade) sowie 7. eine Gemeinde des Kreises Achim.

³ Bis zur Wahl 1898 handelt es sich um die abgegebenen gültigen Stimmen, ab 1903 sind die ungültigen Stimmen enthalten.

Tabelle 14: Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Harburg (Stadt und Land) 1903

Wahlberechtigte	1. Kl.	v.H.	2. Kl.	v.H.	3. Kl.	v.H.	insges.	v.H. der Einw.
Stadtkreis	259	2,66	1222	12,57	8 243	84,77	9 724	19,78
Landkreis	437	3,81	1636	14,26	9 397	81,93	11 470	23,50
Wahlkreis insges.	696	3,28	2858	13,48	17 640	83,23	21 194	21,64
Wahlbeteiligung								v.H. WBR
Stadt	179	69,11	576	47,14	2 872	34,84	3 627	37,30
Land	148	33,87	355	21,70	1 280	13,62	1 783	15,54
Wahlkreis	327	46,98	931	32,58	4 152	23,55	5 410	25,53
davon auf Wahlmän- nerkandidaten der Nationalliberalen								
Stadt	171	95,53	496	86,11	1 483	51,64	2 150	59,28
Land	129	87,16	188	52,96	387	30,23	704	39,48
Wahlkreis	300	91,74	684	73,47	1 870	45,04	2 854	52,75
BdL u. Einzelbew.								
Stadt	–	–	–	–	–	–	–	–
Land	19	12,84	66	18,59	98	7,66	183	10,26
Wahlkreis	19	5,81	66	7,09	98	2,36	183	3,38
Sozialdemokratie								
Stadt	8	4,47	80	13,89	1 382	48,12	1 470	40,53
Land	–	–	101	28,45	765	59,77	866	48,57
Wahlkreis	8	2,45	181	19,44	2 147	51,71	2 336	43,18

Quelle: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Erg.H. XXIII (Berlin 1905) 86f., 170f., 234f.

Wahlberechtigter und in vier weiteren zwei Wahlberechtigte jeweils zwei Wahlmänner wählten. Neben der durch die drei Wahlklassen vorgegebene Ungleichheit wurden also auch die Wahlberechtigten einer Klasse unter sich bewußt ungleich behandelt¹¹⁶. Und im Landkreis brachten die 1913 mit der Stadt fast identischen Majoritäten der Urwähler in der 2. und 3. Klasse in beiden Klassen keine Majorität der Wahlmänner, da sich die sozialdemokratischen Stimmen auf einige Vororte Harburgs und die Industriegemeinde Wilhelmsburg konzentrierten.

In die Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium hat die Sozialdemokratie nur in dem 8. Stadtbezirk 1910 und 1913 eingegriffen; es handelte sich hierbei um das 1910 ein-

¹¹⁶ Auf einen anderen Aspekt der Ungleichheit kann hier nicht näher eingegangen werden: Es soll daher nur erwähnt werden, daß in Harburg die Variationsbreite der Steuerleistung, die die Wahlberechtigung zu den einzelnen Klassen mit sich brachte, außerordentlich groß war (1913). Zwischen über 180 000 und 900 M Steuerleistung für die 1. Klasse, zwischen über 40 000 und 300 M für die 2. Klasse und zwischen 3560 M und 13,80 M für die 3. Klasse (ohne die theoretischen Steuerzahler mit 3 M, von denen es unter den Wahlberechtigten 1913 aber nur noch knapp 700 gab); StA Hamburg 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b-37.

Tabelle 15: Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Harburg (Stadt und Land) 1908

Wahlberechtigte	1. Kl.	v. H.	2. Kl.	v. H.	3. Kl.	v. H.	insges.	v. H. der Einw.
Stadtkreis	344	3,21	1513	14,14	8846	82,65	10703	19,03
Landkreis	502	3,99	1925	15,32	10142	80,69	12569	22,34
Wahlkreis insges.	846	3,64	3438	14,77	18988	81,59	23272	20,69
Wahlbeteiligung								v. H. WBR
Stadt	206	59,88	739	48,84	4659	52,67	5604	52,36
Land	222	44,22	726	37,71	2769	27,30	3717	29,57
Wahlkreis	428	50,59	1465	42,61	7418	39,07	9321	40,05
davon auf Wahlmännerkandidaten der Nationalliberalen								
Stadt	129	62,62	344	46,55	869	18,65	1342	23,95
Land	144	84,86	195	28,86	271	9,79	610	16,41
Wahlkreis	273	63,79	539	36,79	1140	15,37	1952	20,94
Linksliberalen								
Stadt	47	22,82	152	20,57	581	12,47	780	13,92
Land	12	5,41	50	6,89	138	4,98	200	5,38
Wahlkreise	59	13,79	202	13,79	719	9,69	980	10,51
Konserv., Einzelbew.								
Stadt	2	0,97	5	0,68	12	0,26	19	0,34
Land	23	10,36	57	7,85	110	3,97	190	5,11
Wahlkreis	25	5,84	62	4,23	122	1,64	209	2,24
Sozialdemokratie								
Stadt	26	12,62	231	31,26	3170	68,04	3427	61,15
Land	43	19,37	424	58,40	2247	81,15	2714	73,02
Wahlkreis	69	16,12	655	44,71	5417	73,03	6141	65,88

Quellen: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Erg.H. XXX (Berlin 1909) 44f., 196f., 260f.; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b-27.

gemeindete Eissendorf, in dem bei Reichstagswahlen seit 1898 nie unter 75 v.H. der abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie entfallen waren und in dem kraft Eingemeindungsvertrag unter bestimmten Voraussetzungen die kostenlose Bürgerrechtsverleihung erfolgt war, so daß nach der Überzeugung der Partei hier günstige Voraussetzungen für eine Beteiligung bestanden. Als Kandidaten benannte sie 1910 den Geschäftsführer des „Volksblatts“, Heinrich Martens, den Arzt Emil Hirschfeld und einen ehrenamtlichen Funktionär der Holzarbeitergewerkschaft, den Drechsler August Feldkirch. Alle drei erzielten gegen ihre, den bisherigen Gemeindevorstand bildenden Gegenkandidaten bei einer fast 90 v.H. betragenden Wahlbeteiligung mit 41–42 v.H. der abgegebenen Stimmen ein achtbares Ergebnis, das bei der routinemäßigen Neuwahl eines der drei Bürgervorsteher 1913 mit einem Stimmenanteil von nur 30 v.H. für den sozialdemokratischen Kandidaten jedoch nicht wiederholt werden konnte. Folgerichtig verzichtete die Sozialdemokratie bei der Neuwahl im Februar 1915, bei

Tabelle 16: Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Harburg (Stadt und Land) 1913

Wahlberechtigte	1. Kl.	v. H.	2. Kl.	v. H.	3. Kl.	v. H.	insges.	v. H. der Einw.
Stadtkreis	541	4,00	2457	18,18	10 518	77,82	13 516	20,17
Landkreis	675	4,67	2741	18,97	11 034	76,36	14 450	23,78
Wahlkreis insges.	1216	4,35	5198	18,59	21 552	77,07	27 966	21,89
Wahlbeteiligung								v. H. WBR
Stadt	279	51,57	1271	51,73	6 132	58,30	7 682	56,84
Land	378	56,00	1277	46,59	3 685	33,40	5 340	36,96
Wahlkreis	657	54,03	2548	49,02	9 817	45,55	13 022	46,56
davon auf Wahlmännerkandidaten der Nationalliberalen (2 Kandidatengruppen)								
Stadt	213	76,34	579	45,55	1 417	23,11	2 209	28,76
Land	242	64,02	457	35,79	679	18,43	1 378	25,81
Wahlkreis	455	69,25	1036	40,66	2 096	21,35	3 587	27,55
Konservativen/Freikonservative, BdL, Antisem.								
Stadt	1	0,36	1	0,08	–	–	2	0,03
Land	60	15,87	88	6,89	113	3,07	261	4,89
Wahlkreis	61	9,28	89	3,49	113	1,15	263	2,02
Einzelbewerber								
Stadt	–	–	–	–	3	0,05	3	0,04
Land	28	7,41	31	2,43	127	3,45	186	3,48
Wahlkreis	28	4,26	31	1,22	130	1,32	189	1,45
Sozialdemokratie								
Stadt	65	23,30	690	54,29	4 669	76,14	5 424	70,61
Land	48	12,70	699	54,74	2 743	74,44	3 490	65,36
Wahlkreis	113	17,20	1389	54,51	7 412	75,50	8 914	68,45

Quellen: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts. Erg. H. XXXXIII (Berlin 1916) 44 f., 128 f., 193 f.; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37.

der durchaus Gegenkandidaten in einzelnen Stadtbezirken aufgestellt wurden, also nicht „Burgfrieden“ ausgerufen war¹¹⁷, auf eine Fortsetzung des Experiments¹¹⁸.

Glänzende Siege bei den Reichstagswahlen seit 1890, nach Anlaufschwierigkeiten ebenso glänzende Siege bei den Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1908 und 1913, ein wieder abgebrochenes Experiment mit der Beteiligung an den Bürgervorsteherwahlen – und alles gleichermaßen politisch, schaut man jedenfalls auf Man-

¹¹⁷ In den umkämpften Stadtbezirken traten Kandidaten der „Bürgervereine“ gegen solche des „Haus- und Grundbesitzervereins“ auf, vgl. Witt, Kommunalpolitik, 228 f.

¹¹⁸ StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II E 2–26 (Wahl im 8. Stadtbezirk 10. 6. 1910), II E 2–30 u. 32 (Bürgervorsteherwahlen 1913/15).

Tabelle 17: Parteistellung der gewählten Wahlmänner bei den Preußischen Abgeordnetenhauswahlen 1903, 1908 und 1913 im Wahlkreis Harburg

		1903			1908			1913		
		St.	L.	WK	St.	L.	WK	St.	L.	WK
Wahl- männer	1. Kl.	64	62	126	73	69	142	88	72	160
	2. Kl.	64	61	125	73	69	142	88	76	164
	3. Kl.	64	62	126	73	69	142	88	72	160
	insg.	192	185	377	219	207	426	264	220	484
davon National- liberal ¹	1. Kl.	64	62	126	54	53	107	75	10	85
	2. Kl.	64	57	121	45	32	77	48	11	59
	3. Kl.	12	32	44	4	34	38	–	–	–
	insg.	140	151	291	103	119	222	123	21	144
National- liberal ²	1. Kl.							–	54	54
	2. Kl.							–	37	37
	3. Kl.							–	39	39
	insg.							–	130	130
Konser- vative ³	1. Kl.							–	3	3
	2. Kl.							–	2	2
	3. Kl.							–	–	–
	insg.							–	5	5
Links- liberal	1. Kl.				11	5	16			
	2. Kl.				12	8	20			
	3. Kl.				–	8	8			
	insg.				23	21	44			
Sozial- demo- kratie	1. Kl.	–	–	–	8	5	13	13	5	18
	2. Kl.	–	4	4	16	29	45	40	26	66
	3. Kl.	52	30	82	69	33	102	88	33	121
	insg.	52	34	86	93	67	160	141	64	205

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b-16, 27, 37.

¹ 1913 Wahlmänner, die für den von der nationalliberalen Partei der Stadt Harburg nominierten Abgeordneten Min.Dir. Just (Preuß. MdI) gewählt worden waren.

² Wahlmänner, die für den nationalliberalen Bewerber Menge, Bürgermeister von Wilhelmsburg, gewählt worden waren.

³ Es handelt sich vermutlich um freikonservative Wahlmänner, die im 1. Wahlgang bei der Abgeordnetenwahl nicht abstimmten, in der Stichwahl zwischen Just und dem sozialdemokratischen Kandidaten, Andreas Müller, für Just stimmten.

St. = Stadt Harburg

L. = Landkreis Harburg

datsgewinne, völlig folgenlos. Dies wirft notwendigerweise die Frage auf, wie gelang es eigentlich der Sozialdemokratie in Harburg trotz dieser Erfolglosigkeit ihre Anhänger immer wieder an die Wahlurne zu bringen? Und das Ausmaß der Stimmanteile, die die Sozialdemokratie sowohl bei den geheimen Reichstagswahlen als auch bei den öffentlichen Preußischen Abgeordnetenhauswahlen erreichte, zwingt notwendig zu der

Frage: Ließ sich das mit den Stimmen von Arbeitern und kleinen Angestellten überhaupt erreichen? Mußten nicht soziale Barrieren – selbsterrichtete wie von den Gegnern aufgebaute – durchbrochen worden sein, mußten nicht soziale Schichten von der und für die Sozialdemokratie gewonnen worden sein, die weder sie selbst noch ihre Gegner für gewinnbar gehalten hatten?

5.3. Wer wählte die Sozialdemokratie in Harburg?

Beide Fragen – weshalb gelang trotz dauernder Erfolglosigkeit eine so hohe Mobilisierung der Wahlberechtigten und aus welchen sozialen Schichten stammten die Wähler der Sozialdemokratie – lassen sich im Rahmen eines Aufsatzes nur teilweise klären. Dies hängt mit den zur Verfügung stehenden Quellen und den methodischen Problemen, die bei ihrer Auswertung auftreten, zusammen¹¹⁹. Für die Wahlen zum Reichstag (Ausnahme: 1878, 1881 und 1884), für sämtliche Bürgervorsteherwahlen (dabei aber bisweilen fehlende Stadtbezirke) und sogar für die preußischen Abgeordnetenhauswahlen seit 1893 stehen die Listen der Wahlberechtigten zur Verfügung, in denen die Ausübung des Wahlrechts durch Anstreichung eindeutig kenntlich gemacht worden ist. Neben dem Namen und Vornamen ist stets der nach den Meleregistern ausgeübte Beruf und bei den Listen für die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus und zum Bürgervorsteherkollegium auch das Alter verzeichnet. Die Listen sind nach Straßen und Hausnummern in alphabetischer Reihenfolge der Straßennamen für jeden (Ur-) Wahlbezirk bzw. Stadtbezirk geführt; seit den 1890er Jahren sind bei allen drei zu wählenden Körperschaften die den einzelnen Wahlbezirken zugeordneten Straßen dauernd geändert worden, teils weil durch die Vergrößerung der Stadt eine Umsetzung der Straßen in andere Bezirke notwendig war, um die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken einigermaßen gleich groß zu halten, teils weil die Wahlchancen der „bürgerlichen“ Parteien bzw. der Nationalliberalen positiv und die der Sozialdemokratie negativ beeinflusst werden sollten¹²⁰. Die Konsequenz ist freilich, daß eine Auswahl einzelner Wahlbezirke als Stichprobe für eine Untersuchung schichtenspezifischen Wahlverhaltens hinsichtlich Wahlbeteiligung und Parteienpräferenz nicht möglich ist, da es sich niemals um identische örtliche Einheiten handelt. Aus den Wahlberechtigtenlisten, die innerhalb der Wahlbezirke durchnummeriert sind, eine Stichprobe mit Hilfe einer Zufallszahlenauswahl zu ziehen, erwies sich ebenfalls als nicht möglich, da die jeweils an einem Wahlbezirk bei den Reichstagswahlen 1903, 1907 und 1912 zur Kontrolle durchgeführte Vollerhebung Abweichungen von bis zu 10 v.H. gegenüber der aus dem gleichen Wahlbezirk gezogenen Stichprobe ergaben. Nur eine Vollerhebung über alle Wahlen seit 1890 würde eine wirklich zureichende Beantwortung der aufgeworfenen Fragen – einschließlich des besonders wichtigen Vergleichs zwischen Reichstags- und Preußischen Abgeordnetenhauswah-

¹¹⁹ Vgl. hierzu die vorbildlichen methodischen Bemerkungen bei *Merrith Niebuss*, *Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925* (Berlin 1985) 30–39.

¹²⁰ Vgl. *Witt*, *Kommunalpolitik*, 226.

len – ermöglichen; dies ist im Rahmen eines Aufsatzes nicht zu leisten, da es sich um bis zu über 15 000 Wahlberechtigte handelt.

Ersatzweise ist für jeweils einen Wahlbezirk bei allen Reichstagswahlen seit 1890 eine Vollerhebung durchgeführt worden. Dabei wurde die Entscheidung gefällt, jeweils den Wahlbezirk für die Vollerhebung auszuwählen, der den höchsten Näherungswert an die Wahlbeteiligung und die Stimmenanteile der Parteien im gesamten Stadtgebiet aufwies; für die Reichstagswahlen 1907 und 1912 wurden zusätzlich Vollerhebungen für die Wahlbezirke durchgeführt, die das jeweilige Maximum und Minimum des Stimmenanteils der Sozialdemokratie aufweisen. Das mit verhältnismäßig großem Aufwand erzielte Ergebnis war hinsichtlich der Frage, ob es schichtenspezifische Unterschiede in der Wahlbeteiligung gab¹²¹, eindeutig enttäuschend: Mit Ausnahme der Großkaufleute, Industriellen, Fabrikanten und Direktoren industrieller Unternehmungen, deren Wahlbeteiligung bei allen untersuchten Wahlen um 2–3 v.H. bei der Hauptwahl und bei der Stichwahl um 3–4 v.H. unter dem arithmetischen Mittel für die Stadt lag, und der freien Berufe, wo viel zu geringe absolute Zahlen die tatsächlich großen Abweichungen insignifikant machen, variierte die Wahlbeteiligung der einzelnen sozialen Schichten in der Hauptwahl nur um maximal 1,1 v.H. um den Mittelwert, bei den in absoluten Zahlen am stärksten besetzten Gruppen der Arbeiter/Handwerksgesellen, Beamten sowie selbständigen Handwerker etc. sogar nur um 0,3–0,4 v.H.; bei den Stichwahlen ergaben sich etwas höhere Werte. Insgesamt aber läßt sich formulieren, daß keinerlei signifikante Unterschiede in der Wahlbeteiligung auszumachen waren, daß folglich auch die zwischen 1890 und 1898 leicht rückläufige, dann 1903 sprunghaft gestiegene und 1907 sowie 1912 mit 94,7 bzw. 94,8 v.H. das Maximum erreichende Wahlbeteiligung stets allen sozialen Schichten unter den Wahlberechtigten gleichmäßig zuzuschreiben ist. Damit entfällt aber auch die an sich immer einleuchtend erscheinende Erklärung für Veränderungen der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmanteile zwischen den einzelnen Wahlen, daß es nämlich

¹²¹ StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2b-14, 18, 24, 27, 31, 40, 48 (Wahlberechtigtenverzeichnisse der ausgewählten Wahlbezirke). Es wurden folgende Gruppen gebildet:

1. Industrielle, Fabrikanten, Großkaufleute und leitende Angestellte solcher Betriebe;
2. Freie Brufe aller Art und Berufslose;
3. Selbständige Handwerksmeister, Inhaber von Einzelhandelsgeschäften, Gastwirte, Landwirte;
4. Beamte von Reich, Staat, Gemeinde (einschließlich der Lehrer an höheren Schulen und der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten, da hier häufig nicht zwischen sogenannten Hilfsbeamten und Arbeitern zu trennen war);
5. Lehrer an Volksschulen;
6. Arbeiter der Stadt und der städtischen Eigenbetriebe (einschließlich der Arbeiter der preußischen Wegebauverwaltung);
7. Handlungsgehilfen, Bürogehilfen und sonstige einfache Angestellte;
8. Arbeiter und Handwerksgesellen der Privatwirtschaft.

Bei der Zuordnung zu den einzelnen Gruppen traten bei allen Wahlen nicht unerhebliche Schwierigkeiten auf, und stets war in einer Vielzahl uneindeutiger Fälle eine Gegenkontrolle mit Hilfe des Adreß- und Handbuchs der Stadt, der Wählerverzeichnisse bei den Bürgervorsteherwahlen sowie der Bürgerrechtsverleihungsakten notwendig, ohne daß alle Zweifelsfälle wirklich eindeutig geklärt werden konnten. Die beiden 1912 ausgewählten Wahlbezirke entsprechen den in Anm. 19 erwähnten.

der oder jener Partei besser oder schlechter gelungen sei, ihre potentiellen Anhänger zu mobilisieren. Für den Harburger Fall bedeutet dies konkret: Die Stagnation, die die Sozialdemokratie bei den Wahlen zwischen 1893 und 1903 erlebte, als sie bei rd. 55,5 bis 56,5 v.H. aller Wahlberechtigten verharnte und andererseits die vereinigten bürgerlichen Parteien ihren Anteil von 33,3 v.H. wieder auf 37,2 v.H. erhöhen konnten, läßt sich nicht auf eine mangelhafte Mobilisierung ihrer als „natürlich“ angesehenen Klientel von Arbeitern und kleinen Angestellten zurückführen und umgekehrt der relative Erfolg der „bürgerlichen“ Parteien nicht auf eine bessere Mobilisierung anderer sozialer Schichten. Damit ist natürlich noch nichts darüber ausgesagt, ob nicht trotz einer sozialschichtenmäßig relativ gleichförmigen Bewegung der Wahlbeteiligung große Umschichtungen in der Wahlentscheidung stattgefunden haben. Würde man diese Möglichkeit von vornherein ausschließen, ließen sich die Veränderungen in den konkret durch die einzelnen Parteien errungenen Stimmenanteilen überhaupt nicht erklären.

In Harburg kandidierten bei den Reichstagswahlen seit 1890 nur die Welfen und die Sozialdemokraten ständig, die Nationalliberalen 1890, 1898, 1903 und 1912, die Linksliberalen 1890 und 1893 sowie 1907 und 1912, die Freikonservativen 1893, 1907 und 1912; dazu traten bei jeder Wahl Einzelbewerber, bisweilen auch BdL- und polnische (Zentrums-)Kandidaten auf, die aber wegen ihres maximal 1,3 v.H. der abgegebenen Stimmen betragenden Anteils im Folgenden außer Betracht bleiben sollen. Bis einschließlich der Reichstagswahl 1907 ist ferner zu berücksichtigen, daß das alternative Auftreten von nationalliberalen und Freikonservativen auf einer Wahlabsprache zwischen diesen beiden Parteien beruhte, während 1912 das Auftreten von Freikonservativen und Nationalliberalen sowie Linksliberalen (diese schon wieder seit 1907) das Ende einer Einheitsfrontpolitik gegen die Sozialdemokratie markiert, das einmal durch die schwarz-blaue Blockpolitik im Reich, zum andern aber durch wahlkreisspezifische Gegensätze zwischen Freikonservativen und Nationalliberalen und durch Animositäten innerhalb der die Kommunalpolitik beherrschenden, offiziell nicht parteigebundenen, tatsächlich aber von den Nationalliberalen dominierten „Bürgervereine“ hervorgerufen worden war¹²². Da ein erkennbarer Einfluß weder bei der Haupt- noch bei der Stichwahl auf die Wahlbeteiligung der einzelnen sozialen Schichten (mit Ausnahme der Industriellen, Großkaufleute etc.) davon ausgegangen ist, ob sich das ganze oder nur ein verengtes Spektrum der bürgerlichen Parteien als Alternative zur Sozialdemokratie angeboten hat, scheidet als Erklärung für die etwas erratisch erscheinende Reihe der konkreten Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie die immerhin interessante Möglichkeit aus, sie darauf zurückzuführen, daß in manchen Wahlen für viele Wähler die Partei ihrer ersten Präferenz nicht kandidierte und sie dann in zweiter Präferenz nicht einer anderen bürgerlichen Partei, sondern der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben. Die einfachste, aber überhaupt nicht überzeugende Erklärung wäre es, den Rückgang der für die Welfen abgegebenen Stimmen, zwischen 1890 und 1912 immerhin 9,2 v.H. der abgegebenen Stimmen oder 8,0 v.H. aller Wahlberechtigten, als Gewinne der Sozialdemokratie zu interpretieren und dabei dann auch noch davon

¹²² Vgl. Witt, Kommunalpolitik 234f.

auszugehen, daß die Welfen ihre ursprünglich starke Klientel bei Arbeitern und Handwerksgelesen verloren und zu einer rein „bürgerlichen“ Partei wurden. Solche Vermutungen lassen sich schon deswegen nicht mit Tatsachen begründen, weil, um nur ein Beispiel zu nennen, zwar der Anteil der Welfen zwischen 1898 und 1903 an den abgegebenen Stimmen um 1,7 v.H. und an den Wahlberechtigten um 0,9 v.H. zurückging, aber der Anteil der Sozialdemokratie an beiden Meßziffern nicht wuchs, sondern sich ebenfalls um 5,6 bzw. 1,0 v.H. verminderte¹²³. Es gibt vielmehr keinen Zweifel daran, daß das Wachstum der Sozialdemokratie über den Gesamtzeitraum 1890 bis 1912, wie aber auch die zwischenzeitlich auftretenden Rückschläge bei den Wahlen 1903 weder auf Veränderungen in der Wahlbeteiligung noch auf Gewinne von oder Verluste an nur eine der als Mitkonkurrenten auftretenden bürgerlichen Parteien zurückgeführt werden können, sondern der Austausch mit allen beteiligten Parteien stattgefunden hat und daran wegen der parallelen Entwicklung der Wahlbeteiligung in allen sozialen Schichten auch ein zwischen den einzelnen Wahlen stattfindender Wechsel in der parteipolitischen Präferenz von Angehörigen aller sozialen Schichten beteiligt war. Oder anders formuliert: Auch Arbeiter, die zwischen 1890 und 1912 erstmals an die Wahlurne gingen, können in keinem Fall schon bei ihrer ersten Beteiligung an Wahlen vollzählig für die Sozialdemokratie gestimmt haben.

Die Ausschaltung dieser Erklärungsmöglichkeiten war notwendig, ehe an eine Interpretation der an den Beispielswahlbezirken gewonnenen Ergebnisse gegangen werden konnte. Was die Sozialschichtung von Wahlberechtigten und Wählern angeht, weisen die ausgewählten Wahlbezirke mit dem höchsten Näherungswert zum gesamtstädtischen Wahlergebnis über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1890 bis 1912 ein fast statisch zu nennendes Bild auf: Der Anteil von Industriellen, Fabrikanten, Großkaufleuten und Direktoren betrug zwischen 3,35 und 3,92 v.H.; der Anteil der freien Berufe zwischen 0,61 und 1,03 v.H. (wegen der absoluten Zahlen von nur vier bis sieben ohnehin insignifikant); der Anteil der selbständigen Handwerksmeister, Kleinhändler, Gast- und Landwirte zwischen 11,14 und 10,76 v.H.; der Anteil der Beamten von Reich, Staat und Gemeinde (einschließlich der nicht immer klar von den Hilfsbeamten trennbaren Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten) zwischen 11,61 und 12,35 v.H.; der Anteil der Volksschullehrer zwischen 1,35 und 1,50 v.H. und der Anteil der Arbeiter der kommunalen Eigenbetriebe und der Stadt zwischen 1,12 und 1,55 v.H.; der Anteil der Angestellten betrug zwischen 4,50 und 7,10 v.H. und der der Arbeiter und Handwerksgelesen zwischen 65,12 und 62,04 – bei den beiden letzten Gruppen sind jeweils die Werte von 1890 zuerst, die von 1912 zuletzt genannt. Auch wenn der Rückgang des Anteils der Arbeiter der Privatwirtschaft um gut 3,0 v.H. und das Anwachsen des Anteils der Angestellten um 2,6 v.H. bedeutsam zu sein scheint, ausgedrückt in absoluten Zahlen handelt es sich noch immer um so kleine Werte, daß diesen Veränderungen wenig Signifikanz beigemessen werden kann. Unlösbar ist bisher die viel interessantere Frage, ob es innerhalb der Gruppe der Arbeiter und Handwerksgelesen signifikante Umschichtungen gegeben hat, da bisher nicht herausgefunden werden konnte, was diese Berufsbezeichnungen im einzelnen eigentlich heißen;

¹²³ Vgl. Tabellen 10 und 11.

natürlich ist deutlich, daß weder jeder als „Arbeiter“ bezeichnete etwa in einer Fabrik oder einem anderen Großbetrieb des Handels oder der Baubranche tätig war noch jeder als Handwerksgehilfe bezeichnete in einem Handwerksbetrieb, aber wie die Verhältnisse im einzelnen aussahen und ob sich über den Beobachtungszeitraum etwa große Veränderungen ergaben, läßt sich bisher nicht klären.

Auf der anderen Seite ist folgendes Bild eindeutig: Zwischen 15–16 v.H. aller Wahlberechtigten und Wähler in den ausgewählten Wahlbezirken hatten eine selbständige Stellung, zwischen 14 und etwas über 15 v.H. waren Angehörige des „öffentlichen Dienstes“, und ca. 69,5 v.H. waren Arbeiter und kleine Angestellte. Geht man von der These aus, daß die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei war – und sonst nichts –, dann wäre von den Wahlergebnissen in den ausgewählten Bezirken ausgehend zum erstenmal 1907 der Zustand erreicht gewesen, daß praktisch alle Arbeiter und Handwerksgehilfen die Sozialdemokratie wählten, und 1912 wären dann auch die Stimmen der kleinen Angestellten zum größeren Teil der Sozialdemokratie zugefallen. Wie schon aus der Analyse der Mitgliedschaft der Sozialdemokratie selber hervorgeht¹²⁴, ist diese These unhaltbar; dazu gibt es einige andere Beobachtungen wie etwa die Unterstützung, die die welfische Partei bei Arbeitern fand, oder die Tatsache, daß ein erstaunlich hoher Prozentsatz von Arbeitern Eigentümer von (Miets-)Häusern war¹²⁵, die dazu zwingen, davon auszugehen, daß ein nicht unerheblicher Anteil von Arbeitern und Handwerksgehilfen für die Sozialdemokratie unerreichbar blieb. Die logische Konsequenz daraus ist, daß schon bei den Wahlen 1890 ein Teil der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen aus „nichtproletarischen“ Schichten stammte und daß dieser Anteil bis 1912 kontinuierlich zugenommen hat. Ohne die hier nicht durchführbaren Vollerhebungen und Quervergleiche mit den Preussischen Abgeordnetenhaus- und den Bürgervorsteherwahlen läßt sich freilich noch nicht erschließen, ob das Eindringen der Sozialdemokratie eher bei den Angehörigen des „öffentlichen Dienstes“ oder beim „alten“ Mittelstand erfolgte; nur eines ist sicher, in der Arbeiterstadt Harburg wählten am Ende des Kaiserreichs längst nicht nur Arbeiter sozialdemokratisch¹²⁶.

¹²⁴ Vgl. o. S. 280 ff.

¹²⁵ Vgl. o. S. 297f. und *Peter-Christian Witt*, Die Wohnverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Unterbeamten der Stadt Harburg am Beginn des 20. Jahrhunderts, in: *Wilhelm Treue* (Hrsg.), *Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch* (Berlin 1988) 626 (Tabelle 8); die dort gefundenen Ergebnisse fanden eine volle Bestätigung, als die Wohnverhältnisse der sozialdemokratischen Wahlmännerkandidaten 1913 (vgl. Tabelle 4) überprüft wurden; von 226 wohnten 31 (= 13,7 v.H.) in Mietshäusern, als deren Eigentümer nach dem „Adreß- und Handbuch“ „Arbeiter“ und Handwerksgehilfen angegeben waren.

¹²⁶ Die kontrollierenden Erhebungen in den beiden Wahlbezirken mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Anteil der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912 bestätigen diese Tendaussage eindeutig: In beiden Fällen lag der Anteil der wählenden Arbeiter und Angestellten deutlich unter dem Anteil der von der Sozialdemokratie gewonnenen Stimmen.